

# **PROTOKOLL**

**ZUM DIGITALEN AUßERORDENTLICHEN  
BUNDESPARTEITAG**

**9. MAI 2021  
IN BERLIN**

**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.

## INHALTSVERZEICHNIS

Tagesordnung.....	3	Antragsberatung Antragsblock Kapitel 2 ...	29
Geschäftsordnung.....	4	Aussprache Antragsblock Kapitel 2.....	31
Protokoll.....	5	Abstimmung Antragsblock 2.....	49
Begrüßung und Eröffnung .....	5	Einführung Antragsblock Kapitel 3.....	51
Wahl des Tagungspräsidiums .....	6	Antragsberatung Antragsblock Kapitel 3 ...	52
Konstituierung .....	7	Aussprache Antragsblock Kapitel 3.....	54
Beschluss über die Tagesordnung .....	8	Abstimmung Antragsblock 3.....	66
Beschluss über die Geschäftsordnung .....	8	Einführung Antragsblock Kapitel 4&5 .....	67
Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission.....	8	Antragsberatung Antragsblock Kapitel 4&5 .....	68
Initiativantrag Ini009: Solidarität mit der IG Metall in Berlin/Brandenburg/Sachsen....	9	Aussprache Antragsblock Kapitel 4&5.....	70
Einbringung des Zukunftsprogramms durch die Parteivorsitzenden.....	9	Abstimmung Antragsblock Kapitel 4&5.....	76
<b>Bericht der Antragskommission .....</b>	<b>11</b>	<b>Schlussabstimmung über das Zukunftsprogramm .....</b>	<b>76</b>
<b>Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission .....</b>	<b>12</b>	Grußwort von António Costas, Premierminister von Portugal.....	78
Grußwort von Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender .....	13	<b>Rede des Kanzlerkandidaten .....</b>	<b>79</b>
<b>Beratung und Beschlussfassung des Zukunftsprogramms.....</b>	<b>14</b>	Rede von Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz .....	88
Einführung Antragsblock Kapitel 1 .....	15	Bestätigung des Kanzlerkandidaten – Antrag P001.....	89
Antragsberatung Antragsblock Kapitel 1 ...	16	Ergebnis der Abstimmung über den Antrag .....	90
Aussprache Antragsblock Kapitel 1.....	18	<b>Schlusswort.....</b>	<b>90</b>
Abstimmung Antragsblock 1 .....	27	Delegierte.....	91
Einführung Antragsblock Kapitel 2 .....	28	Delegierte mit beratender Stimme .....	97
		Rednerinnen und Redner .....	98

## **TAGESORDNUNG**

### **TOP 1 BEGRÜßUNG UND ERÖFFNUNG**

### **TOP 2 KONSTITUIERUNG**

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

BESCHLUSS ÜBER DIE TAGESORDNUNG

BESCHLUSS ÜBER DIE GESCHÄFTSORDNUNG

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION

### **TOP 3 BERICHT DER ANTRAGSKOMMISSION**

### **TOP 4 BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION**

### **TOP 5 BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG DES ZUKUNFTSPROGRAMMS**

ANTRAGSBLOCK KAPITEL 1

ABSTIMMUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 1

ANTRAGSBLOCK KAPITEL 2

ABSTIMMUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 2

ANTRAGSBLOCK KAPITEL 3

ABSTIMMUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 3

ANTRAGSBLOCK KAPITEL 4 & 5

ABSTIMMUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 4 & 5

SCHLUSSABSTIMMUNG ÜBER DAS ZUKUNFTSPROGRAMM

### **TOP 6 REDE UND BESTÄTIGUNG DES KANZLERKANDIDATEN**

### **TOP 7 WEITERE ANTRAGSBERATUNG**

### **TOP 8 SCHLUSSWORT**

## GESCHÄFTSORDNUNG

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates und des Kommunalbeirates haben auf dem Parteitag Rederecht. Die Vorsitzenden bzw. benannten Vertreter/Vertreterinnen der nahe stehenden Organisationen haben auf dem Parteitag Rederecht zu ihren Anträgen nach § 22 Abs. 3 Organisationsstatut.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Mandatsprüfung, Abstimmungen sowie das Führen der Redeliste finden auf der digitalen Konferenzplattform statt.
4. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt. Eine Zustimmung kann durch das Tagungspräsidium über die Frage nach Widerspruch in Form von Wortmeldungen durch die Delegierten herbeigeführt werden.
5. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt drei Minuten.
6. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen erfolgen digital und werden in eine Redeliste eingetragen, die von den Delegierten im digitalen Konferenzsystem eingesehen werden kann. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten. Das Tagungspräsidium kann, wenn es für den Verlauf der Debatte erforderlich ist, außerhalb der Reihenfolge auf der Redeliste das Wort erteilen.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Initiativanträge werden durch stimmberechtigte Delegierte direkt im digitalen Antragsystem gestellt. Die Sammlung der Unterstützung erfolgt ebenfalls dort elektronisch. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des § 22 Abs. 1 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelter Anträge beziehen. Diese Anträge müssen schriftlich per E-Mail rechtzeitig vor der Abstimmung beim Büro der Antragskommission eingebracht werden.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragssteller melden sich über die entsprechende Wortmeldefunktion zur Geschäftsordnung auf der Konferenzplattform und erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/ Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Der Parteitag beschließt über die MPZK.

## PROTOKOLL

**Veranstaltungsort: CityCube Berlin, Messe Berlin**  
**Motto: AUS RESPEKT VOR DEINER ZUNKUNFT**

### BEGRÜßUNG UND ERÖFFNUNG

*Lars Klingbeil, Generalsekretär:*

Herzlich Willkommen zu unserem Parteitag. 157 Jahre ist die SPD alt. Sie hat vieles erlebt. Sie hat vieles durchgemacht. Sie hat vieles für unser Land erreicht. Aber auch für uns gibt es immer wieder Premieren. Heute ist unser erster digitaler Bundestag. Wir haben ihn in den letzten Wochen intensiv vorbereitet, und ich freue mich, dass er jetzt endlich losgeht. Heute ist Tag 1 unserer Aufholjagd für die Bundestagswahl!

Ein herzliches Hallo geht an die 600 Delegierten und alle Gäste, die zu Hause gerade vor dem Bildschirm sitzen. Hier in der Halle begrüße ich unsere Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, und ich begrüße den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Rolf Mützenich.

Später - und das wird das Highlight dieses Parteitages - wird hier auf der Bühne unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz stehen. Er wird seine Ideen für die Zukunft des Landes präsentieren. Olaf Scholz und die SPD haben einen Plan. Und darum geht es heute: um unser Zukunftsprogramm. Wenn ich „unser“ Zukunftsprogramm sage, dann meine ich das auch so. Dieses Programm haben wir zusammen, als Partei, über zehn Monate geschrieben. Viele Tausende SPD-Mitglieder waren dabei. Sie waren beteiligt auf digitalen Plattformen, auf Online-Konferenzen und auf dem digitalen Debattencamp. Ihr habt Euch eingebracht. Und das heute hier ist Euer Programm.

Wir blicken dabei optimistisch in die Zukunft. Wir wollen gestalten, was vor uns liegt - ohne Angst. Vor uns liegen große gesellschaftliche Richtungsentscheidungen für das kommende Jahrzehnt. Und ich sage aus voller Überzeugung: Die vor uns liegenden Herausforderungen brauchen sozialdemokratische Antworten, Antworten, die den Fortschritt gestalten und gleichzeitig Sicherheit im Wandel garantieren, Antworten, die Brücken bauen, die die Menschen zusammenführen. Zukunft braucht Zusammenhalt. Und Zukunft braucht die SPD.

Liebe Genossinnen und Genossen, heute ist ein sehr traditionsreicher Tag. Alles Gute zum Europatag! Schon 1925 formulierte die SPD mit dem Heidelberger Programm die Vision eines geeinten Europas. Wir brennen für Europa. Europa ist uns wichtig. Aber wir sagen das nicht nur. Nein, wir handeln auch ganz konkret. Es war unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz, der einen milliardenschweren europäischen Wiederaufbaufonds auf den Weg gebracht hat und damit auch das konservative Dogma des Kaputtsparens in Europa beendet hat. Das ist ein Paradigmenwechsel von historischem Ausmaß. Es geht um Solidarität, es geht um Innovation, es geht um Zukunft. Europa zusammenführen statt zu spalten - das ist konkrete sozialdemokratische Politik.

Ein Fundament für alles das, worauf wir heute aufbauen - das liegt auf den Tag genau 75 Jahre zurück. Wir wollen keine großen Gesten machen; wir wollen keine Politik der Überredung und des Zwangs. Wir wollen eine Politik, die von Frauen und von Männern aus freier Erkenntnis und aus eigenem Willen getragen wird. Dieser Satz stammt von Kurt Schumacher, dem ersten Parteivorsitzenden der SPD nach der Schreckensherrschaft der Nazis, von einem Mann, der wegen seiner politischen Haltung elf Jahre im Konzentrationslager verbringen musste. Die SPD war verboten, die Mitglieder wurden verfolgt, sie wurden bekämpft. Aber der Glaube an soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft, der war nicht kleinzukriegen.

Gesprochen hat Kurt Schumacher diese Worte übrigens auf dem ersten Parteitag der wiedergegründeten SPD nach dem zweiten Weltkrieg. Das war genau heute vor 75 Jahren. Es sind Menschen wie Kurt Schumacher, die für unsere Tradition stehen.

Ich will heute aber auch an Sophie Scholl erinnern, die genau heute vor 100 Jahren geboren wurde und die von den Nazis wegen ihrer Haltung und ihrer Zivilcourage ermordet wurde. Unsere Geschichte verpflichtet uns zur Haltung. Dort, wo Hass und Hetze verbreitet werden, da trifft das auf den Widerstand der SPD. Dort, wo gespalten und diskriminiert wird, da trifft das auf den Widerstand der SPD. Dort, wo man sich der Extremrechten anbietet und wo man rechtsextremen Verschwörungstheorien hinterherläuft, da wird die SPD das lautstark und mit Haltung kritisieren.

Ich begrüße Frank Ullrich heute in unserer Mitte. Lieber Frank, du wirst nachher auch zu den Delegierten sprechen. Du bist Olympiasieger im Biathlon, Du warst lange Bundestrainer. Aber jetzt kämpfst Du in Deinem Wahlkreis in Thüringen um das Direktmandat gegen Hans-Georg Maaßen. Und ich sage Dir: Du wirst gewinnen. Du weißt, wie man als erster durchs Ziel kommt. Lieber Frank, wir sind stolz darauf, dass Du einer von uns bist. Wir werden geschlossen an Deiner Seite kämpfen.

Mich macht auch etwas Anderes sehr stolz. 80 Kandidatinnen und Kandidaten, die für die SPD in den Bundestagskampf ziehen, sind unter 35 Jahre. Das ist die neue SPD. Während andere Parteien jung und frisch tun, sind wir es. Jünger, bunter, weiblicher - das sind bei uns nicht nur Floskeln. Ich bin sehr dankbar, dass so viele Menschen sich aufgemacht haben, unsere Partei und das Land zu verändern.

Liebe Genossinnen und Genossen, es liegt jetzt an uns, das kommende Jahrzehnt sozialdemokratisch zu gestalten. Dafür hat Olaf Scholz vier zentrale Zukunftsmissionen festgelegt, die er aus dem Kanzleramt angehen will: ein klimaneutrales Land bis allerspätestens 2045, das modernste Mobilitätssystem Europas, digitale Souveränität und ein flächendeckend starkes Gesundheitssystem in Deutschland. Es braucht Kraft für diese Mission und es braucht einen politischen Kulturwandel: nicht zurücklehnen, nicht selbstzufrieden sein, nicht moderieren - sondern führen.

Ich sage Euch: Die Konservativen in diesem Land haben keine Kraft mehr. Eine Union, deren Spitzenkräfte Karliczek, Altmaier und Scheuer heißen - eine solche Union sollte nicht in der Regierung sein. Eine Union, die geprägt ist von brutalen Machtkämpfen, in der Armin Laschet hasenfüßig unterwegs ist und sich eigentlich nur noch Gedanken um die Zeit nach seiner Niederlage macht, mit einem Markus Söder, der zwar laut brüllt, aber im entscheidenden Moment dann doch zu feige ist, nach der Kanzlerkandidatur zu greifen - eine solche Union hat in der Regierung nichts verloren.

Eine Union, die gerade wöchentlich von neuen Maskenaffären und neuen Skandalen heimgesucht wird, darf in diesem Land keine Verantwortung tragen. Ich sage Euch: Die Union ist kaputt und sie ist inhaltlich leer. Für Deutschland ist es gut, wenn diese Konservativen keine Verantwortung mehr tragen. Es braucht Erfahrung, es braucht Leadership, es braucht Kompetenz, es braucht Kraft. Es braucht Olaf Scholz für Deutschland.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich auf einen spannenden Parteitag, auf den Beschluss unseres Zukunftsprogramms und auf die Rede des Kanzlerkandidaten. Seid alle herzlich willkommen! Jetzt geht es los.

## **WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS**

Als erstes, das gehört zu den Formalien dazu, bestimmen wir natürlich eine Versammlungsleitung. Für das Tagungspräsidium des Bundesparteitages schlägt Euch der Parteivorstand folgende Personen vor: Niels Annen, Oliver Kaczmarek, Katja Pähle und Anke Rehlinger. Wenn es dazu Widerspruch gibt, dann bitte ich jetzt um Wortmeldungen über die Geschäftsordnungsfunktion. - Ich höre, es gibt keine Wortmeldungen. Damit ist das Tagungspräsidium bestätigt. Lieber, Oliver Kaczmarek, du hast das Wort.

## KONSTITUIERUNG

*Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, lieber Lars Klingbeil, für die Eröffnung des Parteitags und für die Einführung.

Liebe Genossinnen und Genossen, auch von unserer Seite, seitens des Tagungspräsidiums, ein ganz herzliches Willkommen. Es freut uns sehr, mit Euch durch den ersten digitalen Parteitag gehen zu können. Wir sind gespannt darauf, wie das verlaufen wird. Aber ich kann Euch auch sagen: Wir sind alle sehr gut vorbereitet. Dafür hat das Team im Willy-Brandt-Haus in den letzten Tagen gesorgt.

Zu Beginn ist mir der folgende Hinweis wichtig: Dieser Parteitag findet digital statt, weil die Pandemielage das nicht anders zulässt. Deswegen ist wichtig, dass Ihr Bescheid wisst: Hier verläuft alles gemäß den Regeln, die wir uns alle gegeben haben. Alle Menschen, die sich hier im Saal befinden, sind frisch getestet. Alle, die nicht hier oben auf dem Podium sind oder eine Funktion in der Parteitagsregie haben, tragen Masken. Die Abstände werden eingehalten. Und es befinden sich überhaupt nur sehr wenige Leute hier im Saal, wie Ihr gleich feststellen könnt.

Wir machen also einen digitalen Parteitag. Und wie das bei einem digitalen Parteitag alles läuft, das wollen wir jetzt einmal durchgehen. Ich werde zu Beginn einige technische Hinweise geben, damit wir die Regeln direkt klar haben. Wir nutzen für unseren Parteitag das Tagungssystem OpenSlides, das einige Landesverbände auch schon aus eigenen Parteitag kennen.

Es gibt dabei fünf Regeln zu beachten. Da Wichtigste zuerst: Bitte vergesst nicht, Euch in OpenSlides als anwesend zu melden. Oben links neben Eurem Namen findet Ihr im System einen Pfeil, unter dem Ihr ein Häkchen bei „anwesend“ setzen müsst. Anderenfalls könnt Ihr nicht an den Abstimmungen teilnehmen oder Euch zu Wort melden. Bitte macht das sofort, damit unsere Mandatsprüfungs- und Zählkommission auch schnell einen Bericht vorlegen kann, der aussagekräftig ist.

Auch die zweite Regel ist wichtig. Geht am besten in den Autopiloten. Den findet Ihr auch in OpenSlides. So werdet Ihr automatisch durch die Veranstaltung geleitet, verpasst nichts und werdet auch in die Abstimmungen und alles andere geführt.

Dritte Regel: Wenn Ihr einen Redebeitrag plant, checkt Eure Technik. Nutzt bitte den digitalen Proberaum. Er ist die ganze Zeit geöffnet. Klickt dazu auf den mittleren Button neben dem Livestreamfenster auf das Symbol mit dem Fragezeichen. Bitte beachtet dabei auch die Hinweise Eures Browsers auf der Startseite.

Vierte Regel: In der Debatte rufen wir als Tagungspräsidium immer die ersten vier bis fünf Rednerinnen und Redner auf. Erst dann, wenn Euch das Signal vom Tagungspräsidium gegeben wird, dürft Ihr in den digitalen Konferenzraum eintreten.

Fünfte und letzte Regel: Solltet Ihr technische Probleme haben, wendet Euch gerne an unserer Hotline. Die Nummer seht Ihr unten rechts über dem Livestreamfenster.

## **BESCHLUSS ÜBER DIE TAGESORDNUNG**

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt geht es los. Wir kommen zur ersten Abstimmung, nämlich zur Abstimmung über die Tagesordnung. Den Vorschlag seht Ihr jetzt in OpenSlides unter dem Menüpunkt „Dateien“ als Vorlage 2. Wir schlagen Euch zudem in Abstimmung mit der Antragskommission vor, den Antragsschluss für Initiativanträge auf 11:30 Uhr zu legen. Zur Beschlussfassung über die Tagesordnung frage ich daher, ob es zu der Vorlage Widerspruch gibt. In diesem Fall müsstet Ihr Euch dann bitte jetzt über die Wortmeldefunktion für die Geschäftsordnungsanträge melden; dann müssten wir darüber abstimmen.

An dieser Stelle kann ich die Zeit nutzen, um noch einmal den Hinweis zu geben, dass Ihr Euch digital auf „anwesend“ setzen müsst, um Euch zu Wort melden zu können und der Mandatsprüfungs- und Zählkommission die Chance zu geben, die Stimmberechtigung festzustellen.

Ich stelle fest, dass es keine Wortmeldungen gegeben hat. Die Tagesordnung ist damit so beschlossen. Die Frist für die Initiativanträge ist jetzt auf 11:30 Uhr festgelegt.

## **BESCHLUSS ÜBER DIE GESCHÄFTSORDNUNG**

Wir gehen weiter in der Konstituierung und kommen zum Beschluss über die Geschäftsordnung. Den Vorschlag für die Geschäftsordnung findet Ihr ebenfalls in OpenSlides unter dem Menüpunkt „Dateien“ als Vorlage 3. Wir legen mit der Geschäftsordnung die Regeln für unsere Beratungen fest. Daher werden wir über diese Vorlage digital abstimmen. Wieder der Hinweis: Bitte vergesst nicht, Euch dafür als „anwesend“ auf der Plattform zu melden, und geht in den Autopiloten, damit wir die Abstimmung beginnen können. Ich bitte Euch um Zustimmung zur vorgeschlagenen Geschäftsordnung. Wir starten die Abstimmung jetzt. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben die Abstimmung durchgeführt. Sie ist jetzt beendet, und wir haben ein Ergebnis. Zugestimmt haben 517 Genossinnen und Genossen; es gab eine ablehnende Stimme und drei Enthaltungen. Damit haben wir die Geschäftsordnung so beschlossen. Ich danke Euch dafür und übergebe für das weitere Procedere an Katja Pähle.

## **WAHL DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION**

*Katja Pähle, Tagungspräsidium:*

Hallo, liebe Genossinnen und Genossen, auch von mir ein herzliches Willkommen zum digitalen Parteitag. Wie Ihr wisst, haben wir zu Beginn des Parteitags eine Reihe von Formalien. Nun geht es weiter.

Wir kommen zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Den Vorschlag für die Besetzung der Kommission findet Ihr unter „Dateien“ in der Vorlage 4. Ich frage an dieser Stelle, ob es Widerspruch gegen die vorgeschlagenen Mitglieder gibt. Wenn das der Fall ist, dann bitte über die Geschäftsordnungsfunktion zu Wort melden! Zur Erinnerung: Um sich zu Wort zu melden und um insgesamt am Parteitag teilnehmen zu können, müsst Ihr Euch auf „anwesend“ setzen. Ist das nicht der Fall, dann könnt Ihr leider nicht abstimmen und Euch auch nicht beteiligen. Oben links neben Eurem Namen findet Ihr einen Pfeil, unter dem Ihr das Häkchen setzen müsst.

Da es keine Wortmeldungen gibt, ist die MPZK wie vorgeschlagen bestätigt. Vielen Dank an Euch. Die gewählten Mitglieder sind hier vor Ort und werden jetzt mit ihrer Arbeit beginnen und nachher den Bericht vorstellen.

## **INITIATIVANTRAG INI009: SOLIDARITÄT MIT DER IG METALL IN BERLIN/BRANDENBURG/SACHSEN**

Liebe Genossinnen und Genossen, ich springe jetzt zu TOP 5 und rufe den Initiativantrag „INI\_009“ - Solidarität mit der IG Metall in Berlin/Brandenburg/Sachsen auf. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung dürfen sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer dem Wunsch nach gleicher Bezahlung und gleicher Beschäftigung anschließen. Die Beschäftigungsbedingungen im Osten sind immer noch unterschiedlich, und dem muss ein Ende gesetzt werden. Es ist höchste Zeit, die soziale Einheit Deutschlands und damit auch die Angleichung der Bezahlung zu vollziehen. Ostdeutsche Kolleginnen und Kollegen sind nämlich nicht weniger fleißig. Ihre Arbeitsleistung hat deshalb Respekt verdient. Deswegen wollen wir uns mit der IG Metall solidarisch erklären. Ich frage, ob es Widerstand oder Widerspruch zur Resolution gibt. Wenn ja, dann bitte jetzt über die Wortmeldefunktion für Geschäftsordnungsanträge melden; wir müssten über die Resolution dann gesondert abstimmen. - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Initiativantrag angenommen. Herzlichen Dank dafür!

Wir leiten damit über zum Zukunftsprogramm und kommen gleich zur Einbringung durch unsere beiden Parteivorsitzenden Saskia und Norbert. Die Zeit, die vor uns liegt, verlangt neue Antworten - Antworten, die wir mit unserem Zukunftsprogramm geben. In diesem Sinne freue ich mich auf die einführenden Worte unserer beiden Parteivorsitzenden.

An dieser Stelle will ich gerne noch einmal auf den Hashtag unseres Parteitages „#AusRespekt“ hinweisen, unter dem wir - wenn auch nicht hier gemeinsam in der Halle, aber zumindest in den Social Media - unsere Beiträge zusammenfassen können und so ein starkes sozialdemokratisches Netzwerk darstellen.

Bevor ich an Saskia und Norbert übergebe, schauen wir uns an, was wir bereits geschafft haben. Film ab!

(Film)

## **EINBRINGUNG DES ZUKUNFTSPROGRAMMS DURCH DIE PARTEIVORSITZENDEN**

*Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender:*

Auch von uns herzliche Grüße an Euch, liebe Delegierte, liebe Genossinnen und Genossen und alle Zuschauer\*innen zu unserem außerordentlichen Parteitag! Außerordentlich ist er schon deshalb, weil wir das erste Mal in unserer langen Parteigeschichte einen digitalen Parteitag haben. Wir haben heute aber auch außerordentliche Entscheidungen zu treffen.

Eine davon betrifft ein zentrales Projekt, wenn nicht sogar das zentrale Projekt überhaupt. Seit Juni 2020 haben wir viel daran gearbeitet. Wir sind vor einem Jahr mit klaren Anforderungen in den Programmprozess eingestiegen. Es sollte ein Programm werden, das anstelle einer kalten Gliederung den Lebensalltag und die unterschiedlichen Lebensphasen in den Mittelpunkt unserer Politik stellt. Was Euch jetzt vorliegt, das ist von einer breiten Basis in der Partei und darüber hinaus entwickelt worden. Es vereint die besten Ideen vieler Mitwirkender in vielen Themengruppen und Debattenformaten. Da ist eine Vorlage, die sich an all die richtet, für die wir gemeinsam Politik machen: die große Mehrheit der Menschen im Land, die jetzt lebt, aber eben die zukünftigen Generationen, für die wir verantwortlich sind.

Es sollte ein kompaktes Programm sein: kurz, aber nicht dünn, verständlich und weitererzählbar; das ist ganz wichtig. Es ist fokussiert auf die zentralen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Die Digitalisierung gehört dazu. Wenn wir von Digitalisierung reden, dann wollen wir nicht nur digital ein Programm machen, sondern dann wollen wir es Euch auch digital anbieten. Das heißt: Wir haben ein gedrucktes Programm; das kann jeder in die Hand nehmen. Aber wir haben auch eine Vertiefung, eine Erweiterung mit weiterführenden Informationen und konkreten Positionen.

*Saskia Esken, Parteivorsitzende:*

Heute können wir mit Freude und mit Stolz sagen, dass wir geschafft haben, was wir uns vorgenommen hatten. Wir haben unsere Ideen in den vergangenen Monaten intensiv diskutiert - mit unseren Mitgliedern, mit befreundeten Organisationen und Verbänden.

Wir sind eine debattenfreudige Partei, aber ganz ehrlich: So viel Debatte war noch nie. In der digitalen Programmwerkstatt haben mehr als 4.000 Nutzer\*innen mehr als 1.000 Ideen eingereicht und diskutiert. Unser digitales Debattencamp mit 30 Sessions und fast 70 Speaker\*innen haben mehr als 6.000 Menschen verfolgt, und viele haben sich aktiv eingebracht. Es gab Videokonferenzen mit Arbeitsgemeinschaften, mit Unterbezirksvorsitzenden, mit Landesvorsitzenden und immer wieder das Angebot für alle Mitglieder. Sehr engagiert waren auch die Gespräche mit unserem neuen Mitgliederbeirat.

Immer wieder haben wir zugehört, debattiert, Anregungen und Kritik gelesen und abgewogen. Allen, die ihre Ideen und ihre Zeit eingebracht haben, danken wir sehr herzlich.

Eure Beiträge haben unser Programm zu dem gemacht, was es ist: Eine starke sozialdemokratische Erzählung, klar im Kompass, klar in der Sprache, entschlossen in den Antworten. Denn wir alle wissen, dass die 20er Jahre von entscheidender Bedeutung für unser Land sind.

*Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender:*

So ist der heutige Tag der vorläufige Höhepunkt auf einer langen Strecke. Unser digitaler Parteitag soll zwei wichtige Botschaften senden.

Die eine ist: Wir stehen geschlossen hinter Olaf Scholz. Er ist der, der Kanzler kann und der in dieser bewegten Zeit, in der wir jetzt sind, der Richtige für unser Land ist - mit seiner Entscheidungskraft, mit seiner Führungskraft und mit seiner Erfahrung.

Und zudem verabschieden wir unser Zukunftsprogramm. Da haben wir drei Säulen: Zukunft, Respekt und Europa. Wie wichtig diese Säulen sind, das wird uns allen in dieser Zeit der Corona-Krise jeden Tag vor Augen geführt.

Wie schaffen wir Sicherheit im unabänderlichen Wandel? Und wie machen wir deutlich, dass wir Wohlstand und Sicherheit nur durch Wandel erreichen können? Wie sichern wir Respekt in all seinen Facetten? Ohne gegenseitigen Respekt fällt diese Gesellschaft auseinander. Und ohne Respekt vor der Natur gibt es auf Dauer keine friedliche Zukunft. In einer Gesellschaft des Respekts geht Wohlstand nicht zulasten von Anstand.

Und wir wissen: Auch ein wirtschaftlich so starkes Land wie Deutschland braucht seine Nachbarn. Ein demokratisches, ein rechtsstaatliches und ein solidarisches Europa - das ist die Voraussetzung für Frieden, Fortschritt und Wohlstand.

Die SPD ist die Kraft, die die losen Fäden zu einem Ganzen zusammenführt - zu einem Ganzen, das allen nutzt: Wir können Ökologie nicht ohne Ökonomie und soziale Verantwortung denken. Wir denken sie zusammen; sie gehen auch nur zusammen. Gerade dafür haben wir im letzten Jahr hart und gemeinsam an diesem Programm gearbeitet. Das werden wir auch weiter tun - mit sachlicher Auseinandersetzung, aber auch mit Anstand und Geschlossenheit untereinander.

*Saskia Esken, Parteivorsitzende:*

Liebe Genossinnen und Genossen, das Euch vorliegende Programm beschreibt unsere großen Linien, unseren Weg in die Zukunft. Ergänzt wird dieser außergewöhnlich kurze Text durch zahlreiche wichtige Beschlüsse der SPD wie zum Beispiel dem zu unserem neuen Sozialstaatskonzept. Diese Beschlüsse haben wir nicht in allen Details im Zukunftsprogramm abgebildet. Dennoch sind sie Teil unseres Regierungsprogramms.

Besonders stolz sind wir auf die digitale Programmmatrix, die Ihr hier hinter mir seht. In dieser lebendigen digitalen Übersetzung unseres Zukunftsprogramms können die Nutzer\*innen sich auf eigenen Wegen auf die Spur von Themen begeben und sich detailliert informieren.

Wow! Das Willy-Brandt-Haus hat ein Meisterstück abgeliefert. So wird unser Programm in seiner ganzen Tiefe begehbar und erlebbar. Gutes Wohnen, die Zukunft der Arbeit, wie sich unsere Welt nach Corona weiterentwickelt, Pflege, Familie, Bildung, Gleichstellung und die Überwindung der Ungleichheit – all das und noch viel mehr findet Ihr in der Programmmatrix.

Wir haben eine klare Linie zur Bewältigung dieser Herausforderungen: Die Zukunft umarmen und gestalten. Den Respekt erneuern. Und Europa stärken.

Jetzt freuen wir uns auf die Antragsberatung zum Zukunftsprogramm mit Euch. Das Wort geht dazu an das Tagungspräsidium.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Liebe Saskia, lieber Norbert, ganz herzlichen Dank für die Einführung. Liebe Genossinnen und Genossen, wir beginnen auch gleich mit der Antragsberatung. Zunächst aber kommen wir noch zu den notwendigen Berichten.

## **BERICHT DER ANTRAGSKOMMISSION**

Wir starten mit TOP 3, dem Bericht der Antragskommission. Dazu gebe ich das Wort der Vorsitzenden der Antragskommission. Liebe Doris, Du hast das Wort.

*Doris Ahnen, Antragskommission:*

Herzlichen Dank, liebe Anke. Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann meinen einleitenden Bericht sehr kurz machen und Euch von zwei sehr konstruktiven guten Sitzungen der Antragskommission berichten. Denn der Geist der Antragskommission war geprägt von der Grundstimmung, dass das Programm gut, kurz, klar, relevant und zukunftsgerichtet ist. Norbert, Saskia und Lars haben bereits vom breiten Beteiligungsverfahren berichtet, das Teil der Programmarbeit war.

Aber natürlich hatte die Antragskommission noch einiges zu beraten. Das ist in der diskussionsfreudigen SPD so. Uns lagen 161 Anträge und 471 Änderungsanträge vor. Für diese Beiträge will ich mich ganz, ganz herzlich bei den Ortsvereinen, bei den Unterbezirken, bei den Landesverbänden, bei den Bezirken und bei allen Gliederungen und den Arbeitsgemeinschaften bedanken. Ganz besonders danke ich aber den Mitgliedern der Antragskommission für die gute und konzentrierte Arbeit, die wir ja auch digital vollziehen mussten.

Es liegt jetzt ein Zukunftsprogramm mit vielen wegweisenden Ideen für unser Land und für Europa vor. Ich werde gleich, wenn wir zur Antragsberatung kommen, noch einmal kapitelweise aus der Antragskommission berichten. Vorher gebe ich aber zurück an das Tagungspräsidium, an Anke.

## BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, liebe Doris, für die Einführungen, aber auch an Dich persönlich als Vorsitzende dieser Antragskommission. Bevor wir dann tatsächlich in die Antragsberatungen einsteigen können, brauchen wir noch einen weiteren wichtigen Bericht. Das ist der Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Dazu gebe ich Ronja als der gewählten Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission das Wort.

*Ronja Schmager, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:*

Vielen Dank und ein freundliches Moin Moin aus der Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 34 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend gemeldet haben sich um 11:10 Uhr 549 Delegierte und 33 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungs- und Zählkommission geprüft. Von den Stimmberechtigten, die als anwesend gemeldet sind, sind 276 Frauen. Das freut mich. Das entspricht einem Anteil von 47,24 Prozent. Die Quote ist also erfüllt. Damit ist der Parteitag beschlussfähig.

Die älteste Delegierte ist mit 78 Jahren Heidemarie Wieczorek-Zeul. Sie kommt aus dem Bezirk Hessen-Süd. Schön, dass Du dabei bist! Die jüngste Delegierte ist mit erst 19 Jahren Amy Sabrina Petzel. Sie kommt aus dem Bezirk Hessen-Nord. Schön, dass auch Du dabei bist!

Am heutigen Muttertag möchte ich noch allen Mamas meinen allergrößten Dank für ihre alltägliche Arbeit und die ganze Aufopferung im letzten Jahr besonders danken. Und jetzt wünsche ich uns allen einen ganz tollen und erfolgreichen Parteitag.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank auch Dir, liebe Ronja, für diesen Bericht.

Damit können wir gleich auch in formaler Hinsicht mit der Antragsberatung zu unserem Zukunftsprogramm starten. Damit auch alle zu Hause so richtig vorbereitet sind, will ich vorab noch einmal das grundsätzliche Procedere der Antragsberatung vorstellen. Wir werden kapitelweise vorgehen. Lediglich die Kapitel 4 und 5 werden gemeinsam beraten. Die übrigen Kapitel werden einzeln aufgerufen. Die Antragsblöcke der Unterkapitel, die zugeordneten Anträge aus den einzelnen Sachbereichen sowie auch die zugeordneten Initiativanträge und die dazugehörigen Änderungsanträge werden zusammen und jeweils zu den Kapiteln passend aufgerufen.

Nach einer kurzen Einführung in das jeweilige Kapitel durch Saskia oder Norbert wird dann, wie üblich bei unseren Antragsberatungen, die Antragskommission das Wort erhalten. Doris wird uns die Voten mit auf den Weg geben. Anschließend werden wir dann die Gelegenheit geben, in die Aussprache einzusteigen. Dazu könnt Ihr eine entsprechende Wortmeldung abgeben. Wir erklären aber immer auch nochmals zu Beginn, wie das genau funktioniert.

Wenn Ihr - das kann ich vielleicht jetzt schon sagen - einen Redebeitrag plant, dann checkt bitte Eure Technik, damit wir keine Verzögerungen haben, wenn Ihr dann tatsächlich als Rednerin oder Redner aufgerufen werdet. Nutzt dafür den eingerichteten digitalen Proberaum, der die ganze Zeit über geöffnet ist. Ihr könnt dazu auf den mittleren Button neben dem Livestream drücken. Das ist der Button mit dem Fragezeichensymbol. Wenn Ihr da draufklickt, kommt Ihr in den digitalen Proberaum und könnt gucken, ob das mit dem Ton und mit der Kamera auch funktioniert.

Wenn dann die Redebeiträge im Rahmen der Aussprache abgehandelt sind, dann kommen wir zu den Empfehlungen der Antragskommission und werden dann kapitelweise en bloc abstimmen wollen.

Da es ein digitaler Parteitag ist und wir nicht wie üblich über mehrere Tage die Gelegenheit haben, miteinander zu sprechen, wird von uns allen ein gutes Stück an Disziplin gefordert - von uns, aber auch von den Rednerinnen und Rednern, also von denjenigen, die sich in die Debatte einbringen wollen.

Auch die Aufmerksamkeitsspanne muss so gestaltet sein, dass das von den Abläufen her funktioniert. Insofern hätten wir einen Vorschlag zu machen, was die zeitlichen Abläufe angeht. Wir haben zunächst einmal für die gesamte Aussprache zu den Kapiteln ein Volumen von rund zwei Stunden vorgesehen. Doris hat es ja bereits für die Antragskommission gesagt: Ganz viel ist gut vorberaten worden. Es ist ein Programmwurf, der bereits im Vorfeld eine breite Beteiligung erfahren hat. Nichtsdestotrotz gibt es den einen oder anderen Punkt, den es heute zu besprechen gilt. Wir glauben, dass das im Rahmen der zwei Stunden, die dafür vorgesehen sind, letztlich abgearbeitet werden kann. Das heißt in der Konsequenz, dass für jedes Kapitel rund eine halbe Stunde zur Verfügung steht.

Das wäre zunächst einmal unsere Vorschlag für das Vorgehen. Ich frage, ob sich dagegen Widerspruch erhebt. Dann müsste das jetzt über die Wortmeldefunktion im Sinne eines Geschäftsordnungsantrags angemeldet werden; darüber wäre dann abzustimmen. Ich warte jetzt einfach einmal einige Augenblicke, um zu schauen, ob ein solcher Wortmeldungsantrag eingeht. - Es ist kein Beitrag dazu eingegangen. Dafür will ich mich schon einmal ganz herzlich bedanken. Damit werden wir so verfahren, wie ich es eben vom Ablauf her geschildert habe.

Bevor wir aber in die Umsetzung dessen einsteigen können, was ich jetzt skizziert habe, haben wir noch ein Grußwort an die Delegierten. Das ist das digitale Grußwort des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann. Lieber Reiner, du hast jetzt das Wort.

#### **GRUßWORT VON REINER HOFFMANN, DGB-VORSITZENDER**

*Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender:*

Liebe Saskia, lieber Norbert, lieber Olaf, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, leider nur digital, aber nicht weniger herzlich übermittele ich Euch die solidarischen Grüße des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Pandemie fordert den Menschen in unserem Land enorm viel ab. Für viele sind die Grenzen der Belastbarkeit überschritten. Der Alltag vieler Menschen ist gekennzeichnet durch Angst um ihren Arbeitsplatz und Unsicherheit über ihre Zukunft. Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise sind enorm. Zugleich ist in der Krise für viele Menschen endgültig das Bewusstsein dafür gestiegen, wie wichtig ein starker, ein aktiver Sozialstaat ist. Trotz aller Schwächen unseres Gemeinwesens hat der Sozialstaat den Stresstest bestanden.

Dafür, dass wir bislang relativ glimpflich durch die Krise gekommen sind, gibt es Gründe. Der zentrale Grund ist, dass das Krisenmanagement in unserem Land eindeutig die Handschrift der Sozialdemokratie trägt. Viele Maßnahmen wären ohne die SPD in der Koalition nicht durchgesetzt worden. Die Liste ist lang. Ich will nur vier Beispiele hervorheben. Die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes wäre ohne Euch nicht durchgesetzt worden. Lieber Olaf, lieber Norbert, ich erinnere mich noch gut, wie Ihr in der langen Nacht des Koalitionsausschusses hart für den Kompromiss gekämpft habt. Chapeau!

Die Konjunkturpakete, die Wirtschaftshilfen, die Programme für Solo-Selbständige und für Kulturschaffende, die Entlastung der Kommunen und vieles mehr sähen ohne einen sozialdemokratischen Finanzminister anders aus. Die COVID 19-Arbeitsschutzregeln wollten die Arbeitgeber weichspülen. Der Widerstand der Arbeitgeber gegen die Testpflicht der Unternehmen war ungeheuerlich.

In der engen Kooperation zwischen uns und Hubertus haben wir vieles durchgesetzt. Dass endlich das Kinderkrankentagegeld länger gezahlt wird, hat die SPD gegen den Widerstand der Union durchgesetzt.

Liebe Genossinnen und Genossen, mein Grußwort reicht nicht, um eine Bilanz der bisherigen Koalitionsregierung zu ziehen. Deshalb nur ein Satz: Herzlichen Dank allen sozialdemokratischen Ministerinnen und Ministern in der Regierung für das, was Ihr geleistet habt! Dank aber auch Eurem Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich und allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bundestag und anderswo, die gemeinsam hart für die Erfolge gekämpft haben.

Ich kann mich noch gut an den Parteitag in Bonn erinnern, auf dem Ihr Euch für den Weg in die große Koalition entschieden habt. Der Weg hat sich gelohnt. Jetzt aber gilt es, den Blick nach vorne zu richten - so, wie Sozialdemokratie und Gewerkschaften es immer gemacht haben. Unser Land und Europa stehen vor enormen Herausforderungen, wenn es um die Digitalisierung und Dekarbonisierung unserer Wirtschaft geht. In diesem anspruchsvollen Transformationsprozess brauchen Menschen Sicherheit und Zukunftsperspektiven - und einen gehörigen Schuss Optimismus.

Der Green Deal wird nur mit einem Social Deal gelingen. Dafür steht die Sozialdemokratie. Ohne soziale Sicherheit und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt kann die Gestaltung des Wandels nicht gelingen und bringt die demokratische Verfasstheit Europas ins Wanken.

Respekt in der Arbeitswelt gelingt nur mit einer hohen Tarifbindung, starker Mitbestimmung und einem Mindestlohn von 12 Euro. Zukunft ist gestaltbar, mit einem ambitionierten Investitionsprogramm jenseits neoliberaler Austeritätspolitik ohne schwarze Null und ohne Schuldenbremse. So schaffen wir gute Arbeit in einer gesunden Umwelt.

Das schaffen wir nicht allein. Das schaffen wir nur gemeinsam in einem starken solidarischen Europa. Dafür lohnt es sich zu kämpfen und Wahlen zu gewinnen. Frühzeitig habt Ihr den SPD-Kanzlerkandidaten nominiert - gemeinsam mit Saskia und Norbert und geschlossen mit der gesamten SPD. Das macht Mut; das gibt gute Perspektiven.

Uns eint die feste Überzeugung, dass eine bessere Welt möglich ist. Ich wünsche Eurem Parteitag im Namen des DGB viel Erfolg. Glück auf!

## **BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG DES ZUKUNFTSPROGRAMMS**

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Lieber Reiner, ganz, ganz herzlichen Dank für dein digitales Grußwort, das uns gezeigt hat, was wir schon gemeinsam geschafft haben, was aber auch gezeigt hat, dass wir für die Beschäftigten in diesem Land noch viel vorhaben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir starten nun mit der Antragsberatung. Wir wollen also beraten, was wir uns vorstellen, was noch an Herausforderungen vor uns liegt.

Ich will Euch an dieser Stelle noch einmal ganz kurz sagen, wie das im Einzelnen abläuft, Euch also ein paar technische Hinweise geben. Keine Angst, diese technischen Hinweise werden im Verlauf unseres heutigen Parteitags noch an der einen oder anderen Stelle wiederholt werden - für diejenigen, die sich dann zu den anderen Kapiteln zu Wort melden möchten. Das gilt auch, wenn noch einmal Abstimmungen anstehen.

Jetzt wollen wir das Kapitel 1 beraten. Es mit „Zukunft, Respekt und Europa“ überschrieben. Saskia wird uns gleich in dieses Kapitel einführen. Ich gebe vorher schon einmal ein paar technische Hinweise, damit die Zeit gut genutzt werden kann. Der erste Hinweis gilt dem Autopilot. Dort könnt Ihr Euch in der aktuellen Aussprache zu den aktuellen Tagesordnungspunkten auf die Rednerliste eintragen. Und im Autopilot finden auch alle Abstimmungen statt. Das ist also eine ganz wichtige Funktion auf Eurem Bildschirm.

Wenn Ihr einen Redebeitrag plant, dann - das habe ich eben schon gesagt, auch Oliver hat schon darauf hingewiesen - checkt bitte vorher Eure Technik im Probenraum. Der entsprechende Button, den Ihr dafür drücken müsst, ist der mit dem Fragezeichen neben dem Livestreamfenster.

Im Folgenden werden wir in der Aussprache die Rednerinnen und Redner so, wie die Wortmeldungen eingegangen sind, aufrufen, und zwar in den digitalen Konferenzraum. Wir haben dafür drei, vier oder fünf Rednerinnen und Redner zusammengefasst. Ihr werdet dann nach dem Aufruf den digitalen Konferenzraum betreten können, indem Ihr den linken Button mit der Tür drückt. Macht das aber - das ist ganz wichtig - erst, wenn wirklich durch uns als das Tagungspräsidium Euer Name für diesen Rednerblock aufgerufen worden ist. Denn sonst müsst Ihr wieder auf die Rednerliste zurückgeschickt werden. Das macht unnötige Mühe. Insofern bitte erst auf diesen Button drücken, wenn Ihr wirklich aufgerufen worden seid!

Nur wer auf der Rednerliste steht, kann überhaupt in den digitalen Konferenzraum eintreten ist. Wenn also Euer Name genannt worden ist und wenn Ihr Euch mit dem entsprechenden Button Zutritt zum Konferenzraum verschafft habt, dann müsst Ihr - auch das ist ganz wichtig - vorher den Zugriff auf Eure Kamera und Euer Mikrofon erlauben, damit das nachher, wenn Ihr dann dran seid, auch tatsächlich funktioniert. Das müsst Ihr einmal erlauben und danach müsst ihr dann aber bitte zunächst noch stummgeschaltet bleiben.

Wenn Ihr - was ja sehr wahrscheinlich ist - gleichzeitig auch noch den Livestream anhabt, dann schaltet dort bitte den Ton aus. Denn sonst gibt es unnötige Rückkoppelungen. Daher also bitte im Livestream den Ton ausschalten. Ihr werdet das alles nachher noch einmal, wenn Ihr im Konferenzraum seid, von der Regie gesagt bekommen. Sie wird Euch noch einmal kurz briefen und wird Euch sagen, wann Ihr tatsächlich dran seid.

Zur Vorbereitung der Redebeiträge bitte ich noch zu beachten, dass wir uns darauf verständigt haben, dass die Redebeiträge nicht länger als drei Minuten sein sollen. Als Tagungspräsidium werden wir mit all unserem Charme, aber auch mit allem Nachdruck versuchen, dafür zu sorgen, dass die Drei-Minuten-Grenze nicht überschritten wird.

Wenn es zwischendurch noch Fragen gibt, wenn Ihr nicht wisst, was Ihr zu tun habt, oder wenn etwas technisch nicht funktioniert, dann steht Euch während des gesamten Bundesparteitags auch die Hotline für Fragen zur Verfügung. Die Hotline-Telefonnummer ist eingeblendet. Dorthin könnt Ihr Euch jederzeit wenden.

Das war jetzt noch einmal als kleiner Technikblock vorgeschaltet, bevor es dann jetzt wirklich in die inhaltliche Beratung geht. Nun möchte ich Saskia bitten, uns in das erste Kapitel einzuführen. Liebe Saskia, du hast das Wort.

## **EINFÜHRUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 1**

*Saskia Esken, Parteivorsitzende:*

Vielen Dank, liebe Anke. - Liebe Genossinnen und Genossen! Wir stehen mit dieser Bundestagswahl vor einer Richtungsentscheidung. Es geht um die Frage, ob eine progressive Regierung unter der Führung eines Bundeskanzlers Olaf Scholz die Gestaltung der Zukunft in die Hand nimmt, ob wir in Deutschland also vom Wollen ins Machen kommen oder ob das Land in einen konservativen Dornröschenschlaf fällt. Wir stehen vor gewaltigen Aufgaben. Ja, einerseits hat die Coronakrise vieles überlagert. Andererseits hat die Krise die Dringlichkeit mancher Aufgaben wirklich verstärkt. Die Bekämpfung des Klimawandels und die demokratische Gestaltung der Digitalisierung, das sind große Herausforderungen, die den aktiv handelnden und lenkenden Staat nötig machen. Dringend notwendige Entscheidungen und Investitionen dürfen nicht länger liegen bleiben; denn die wirtschaftliche Zukunft zu sichern heißt, Arbeit und Wohlstand zu sichern. Wir dürfen aber auch nicht zulassen, dass die wachsende Ungleichheit der Zugehörigkeit, der Einkommen und Vermögen, der Lasten und der Chancen in unserem Land ignoriert wird und der Zusammenhalt immer mehr unter die Räder kommt.

Gradmesser unserer Zukunftsgestaltung ist das Wohlergehen von Mensch, Gesellschaft und Natur. Impulsgeber ist der Staat, der seine Bürger\*innen aktiv einbezieht, mit der Förderung von Innovationen zum Beispiel für Mobilität, Gesundheit und gesellschaftlichen Fortschritt. Dabei bringt unsere Politik auch den Respekt gegenüber der Würde der Lebens- und Arbeitsleistung eines jeden Menschen zum Ausdruck.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns viel vorgenommen in diesem Zukunftsprogramm, doch Deutschland ist beileibe keine Insel. Wir sind überzeugt: Nur als ein Volk guter Nachbarn, als aktiver und solidarischer Teil einer starken Europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft können wir das bewältigen. Und darum werden wir Europa auch zur modernsten Demokratie und zum nachhaltigsten und sozialsten Wirtschaftsraum der Welt machen. Der Prolog unseres Zukunftsprogramms, der jetzt zur Debatte steht, macht klar: Wir wollen, dass alle die Möglichkeit haben, die Zukunft zu meistern. Mit uns, Genossinnen und Genossen, kommt die neue Zeit - aus Respekt vor Deiner Zukunft.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Saskia, für Deine Einführung.

Damit können wir jetzt einsteigen in die Antragsberatungen, und dazu gebe ich das Wort der Vorsitzenden der Antragskommission, liebe Doris.

#### **ANTRAGSBERATUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 1**

*Doris Ahnen, Antragskommission:*

Ja, Saskia hat eben gerade schon deutlich gemacht, worum es im einleitenden Kapitel geht und wofür wir stehen, was uns antreibt, wonach wir streben. Da ist große Einigkeit in der SPD, und deswegen war die Aufgabe der Antragskommission bei diesem Kapitel auch sehr einfach. Es gab keinen großen Beratungsbedarf. Ich kann mich also in meinen Anmerkungen auf die großen inhaltlichen Kapitel später konzentrieren und darf gleich an Anke Rehlinger zurückgeben.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Doris.

Wir kommen damit jetzt auch zu allen Anträgen, das Kapitel 1 betreffend, mit den Unterkapiteln 1.0 - 1.4.

Ich will das für Euch gerade jetzt noch einmal nennen, damit erstens nachher auch alle wissen, worüber wir reden, und zweitens, damit vor allem nachher auch alle wissen, worüber wir abstimmen, wie dazu jetzt die genaue Situation ist, wie sich das im Antragsblock darstellt: Der Änderungsantrag 1.1 - Ä007 - ist erledigt durch das Unterkapitel 2.1 des Zukunftsprogramms, soweit es die Zeilen 57 bis 61 betrifft.

Folgende Änderungen haben sich jetzt noch nach der Sitzung der Antragskommission vom 08.05. ergeben, nämlich 1.1 - Ä006 - und 1.1 - Ä003. Dort ist das neue Votum: Erledigt durch den Antrag 2.1 und 2.1 - Ä039.

Die zweite Änderung ist, dass der neue Änderungsantrag 1.1 - Ä008 - mit dem Votum zur Annahme versehen ist.

So weit jetzt noch mal die Änderungen gegenüber dem, was vormals auch aus dem Antragsbuch hervorgegangen ist.

Damit sind wir im Grunde genommen gut vorbereitet, um jetzt anschließend auch in die Debatte einzusteigen. Ich rufe insofern auch die ersten Rednerinnen und Redner auf. Im ersten Block wären das Jessica Rosenthal, Frank Ullrich, Franziska Giffey, Stephan Grüger und als fünfter Redner Axel Schäfer. Im zweiten Block - das sage ich schon mal gleich - wären Gustav Horn, Norbert Spinrath und Kaweh Mansoori. Aber die bitte noch nicht eintreten, sondern nur die ersten fünf Genannten.

Ihr geht jetzt bitte in den digitalen Konferenzraum. Ich wiederhole es noch mal: Klickt bitte dafür auf das Symbol mit der Tür neben dem Livestream. Wichtig: Erlaubt bitte den Zugriff auf die Kamera und das Mikrofon, dann das Mikrofon stummschalten und, falls der Livestream noch geöffnet ist, dort bitte den Ton ausschalten.

Wir müssen jetzt mit denjenigen, die eingetreten sind, einen kurzen Technikcheck durchführen, damit das tatsächlich auch funktioniert; denn wenn mein Bild umgeschaltet wird und dann die erste Rednerin - in dem Fall wäre das die Jessica Rosenthal - ihren Redebeitrag hier auch zu den Delegierten sprechen kann, müssen wir das noch kurz überprüfen, damit das tatsächlich auch funktioniert.

Wir machen das beim erst Mal besonders gründlich. Die Routine auch derer, die sich dort jetzt in den digitalen Raum eingewählt haben, ist noch nicht ganz gegeben. Deshalb ist das der Punkt, an dem wir vielleicht die Gelegenheit auch nutzen könnten, die Geburtstagskinder, die wir üblicherweise auch an einem solchen Tag wie einem Parteitag aufrufen, vielleicht von dieser Stelle aus zu beglückwünschen. Normalerweise wären wir alle zusammen hier in dieser Halle, aber sonst machen wir das jetzt einfach mal über die digitale Leitung und gratulieren insofern Michael Antenbrink, wir gratulieren Achim Hütten, ebenso Jochen Ott, Dominik Streit, Lena Sterzer und Mark Zitzen. Allen von dieser Stelle aus ein herzlichen Glückwunsch!

Ich würde vorschlagen, beim nächsten Parteitag, der dann hoffentlich kein digitaler Parteitag mehr ist, sondern einer, der wieder anständig auch mit einem Parteiabend stattfindet, gibt es vielleicht ein Freige-tränk der Wahl, übernommen vom Parteivorstand, für diese Geburtstagskinder und für alle anderen, die dann bei diesem Parteitag mit dabei sein werden. Aber erst einmal einen herzlichen Glückwunsch und alles Gute zu diesem Geburtstag!

Ich frage mal, ob wir den Technikcheck jetzt mittlerweile abgeschlossen haben. - Das ist noch nicht der Fall.

Dann richte ich mal einen besonderen Gruß an dieser Stelle vielleicht auch an diejenigen Landesverbände, die noch in diesem Jahr, vielleicht aber auch schon im nächsten Jahr, also allesamt auch über die Bundestagswahl hinaus, ihre Wahlkämpfe haben. Ich hoffe, dass wir uns nicht nur mit diesem Programm, sondern auch mit Olaf als Kandidaten und einer guten Bundestagswahl dafür gut aufstellen werden und dass auch von diesem Parteitag der Rückenwind dafür ausgeht und dass wir vielleicht auch ein bisschen was lernen können von den Wahlkämpfen, die schon stattgefunden haben, in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg, oder aber auch in Hessen.

An die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer noch mal einen herzlichen Gruß. Ich finde Ihr habt das hervorragend gemacht. Ihr habt das ganz toll gemacht. Wir werden mal sehen, was wir uns da auch noch alles abgucken können.

Ich habe jetzt gehört, dass die Technik so weit ist und damit auch die erste Rednerin bereitsteht. Das ist Jessica Rosenthal. Insofern auch ein ganz besonderer Gruß nach Nordrhein-Westfalen und vor allem auch zu Dir, Jessica. Wir freuen uns auf Deinen Redebeitrag. Du hast das Wort.

## **AUSSPRACHE ANTRAGSBLOCK KAPITEL 1**

*Jessica Rosenthal, Nordrhein-Westfalen:*

Liebe Genossinnen und Genossen, vor allem aber liebe Auszubildende, liebe Studierende, liebe Schülerinnen und Schüler! Wir wissen, wie sehr Euch das hier alles nervt. Wir wissen, was Euch die letzten eineinhalb Jahre gekostet haben. Und genau deshalb haben wir das Aufholpaket in dieser Legislatur eingebracht, um Euch zu unterstützen: Den Ausbildungsrettungsschirm, zusätzliche Unterstützung durch einen zusätzlichen Familienbonus, ein Gesetz zur Eindämmung der Befristungen.

Und trotzdem wissen wir: Das reicht nicht. Natürlich reicht das nicht, wenn die Union auf dem Beifahrersitz mit beiden Beinen auf der Bremse steht. Es ist Zeit, sie rauszuschmeißen. Es ist Zeit, Vollgas zu geben in Richtung Zukunft; denn gerade für uns als junge Menschen geht es hier um alles, geht es darum, jetzt die großen Weichen zu stellen. Wir wollen, dass Ihr das Leben führen können, was Ihr Euch wünscht.

Und genau deshalb stehen wir für die umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie ein und wollen, dass jeder junge Mensch das Recht darauf hat, eine Ausbildung in diesem Land zu machen. Deshalb wollen wir, dass das BAföG nicht mehr zurückgezahlt werden muss, dass viel mehr Menschen davon profitieren können. Deshalb wollen wir, dass endlich massiv in die Schulen investiert. Deshalb wollen wir, dass alle unter 18 kostenfrei den Nahverkehr nutzen können. Deshalb wollen wir, dass der Bus vor der Haustür oder die Bahn überhaupt erst fährt. Deshalb wollen wir Auszubildendenwohnheime und Studi-Wohnheime endlich bauen, damit man sich das Leben auch leisten kann, damit man das Zuhause da haben kann, wo man leben möchte.

Und wir möchten vor allem eines: Wir wollen, dass von dieser Erde am Ende noch was übrig ist; denn für uns geht es darum, jetzt die Zukunft so zu gestalten, dass wir hier Industriestandort sein können und gute Arbeitsplätze haben, aber endlich unserer Verantwortung gerecht werden und natürlich das 1,5-Grad-Ziel halten. Genau deshalb ist jetzt Zeit für Zukunftsinvestitionen in den ökologischen Umbau, und genau deshalb ist jetzt Zeit, alles für diese Zukunft zu machen.

Aber ich sage Euch auch eines: Wir wollen nicht, dass länger nur über uns geredet wird als junge Menschen. Wir wollen diese Zukunft selbst gestalten. Deshalb bin ich so stolz darauf, dass wir knapp 80 Jusos haben, die für diesen Bundestag kandidieren. Wir wollen einen anderen Sound in dieser Politik haben. Wir wollen einen Sound, der unsere Stimme hörbar macht, und einen Sound, in dem unsere Stimme eine Rolle spielt.

Das alles hat die SPD zu bieten - und noch viel, viel mehr. Dieses Angebot macht nicht nur die SPD Euch, dieses Angebot macht die SPD uns. Wir werden diese Zukunft in diesem Land gestalten, und dafür brauchen wir Eure Stimme. Also lasst uns Zukunft machen. In diesem Programm ist alles dafür drin. - Danke schön.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Liebe Jessica, ganz herzlichen Dank für diesen Redebeitrag. Auch herzlichen Dank für das Einhalten der Zeit. - Ich kann insofern gleich den nächsten Redner aufrufen. Das ist Stephan Grüger. Stephan, Du hast das Wort.

*Stephan Grüger, Hessen-Süd:*

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst einmal danken für diese hervorragende Vorlage, über die wir jetzt diskutieren können, in diesem Zusammenhang aber auf eine Sache hinweisen, die mir sehr am Herzen liegt. Die, die mich länger kennen, wissen was jetzt kommt. Ich möchte darauf hinweisen, dass die SPD sich nicht verstecken muss, was das Thema erneuerbare Energien und Klimaschutz angeht. Wir hatten in unseren Reihen einen Genossen, der den alternativen Nobelpreis dafür bekommen hat, dass er sich mit dem Thema Energie und Klimaschutz sehr intensiv auseinandergesetzt hat. Ihm haben wir zu verdanken, dass wir heute so viel erneuerbare Energien bereits im Netz haben. Er ist nämlich einer der wesentlichen Autoren des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gewesen: Es war Hermann Scheer. Herman Scheer hat die Energiewende vorgedacht. Er hat im Endeffekt all das vorgedacht, auf das wir heute zurückgreifen können, wenn wir über die Frage reden, wie wir eigentlich eine Industriegesellschaft, die wir gerne bleiben wollen, in eine Erneuerbare-Energien-Gesellschaft, in eine erneuerbare Gesellschaft, in das, was Hermann Scheer das „Solarzeitalter“ nennt, transferieren wollen.

Deswegen brauchen wir uns bei diesen Fragen nicht zu verstecken und sollten uns auch viel offensiver darauf zurückbeziehen, dass wir diese Geschichte haben. Es stand bereits im Bundestagswahlprogramm 1998 drin: Wir wollen die Brücke ins Solarzeitalter. Das heißt, das ist ja nichts Neues, was wir hier als Sozialdemokraten hier diskutieren, sondern es ist das, für das wir spätestens seit 1998, eigentlich aber auch schon deutlich länger stehen, weil wir natürlich auch gesagt haben, wir wollen aus der Atomkraft raus. Wenn wir aus der Atomkraft rauswollen, müssen wir aber auch genau sagen, wohin es geht.

Was aber in dem Zusammenhang absolut wichtig ist, das ist auch eine Politik für gute Arbeit, eine Politik für Arbeitsplätze. Wir wissen, dass die Transformation der Industriegesellschaft ins Solarzeitalter bedeutet, dass wir damit viele neue gute Arbeitsplätze schaffen. Wir waren schon mal viel weiter. Leider hat der Herr Altmaier vieles davon wieder zerstört. Aber vielleicht können wir vieles davon auch wieder in die richtige Richtung bringen. Wir hatten schon mal mehr als 300.000 Arbeitsplätze bei den erneuerbaren Energien. Die Möglichkeit liegt hier darin, noch viel mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Das heißt, Energiewende und Arbeitsplätze gehören zusammen. Es ist unsere sozialdemokratische Aufgabe, das zusammenzubringen. Die Energiewende ist eine sozialdemokratische Aufgabe. Erneuerbare Energien sind sozialdemokratische Energien, und darauf sollten wir im Wahlkampf auch immer wieder hinweisen. - Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit, Genossinnen und Genossen.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank. - Als nächste Rednerin rufe ich Franziska Giffey auf.

Auf Bitten der Regie weise ich noch mal darauf hin, dass bitte nur diejenigen in den digitalen Raum eintreten, die auch schon namentlich benannt worden sind. Die anderen bitte noch warten, bis ihr Aufruf erfolgt. - Franziska ist bereit und hat das Wort.

*Franziska Giffey, Parteivorstand:*

Einen schönen herzlichen guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich, dass wir heute diesen Tag zusammen erleben können mit einem starken Programm für die SPD im Bund. Wir haben uns auf das Wesentliche konzentriert. Wir haben klar fokussiert, wofür wir stehen: für eine moderne, für eine gerechte, für eine soziale Gesellschaft. Wir wollen, dass wir aufbauen auf den Erfolgen, die wir als SPD schon hatten. Ich finde es immer wichtig, dass wir ganz klar sagen: Es macht einen Unterschied, ob die SPD mitregiert oder nicht. Wir haben es gerade in dieser Woche gesehen, auch eine erfolgreiche familienpolitische Woche mit unseren großen Flaggschiffen, die uns allen wichtig waren: dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, den Hilfen für die Kinder und Jugendlichen zum Aufholen nach Corona und auch ein neues Kinder- und Jugendhilferecht.

Das sind nur kleine Beispiele, die aber zeigen, wie wichtig es ist, dass die Sozialdemokratie eben dafür streitet, dass wir einen Unterschied machen, dafür, dass wir die Menschen nicht vergessen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen; und gleichzeitig moderne Zukunftsvisionen entwickeln für unser Land.

Das, was wir heute diskutieren, zeigt eben auch einen Weg in eine smarte Nation, in eine Gesellschaft, die auf Zusammenhalt setzt. Ich bin sehr froh, dass wir es geschafft haben, auch für das Thema Demokratieförderung - dieses große, wichtige Thema Respekt, das Olaf auch so wichtig ist, davon lebt der Zusammenhalt in unseren Land, dass wir das an den Anfang unseres Programms setzen, dass wir denjenigen, die sich in der Zivilgesellschaft für Demokratie, für Freiheit, für Gerechtigkeit und vor allen Dingen Solidarität einsetzen, den Rücken dafür stärken, dass wir in einem Menschenbild, in einem Gesellschaftsbild arbeiten, das eben nicht fragt, woher jemand kommt, sondern wer er oder sie sein will und welche Möglichkeiten wir schaffen können, damit jeder junge Mensch seinen Weg gehen kann.

Wir stehen dafür, dass die sozialen Berufe aufgewertet werden, dass wir Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter verteilen, dass Männer und Frauen gleich bezahlt werden, dass sie die gleichen Chancen im Leben haben. Ich finde es großartig, dass unser Programm auf das Starke-Familien-Gesetz aufbaut, das Hubertus und ich auf den Weg gebracht haben in Sachen Kindergrundsicherung. Wir wollen auf dem aufsetzen, was wir in dieser Legislatur erreicht haben, und eine starke Sicherung für jedes Kind, für jeden jungen Menschen einführen. Wir wollen eine moderne Familienarbeitszeit. Wir wollen auch in der Pflege noch mehr tun. Es ist notwendig, dass die Sozialdemokraten das machen, und unser Programm gibt darauf Antworten.

Ich bin mir sicher, dass Olaf der Richtige ist, der das kann. Er hat es gezeigt, dass er es kann, und wir haben einen starken Kanzlerkandidaten, den wir aus vollem Herzen unterstützen können. Es ist auch ein Unterschied, ob eben jemand mit viel Erfahrung, der es wirklich kann, diese große Aufgabe für die Sozialdemokratie übernimmt. Deshalb: Viel Glück und Erfolg, vor allen Dingen an Olaf.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Franziska. - Als nächster Redner hat das Wort Axel Schäfer.

*Axel Schäfer, Nordrhein-Westfalen:*

liebe Genossinnen und Genossen! Wir reden jetzt über das Zukunftsprogramm der SPD. Zeitlich beginnt der Zukunftskongress der Europäischen Union. Beides gehört zusammen, Sozialdemokratie und Europa. Und natürlich verbindet das unser Kanzlerkandidat.

Deshalb fragen wir mal nach unserem Kanzlerkandidaten. Nun, er hat als Bürgermeister einer Großstadt mehrmals überragend gewonnen. Er ist jetzt Vizekanzler, aber er liegt in den Umfragen zurück. In seinem Amt zeigte er heute schon, was er kann. Und auch, wenn er jetzt zurückliegt, wird er eben im September gewinnen. Der Kanzlerkandidat heißt Willy Brandt. Wir können natürlich auch nach dem anderen Kanzlerkandidaten fragen und sagen, er war schon als Hamburger Innensenator erfolgreich. Jetzt ist er Finanzminister, und manche glauben, er würde die Ministerien seiner Kolleginnen und Kollegen besser kennen als sie selbst.

Einige sagen in der SPD, er steht rechts. Er selbst hält sich für mitte-links. Und viele vergessen, dass er mal in der Jugendzeit an der Spitze eines sozialistischen Verbandes stand. Der Kanzlerkandidat heißt Helmut Schmidt.

Der Kanzlerkandidat heute ist Olaf Scholz. Willy Brandt und Helmut Schmidt und Olaf Scholz verbindet vieles. Das ist gut so, und es ist besonders gut, dass wir das durchsprechen. Wir müssen aber auch auf die anderen Herausforderinnen und Herausforderer zu sprechen kommen, ganz entspannt.

Armin Laschet ist weder Helmut Kohl noch Angela Merkel. Und Annalena Baerbock hat es gerade abgelehnt, mit den Vorsitzenden von SPD und LINKEN in einer öffentlichen Diskussion über das Thema Rot-Rot-Grün zu reden. Stattdessen hat sie schon eine Laudatio auf einem CDU-Jubiläum gehalten.

Wir können schon an dieser Stelle klarmachen: Die Mehrheit diesseits der Union gibt es nur mit der SPD. Die Mehrheit diesseits der Union, das ist die Garantie mit der Kandidatur von Olaf Scholz. Deshalb wird es ganz, ganz wichtig sein, dass wir nicht nur vieles von diesem Zukunftsprogramm wissen, sondern dass wir immer wieder darüber reden, und dass wir auch über die Verbündeten reden, die wir haben. Die schwarzen Verbündeten kennen wir. Die größte Partei im Mitte-Rechts-Spektrum sind die Republikaner von Donald Trump, und in Europa gehört dazu Victor Orbán. Das sind die Verbündeten von Armin Laschet.

Die Grünen regieren auch; die haben auch Verbündete. Guckt Euch mal in Österreich an, wie dort Schwarz-Grün funktioniert, bei der Flüchtlingspolitik, in vielen Dingen, im Umgang mit der Presse, mit dem Parlament. Das ist Schwarz-Grün in der Wirklichkeit.

Und gucken wir mal auf uns: Wir haben gewonnen - nicht nur hier. Wir haben gewonnen in Neuseeland mit Jacinda Ardern. Wir haben in den USA gewonnen mit Joe Biden. Das sind unsere Verbündeten, das ist progressive Politik, das ist Olaf Scholz, und das ist unser Zukunftsprogramm.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Axel, für Deinen Schlusspurt und den Appell. Herzlichen Dank für den Redebeitrag. - Im ersten Block haben wir jetzt noch als aufgerufenen Redner Gustav Horn. Während Gustav spricht, will ich auch gleich diejenigen aufrufen, die sich jetzt bitte im zweiten Aufruf in den digitalen Konferenzraum begeben mögen. Das sind Annika Maus, Norbert Spinrath, Kaweh Mansoori, Frank Ullrich und Tuna Firat. Also jetzt die Zeit nutzen, während Gustav spricht, sich dort anzumelden, alle Checks durchzuführen und dann für den Einzelaufruf bereit zu sein. - Aber jetzt hat erst mal Gustav Horn das Wort. Lieber Gustav, Du bist dran.

*Gustav Adolf Horn, Parteivorstand:*

Vielen Dank. - Ein Gruß aus dem Land Brandenburg.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir stehen in einer Schwellenzeit. Wir sind auf dem Sprung in ein digitales Zeitalter mit ökologisch nachhaltiger Produktion. Ich stelle mir vor, dass wir in 20 bis 25 Jahren in einem Land leben, in dem die Digitalisierung Wohlstand geschaffen hat. Ich stelle mir vor, dass wir in 20 bis 25 Jahren in einem Land leben, in dem wir nicht mehr an den Reserven der Natur zehren. Und ich stelle mir vor, dass wir in 20 bis 25 Jahren in einem Land leben, in dem alle diese Gesellschaft als gerecht und fair empfinden.

Das mag im Moment ein Traum. Dessen Realisierung ist hart und wird häufig im Gegenwind erfolgen. Hier endet sicherlich auch der Traum, und wir müssen diese Politik in den Alltag umsetzen. Es ist die historische Aufgabe der SPD in dieser Zeit, den Wandel in die digitale und ökologisch nachhaltige Gesellschaft im Interesse der vielen zu gestalten. Wir wollen nicht, dass die Früchte der Digitalisierung, wir wollen nicht, dass die Früchte und des ökologischen Wohlstands nur bei wenigen Digitalkonzernen oder ökologischen Eliten verbleiben. Wir wollen eine faire und gerechte Verteilung.

Wir wollen deshalb ein Investitionsprogramm starten, das in seiner Massivität nicht zu überbieten ist. Wir wollen eine Zukunftsagentur schaffen, die diese Investitionen anregt und mit den Mitteln des Kapitalmarktes finanziert, sodass wir diesen Sprung in die digitale und ökologisch nachhaltige Gesellschaft auch schaffen. Und wir wollen, dass wir ein Gesundheitssystem, ein Sozialsystem und ein Bildungssystem haben, das den Herausforderungen der Zukunft, die wahrlich nicht gering sind, gewachsen sind.

Und wir wollen, dass in diesem Gesundheitssystem und dem Bildungssystem und im Sozialsystem Menschen arbeiten, die fair und gerecht bezahlt werden. Wir wollen überhaupt, dass der Arbeitsmarkt endlich so gestaltet wird - in allen Teilen Deutschland -, dass dort faire und gerechte Tariflöhne gezahlt werden.

Das ist eine sehr große Aufgabe. Aber wir haben das richtige Programm dazu, und wir haben den richtigen Kandidaten dazu. Wir wissen, dass Olaf Scholz dies kann. Das ist keine Hoffnung, das ist keine Spekulation, und das ist keine Illusion, sondern wir wissen, dass er es kann, weil er es in vielen Krisen schon bewiesen hat, zuletzt jetzt in dieser Pandemie mit seinem Konjunkturprogramm, mit Wumms und der Bazooka.

Deshalb: Gehen wir in diesen Wahlkampf, gehen wir aus Sorge für unser Land, aus Sorge für Europa und aus Sorge um unsere Überzeugung in diesen Wahlkampf hinein. - Auf geht's!

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Auf geht's - ein schönes Stichwort, lieber Gustav. Dir ein ganz herzliches Dankeschön.

Auf geht's auch in die zweite Runde derer, die sich jetzt im Kapitel 1 zu Wort gemeldet haben. Nur, damit auch noch mal die Delegierten zu Hause ein bisschen nachvollziehen können, wie sich das im Grunde genommen im Hintergrund in der Technik abspielt: Es wird jetzt so sein, dass sie nacheinander den digitalen Raum betreten. Dann wird mit denen noch mal der Check durchgeführt werden. Das heißt also: Funktioniert das Mikro, reichen die Bandbreiten, und funktioniert das auch letztendlich mit der Kamera? Danach werde ich noch mal, wie wir das eben schon wunderbar miteinander praktiziert haben, die einzelnen Rednerinnen und Redner aufrufen.

Ich kann vielleicht schon mal mit auf dem Weg geben: Die Technik ist erstens nicht nur stabil, sondern zweitens schaffen wir es auch ganz wunderbar, uns hier in einem doch zumindest mal vorgedachten Zeitkorsett zu bewegen. Zumindest das wäre auch ein weiterer Unterschied vielleicht zu dem einen oder anderen Parteitag, bei dem wir schon gelegentlich auch mal darum gerungen haben, uns noch die ein oder andere Minute wieder zurückzuholen, damit es uns gelingt, auch wirklich das gesamte Antragspaket abzuarbeiten. Insofern hat dieser digitale Parteitag eine Reihe von Chancen und Möglichkeiten, offensichtlich auch die, sich in einem disziplinierten Zeitkorsett zu bewegen. Dafür will ich mich schon einmal bei den Rednerinnen und Redner, die jetzt gesprochen haben, sehr herzlich bedanken; denn es ist ja nicht ganz so einfach, in drei Minuten alles auf den Punkt zu bringen. Ich finde, das ist sehr gut gelungen. Das macht uns auch Mut für das, was weiter noch abzuarbeiten ist auf diesem Parteitag.

Wenn Ihr ihn auch gut findet, diesen Parteitag, dann wäre das eine Gelegenheit, es vielleicht den ein oder anderen auch wissen zu lassen. Das heißt in dem Fall, vielleicht auch in den sozialen Medien noch mal etwas zu posten, auch vielleicht zu zeigen, in welcher Situation Ihr zu Hause an diesem digitalen Parteitag teilnehmt. Ich kann für uns sagen: Wir sitzen im CityCube mit ganz wenigen, und uns wäre es gerade vielleicht auch vom Tagungspräsidium aus ein bisschen wohler ums Herz herum, wenn wir die Gelegenheit hätten, in einen gut gefüllten Saal mit Delegierten zu blicken. Das ist nicht der Fall. Aber vielleicht habt Ihr zu Hause ein schönes Umfeld. Lasst es wissen, und lasst vor allem auch wissen, was wir vorhaben und mit wem wir es vorhaben: mit unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz.

Vielleicht will sich auch noch der eine oder andere zuschalten - das ist ja durchaus auch möglich -, um zu hören, welchen Plan Olaf für Deutschland hat. Der Hashtag dazu ist „Aus Respekt“, damit das Schlagwort auch gegeben ist. Wenn Ihr das dazu benutzen möchtet, dann wäre das sicherlich eine schöne Sache.

Wir haben gerade eben auch den Hinweis über die Regie erhalten, dass über diejenigen hinaus, die ich eben schon namentlich benannt habe, keine weiteren Wortmeldungen für diesen ersten Block vorliegen, sodass ich jetzt zumindest formal an dieser Stelle feststellen möchte, dass wir die Rednerliste, bevor wir dann danach in die Antragsabstimmung eintreten werden, schließen werden und es damit auch wirklich schaffen, im Zeitbudget zu bleiben.

Der Gruß nach Nordrhein-Westfalen wäre üblicherweise: Es schaffen alle, den Zug nach Nordrhein-Westfalen zu bekommen, der uns ansonsten ja auch immer ein wenig die Zeitvorgabe geliefert hat für den Bundesparteitag. Also, es dürfte kein Problem sein, dass wir das hinkriegen. Und die eine oder andere in dem Fall hat vielleicht auch noch die Gelegenheit, sich am Muttertag zu Hause vielleicht auch nach dem Parteitag etwas Schönes vorzunehmen. Ich zumindest, wie das in digitalen Zeiten ja üblich ist, habe schon mal einen digitalen Gruß von zu Hause mit einem Herz erhalten. Vielleicht hat der ein oder andere das auch. Und ich habe im Netz auch schon ganz viele Ortsvereine gesehen, um das vielleicht auch noch zu erwähnen, die auch am Muttertag - nicht nur am Internationalen Frauentag, sondern in dem Fall am Muttertag unterwegs sind und Geschenke gemacht haben. Auch in Corona-Zeiten ist das möglich; wir haben es in den abgelaufenen Wahlkämpfen erlebt. Dafür ein herzliches Dankeschön, dass Ihr Euch auch von Corona nicht abhalten lasst, Eure Ortsvereinsarbeit durchzusetzen.

Ich habe gehört, dass die Technik jetzt so weit ist, dass alle bereit sind. Annika vor allem ist bereit. Wir rufen sie hiermit auf. Ich sehe sie schon auf dem Bildschirm. Liebe Annika, sehr schön. Du hast das Wort.

*Annika Maus, Nordrhein-Westfalen:*

Danke schön. - Liebe Genossinnen und Genossen! Corona hat offengelegt, was schon lange in unserem Land schief läuft. Wir haben ein Bildungssystem, das so viele Kinder und Jugendliche abhängt, weil sich Eltern zum Beispiel keine Nachhilfe leisten können. Auch ich habe diese Nachteile immer wieder zu spüren bekommen und konnte trotzdem einen Weg gehen, der meinen Eltern noch versperrt gewesen ist, nicht zuletzt auch durch die sozialdemokratische Idee des BAföG.

Leistung lohnt sich für sich und die eigenen Kinder. – Ja denkste! Dieser Slogan taugt vermutlich nur noch als Floskel auf irgendwelchen FDP-Wahlplakaten. In unserer Arbeitswelt sind schlecht bezahlte Berufe, zum Beispiel im Gesundheitswesen, durch Profitinteressen nahezu unerträglich geworden. In anderen Branchen erleben wir Tariffucht und Lohndumping. Viele Bereiche der Daseinsfürsorge wurden privatisiert. Für Gesundheit, für Rente und Bildung fehlt das Geld. Große Konzerne werden dagegen gerade jetzt in der Krise gestützt, während Wirtschaftsminister Altmaier es über Monate nicht hinbekommen hat, die Dezember-Coronahilfen an kleinere Unternehmen und Selbstständige auszuzahlen.

Wir leben auch in einem Land, in dem Frauen immer noch die Hauptlast tragen, wenn es um Care-Arbeit geht - das hat Corona ebenfalls noch mal ganz deutlich offengelegt, und dafür am Ende ihres Arbeitslebens mit Rente belohnt werden, die zum Leben nicht mehr reichen.

Und dann ist da noch das große Thema Klimaschutz. Viele sagen: Klimaschutz? Den haben doch die Grünen erst erfunden. - Aber das stimmt nicht. Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Und warum? Weil für uns das Ganze eben eine soziale Frage ist. Wir brauchen ihn, weil er für uns als Menschen lebensnotwendig ist, überlebensnotwendig ist, und weil es eben vor allem diejenigen sind, die finanziell benachteiligt sind, die am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden, und zwar nicht nur im globalen Süden, sondern auch hier in Deutschland. Es sind diejenigen, die sich die Mieten in den guten Lagen nicht leisten können, die an vielbefahrenen Straßen wohnen und deren Lebenserwartung dadurch drastisch sinkt, die sich keine Klimaanlage in die eigenen vier Wände hängen können, wenn im Sommer die Temperaturen ins Unerträgliche steigen.

Wir wissen aber auch, Klimaschutz kann nicht sein, ökologische Standards beispielsweise beim Wohnungsbau zu setzen, dann aber die Mieterinnen und Mieter bei den Kosten für die dadurch steigenden Mieten alleine zu lassen. Und es kann auch nicht sein, den Menschen abzuverlangen aufs Auto zu verzichten, wenn der Staat nicht gleichzeitig dafür sorgt, dass man nicht mit schlechten oder nicht vorhandenen Bahnverbindungen plötzlich doppelt so lange zur Arbeit braucht.

Klimaschutz ist eine soziale Frage, und deshalb ist sie für uns Sozialdemokrat\*innen einfach Standard. Und wir müssen, wir werden mit unserem Zukunftsprogramm alle auf diesem Weg mitnehmen. Das bedeutet Investitionen, ein starker Staat, weil uns die vielen in diesem Land das aber wert sind, weil sie dieses Land sind und weil ohne sie nichts läuft. - Danke schön.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Annika. - Als nächster Redner hat Frank Ullrich das Wort.

Während er hier auf dem Bildschirm erscheint, will ich vielleicht auch den Hinweis noch mal ganz kurz geben: Falls jetzt auch nachfolgend die Rednerliste nicht mehr ganz quotiert ist, dann liegt das auch ein bisschen daran, dass wir die eine oder andere technische Verschiebung dadurch kompensieren, dass dann eben nicht mehr quotiert aufgerufen wird. Das ist natürlich unser Versuch, da dran zu bleiben, aber gleichzeitig auch die Technik im Griff zu behalten.

Jetzt sehe ich schon Frank Ullrich am Start, bevor es losgeht. Er ist bereit. Lieber Frank Ullrich, Du hast das Wort.

*Frank Ullrich, Direktkandidat der SPD im Bundestagswahlkreis 196 Suhl - Schmalkalden-Meiningen - Hildburghausen – Sonneberg:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Zuerst möchte ich mal allen Müttern herzlichen Glückwunsch übermitteln zum heutigen Muttertag. Alles, alles Gute! Das ist mir ein Bedürfnis.

Mein Name ist Frank Ullrich, wie gesagt. Als Junggenosse trete ich hier in Südthüringen als Direktkandidat für unseren wunderschönen Wahlkreis 196 in Suhl, Schmalkalden-Meiningen, Sonneberg und Hildburghausen an und sitze auch hier seit 2019 im Stadtrat, wo ich im gleichen Jahr auch die Landtagswahlen mal ansteuern durfte und hier die Silbermedaille errungen habe. Ich bin im wunderschönen Trusetal auch im Thüringer Wald geboren und aufgewachsen, habe mein Abitur absolviert, hier studiert: Ich war auch mal Olympiasieger, mal Weltmeister und auch mal Gesamtweltcup-Sieger geworden und war dann anschließend auch als Biathlon-Nationalmannschaftstrainer der Langläufer unterwegs.

Ich habe eigentlich gelernt, mit hohem Puls und, sagen wir mal, doch auch einer hohen Konzentration am Schießstand umzugehen. Sie war mein ständiger Begleiter. Genau diese Pulsausschläge hat es jetzt bei mir wieder gegeben, als ich gehört habe, dass Hans-Georg Maaßen für unseren Wahlkreis als Direktkandidat von der CDU aufgestellt wurde. Ja, eigentlich ein Unding, aber ich denke, hier hat die CDU eigentlich komplett ihren Kompass verloren.

Ihr könnt mir glauben: Ich werde alles in diese Richtung mit einem Ehrgeiz, mit meinem Kampfgeist, mit heißem Herzen und auch einem kühlen Kopf versuchen, dass ich es verhindere, dass dieser Mann in den Bundestag einzieht. Ich hoffe ganz, ganz stark auch auf Eure Unterstützung.

Deshalb möchte ich alles dransetzen, unsere Bürgerinnen und Bürger an der Basis abzuholen, sie zu überzeugen, dass unser Programm all unsere sozialdemokratischen Werte widerspiegelt, dass Olaf Scholz hier auch genau der richtige Bundeskanzler werden und auch sein wird. Ich bin davon überzeugt, dass er mit einem klaren Kompass, mit Erfahrung und auch klarer Kante gegen Rechts marschieren wird.

Da ich mich für den Sport auch explizit als ein Indikator für den Zustand in der Gesellschaft einsetzen möchte, ist es mir ein Bedürfnis, mehr Sport in die Politik zu bringen, speziell in den Sportausschuss des Bundestages. Ich möchte hier sagen, dass der Sport sowohl physisch als auch psychisch ganz, ganz stark auch andere Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens tangiert, angefangen von unseren Familien bis hin zur Bildungspolitik, von der Migrations-, von unserer Sozial-, aber auch Klimapolitik, einschließlich auch unserer mittelständischen Unternehmen. Denn ich sage mal: Unsere Arbeitnehmer müssen fit sein. Damit helfen sie auch unserer gesamten Gesellschaft.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin der SPD beigetreten, weil ich Respekt und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken will und weil ich nicht will, dass Populisten und Nationalisten in den Parlamenten sitzen. Unser Zukunftsprogramm und Olaf stehen für Respekt und Zusammenhalt, und für mich als ehemaliger Biathlet ganz klar und zielgerichtet mit Zukunft im Visier. - Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Lieber Frank Ullrich, Dir ein ganz herzliches Dankeschön. Wenn wir jetzt alle zusammen in diese Halle wird, dann hättest Du bestimmt einen tollen Applaus bekommen, wie all Deine Vorrednerinnen und Vorredner auch. Mein Sportlerinnenherz schlägt jetzt nicht nur hoch, wenn ich Dich sehe, sondern auch mein Politikerinnenherz. Mit hohem Puls in ruhiger Hand - da drücken wir Dir die Daumen - wirst Du in diesem Wahlkreis gewinnen. Demokratinnen und Demokraten stehen zusammen. Ganz, ganz herzlichen Dank für Dein Engagement. Wir wünschen Dir alles, alles Gute. Grüße nach Thüringen!

*Frank Ullrich, Thüringen:*

Danke schön. Grüße zurück!

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Frank Ullrich. - Als nächsten Redner haben wir dann Norbert Spinrath. Der wird jetzt aufgerufen und gleich mit dem Bild erscheinen. Lieber Norbert, damit hast Du auch das Wort.

*Norbert Spinrath, Nordrhein-Westfalen:*

Vielen Dank, lieber Anke. - Liebe Genossinnen und Genossen! Herzlichen Dank an all diejenigen, die beim Entwurf des Zukunftsprogramms am Kapitel Europa mitgeschrieben haben. Es sind gute und starke Aussagen für die Zukunft Europas darin enthalten und beschrieben, warum wir dieses Europa brauchen.

Ich finde es auch richtig gut, dass sich Europa in vielen anderen Kapiteln des Programms wiederfindet und dass damit die Querbezüge immer deutlich werden. Aber insbesondere müssen wir dieses Programm, diese Kapitel, diese Zusammenhänge zu Europa dann auch stärker transportieren. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürger klarmachen, dass die Menschen im Mittelpunkt unserer sozialdemokratischen Europapolitik stehen. Wir müssen daran erinnern, dass es Versprechen in der EU gab, die mit großem Pathos abgegeben worden sind: Frieden, Freiheit, Wohlstand für alle. Ja, aber leider ist das Versprechen auf Wohlstand für alle doch für viele in Europa deutlich auf der Strecke geblieben.

Deshalb sage ich: Lasst uns jetzt dafür arbeiten. Lasst uns den Menschen sagen, dass wir sie in den Mittelpunkt stellen. Lasst uns den Menschen sagen, dass wir daran arbeiten, dieses Europa für sie zu gestalten, ein Europa mit sehr viel Respekt auch für die Unterschiede, die wir in Europa dann aber gemeinsam zusammenfügen wollen, ein Europa, das solidarisch ist und dann eben nicht darüber nachdenkt, was kostet es mich, dem anderen zu helfen, sondern das dann auch solidarisch zusammensteht. Und vor allen Dingen ein soziales Europa, das die Interessen der Menschen in Europa in den Vordergrund rückt. - Glück auf!

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank auch Dir, lieber Norbert. - Als Nächsten haben wir Kaweh, den ich hiermit aufrufe. Herzliche Grüße nach Hessen-Süd! Du hast das Wort.

*Kaweh Mansoori, Hessen-Süd:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Das letzte Programm, das einen sozialdemokratischen Kanzler hervorgebracht hat, trug nicht zu Unrecht den Titel „Innovation und Gerechtigkeit“; denn seit 157 Jahren ist es die Mission der Sozialdemokratie, aus technologischen Innovationen sozialen Fortschritt zu machen. Und das ist auch der Geist, den das heutige Zukunftsprogramm atmet. Wir sagen, dass Digitalisierung und Netzausbau entscheidende Gerechtigkeitsfragen sind. Und da muss man gerade an die Adresse von FDP und CDU sagen: Gerade beim digitalen Umbruch regelt der Markt eben nicht alles. Ohne gesetzliche Vorgaben an Telekommunikationsunternehmen, die auch die SPD durchgesetzt hat, ohne die Breitbandnetzausbaugesellschaften unserer Landrätinnen und Landräte, unserer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister würde es immer noch kein DSL auf den Dörfern geben. Deswegen geht es darum, dass wir diesen Weg jetzt auch weitergehen; denn die Weichen für die 20er-Jahre werden heute gelegt.

Da will ich aus Sicht der jüngeren Generation auch sagen, es geht nicht nur darum, dass wir die regionale Spaltung in Technologiefragen überwinden, sondern auch die soziale Spaltung. Wir wollen, dass die technische Infrastruktur an jeder Milchkanne hängt, damit niemand abgehängt wird, liebe Genossinnen und Genossen. Da geht es auch um Bezahlbarkeit im digitalen Umbruch. Auch da will ich gerade mit Blick auf jüngere Wählerinnen und Wähler sagen, dass wir beispielsweise Sondertarife für junge Menschen wollen, für Auszubildende und Studierende, damit sich eben alle die digitale Teilhabe leisten können.

Am Ende des Tages geht es auch um Sicherheit im Wandel. Wir wollen die Zukunftsfragen nicht nur mit moderner Infrastruktur beantworten, sondern vor allem auch mit einem Sozialstaat, der die Menschen auf diesem Weg mitnimmt, mit einem Chancenkonto, aus dem Menschen Pausen in ihrer beruflichen Zeit finanzieren können, mit Fort- und Weiterbildung, weil sich Berufsbilder verändern werden und Menschen eine Chance brauchen. Und auch damit, dass wir die Arbeit der Zukunft bei uns schaffen, mitbestimmt und fair bezahlt.

Am Ende des Tages, liebe Genossinnen und Genossen, muss man sagen, dass dieser Weg in das digitale Zeitalter auch ein Weg in das soziale Zeitalter sein muss. Diese Aufgaben sind viel zu groß für solche Kleingeister wie Peter Altmaier und Andi Scheuer. Wir brauchen endlich eine Regierung, die auch anpackt und die dieses Land in eine solidarische Moderne führt. Da will ich ganz klar sagen: Ich wünsche mir, dass aus technologischen Innovationen sozialer Fortschritt wird, und dafür muss Olaf Scholz Bundeskanzler werden. Dafür will ich mich auch als Bundestagskandidat hier in Frankfurt einsetzen. - Glück auf!

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank Dir. Dir und den vielen Bundestagskandidatinnen und -kandidaten viel Erfolg jetzt in den nächsten Wochen. - Wir haben als Nächstes auf der Rednerliste Tuna Firat. Wir bleiben damit auch in Hessen-Süd und wissen, dass dort die Verbindungen schon mal gut sind. Lieber Tuna, Du hast das Wort.

*Tuna Firat, Hessen-Süd:*

Danke, liebe Anke. - Liebe Genossinnen und Genossen! Dieses Zukunftsprogramm darf in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden. Wir sind gerade an einem Punkt, an dem wir quasi die Richtung für das kommende Jahrhundert formulieren. Es ist parallel zum letzten Jahrhundert eine ganz kritische Situation, in der die Konservativen in ihrem Stillstand verharren und versuchen, als Programmatik zu verkaufen. In einer, in der Populisten, in der Rechte und Extremisten auf dem Vormarsch sind und die Spaltung der Gesellschaft zu ihren Gunsten nutzen wollen, müssen wir als Sozialdemokraten ganz klar die Richtung vorgeben. Es darf uns nicht egal sein, was mit den Nachbarn passiert. Wenn es im Kleinen nicht stimmt, dann stimmt auch in dieser Gesellschaft irgendetwas nicht.

Dieses Zukunftsprogramm hat alle Menschen im Blick. Es zeigt in jedem Bereich die Lücken auf, es zeigt, was wir tun müssen, es ist verbindlich, es ist richtungsweisend, und es ist unheimlich verantwortungsbewusst geschrieben. Ich kann mich nur 100 Prozent dahinterklemmen. Ich fordere Euch auf: Lasst uns gemeinsam für eine bessere Zukunft streiten, für eine Zukunft, die die Menschen im Blick hat; denn aus Respekt gegenüber den verschiedenen Facetten entsteht Solidarität, und das brauchen wir für das nächste Jahrhundert. - Glück auf!

## **ABSTIMMUNG ANTRAGSBLOCK 1**

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Tuna. - Das war der letzte Redner unseres ersten Blocks zum Kapitel 1. Damit wäre die Redeliste jetzt auch formal geschlossen, und wir könnten jetzt tatsächlich zur Abstimmung übergehen.

Dazu aber jetzt erst einmal noch ein paar technische Hinweise. Es ist uns zurückgemeldet worden, das klappt bislang sehr, sehr gut. Ich sage es trotzdem noch einmal; denn jetzt ist es absolut notwendig, dass Ihr Euch auf „anwesend“ setzt, wenn Ihr denn jetzt nachfolgend an der Abstimmung teilnehmen wollt. Das ist die Funktion, die Ihr oben links neben Euren Namen findet. Da ist ein kleiner Pfeil, der nach oben zeigt. Wenn Ihr da draufgeht, dann geht ein Feld untendrunter auf, und da könnt Ihr auf „anwesend“ klicken. Dann wird das mit einem gelben Häkchen versehen sein.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission. Dazu hat Euch Doris ja schon etwas gesagt. Darin enthalten sind auch die Kapitel und Unterkapitel sowie die dazugehörigen Anträge, Änderungsanträge sowie Initiativanträge.

Wir eröffnen auch gleich die Abstimmung. Dazu würde ich Euch jetzt als Nächstes bitten in den Autopiloten hineinzugehen und das Ganze anzuklicken. Das ist auch in dem linken Dialogfeld auf Eurem Bildschirm zu sehen. Wenn Ihr das getan habt, dann müsste jetzt auch gleich die Möglichkeit eröffnet werden, zu votieren. Ihr habt dann drei unterschiedliche Möglichkeiten: Wenn Ihr dem Votum der Antragskommission für das Kapitel 1 folgen wollen und damit einverstanden sei, dann klickt Ihr bitte „Ja“ an. Wenn Ihr den Voten der Antragskommission nicht folgen wollt, dann bitte „Nein“, oder bei „Ich möchte mich enthalten“ auf den Knopf „Enthaltung“ drücken. Ihr seht hier schon, es gibt insgesamt 30 Sekunden, eine halbe Minute, in der Ihr jetzt Zeit habt Euer Votum abzugeben. Ich würde exakt darum jetzt auch bitten, wenn das Dialogfeld aufgeht, jetzt abzustimmen.

*(Stimmabgabe)*

Damit sind die 30 Sekunden auch um. Wir schließen damit diesen Abstimmungsvorgang.

Ich darf ein Ergebnis bekannt geben. Es gab 533 gültige Stimmen. Mit Ja haben 524 gestimmt. Mit Nein haben sieben gestimmt. Es gab zwei Enthaltungen. Das ist eine ganz, ganz breite Zustimmung für das Kapitel 1. Dafür darf ich mich schon mal sehr herzlich bei allen bedanken. Wir haben damit alle Formen von Anträgen, die es zu diesem Kapitel gibt, abgehandelt. Es liegen auch keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, sodass wir jetzt das erste Kapitel abgeschlossen haben.

Ich bedanke mich bei den Delegierten und bei den Rednerinnen und Rednern, dass das so gut geklappt hat.

Wir können dann auch gleich zügig zu Kapitel 2 überleiten. Das Kapitel ist mit „Eine lebenswerte Zukunft“ überschrieben. Was wir genau unter dieser lebenswerten Zukunft verstehen, das sagt uns jetzt Norbert.  
- Lieber Norbert, Du hast das Wort.

## **EINFÜHRUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 2**

*Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender:*

Das Kapitel „Eine lebenswerte Zukunft“ handelt von unseren vier Zukunftsmissionen: Stopp des Klimawandels, Zukunft der Mobilität, Digitalisierung und ein leistungsfähiges Gesundheitssystem für alle. Ihr merkt schon: Neben der Daseinsvorsorge spielen für uns vor allem Innovation, Infrastruktur und Technologie eine große Rolle; denn wir wissen, der Klimawandel ist nicht alleine nur durch Verhaltensveränderungen hier bei uns im Land aufzuhalten. Wenn wir das weltweit schaffen wollen, dann braucht die Welt für diesen Klimaschutz auch Technologien, die hier entwickelt werden. Wenn wir das schaffen, wenn uns das gelingt, sichert das Arbeitsplätze mit Zukunft, wie zum Beispiel in der Elektromobilität oder aber in der Wasserstofftechnologie.

Jetzt müssen wir immer nur wissen: So etwas kommt nicht von selbst. Dafür brauchen wir einen Staat, der handlungsfähig ist, der Voraussetzungen schafft und der vor allen Dingen massiv investiert: in klassische und digitale Infrastruktur, in Bildung, in Qualifizierung und eben in die industrielle Transformation. Aber er muss dabei auch in bezahlbares Wohnen investieren, in Sicherheit, wenn der Job mal verlorengelht, oder im Alter und bei Krankheit. Und er muss für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen. Wer meint, das eine dem anderen opfern zu können, der wird auf der ganzen Linie scheitern.

Wir wollen einen schnellen Internetzugang in Stadt und Land. Wir wollen nicht, dass eine gute Geschäftsidee daran scheitert, dass die Mobilfunkanbindung kein Netz zeigt, dass wir eine miserable Datenübertragung haben. Das schwächt den ländlichen Raum, wo man wegziehen muss, und es überlastet die Städte.

Wir wollen Innovation auf der einen Seite und soziale Sicherheit auf der anderen, und das wollen wir zusammen. Deswegen wollen wir Verantwortung übernehmen für die Zukunft, aber wir wollen auch Verantwortung übernehmen für die Gegenwart. Das müssen wir zusammenbringen. Wer wie die CDU oder die CSU, was sie gerade in der Klimapolitik wieder gezeigt hat, hin- und herspringt zwischen Vollbremsung einerseits und dann halsbrecherischen Überholmanöver auf der anderen Seite, der ist ein Fall, wenn man vom Straßenverkehr ausgeht, für Flensburg. Dem gehört der Führerschein entzogen. Die müssen runter vom Steuer. Das gilt auch in der Politik. Die sind ein Risiko für die Allgemeinheit, und sie schaden dem Klima genauso wie Wirtschaft und Wohlstand und auch dem Zusammenhalt.

Handlungsfähig zu sein heißt aber auch: solide finanziert. Man muss auch Einnahmen dafür haben. Wenn wir Verkehrswege, Digitalisierung und Bildung mit Krediten finanzieren, dann ist das keine sinnlose Hypothek für die Zukunft und die nächste Generation. Wenn wir darauf verzichten würden, das wäre eine Hypothek und eine große Last, die dann die Nächsten, die nach uns kommen, zu tragen hätten.

Aber Kredite, um Steuerausfälle von Betrügnern und Tricksern auszugleichen, das könnte man zu Recht auch niemandem erklären. Deswegen werden wir den Einsatz gegen Steuerbetrug, gegen Steuertricks und auch gegen Geldwäsche weiter noch viel mehr Augenmerk geben.

Wir wollen aber auch ein gerechteres Steuersystem insgesamt. Die Folgen der Krise gehören nicht auf die Schultern der Klein- und Mittelverdienenden im Land. Im Gegenteil: Die brauchen eine richtige Entlastung. Das bedeutet, wir wollen für die große Mehrheit die Steuern senken. Das hat nämlich auch eine Folge für die Wirtschaft. Das erhöht die Kaufkraft, und das kurbelt die Konjunktur an. Dann ist es aber zum Ausgleich nur gerecht, wenn wir die oberen 5 Prozent der Einkommen, der höchsten Einkommen, und wenn wir das obere 1 Prozent der Topvermögen stärker an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen.

Schluss sein muss auch mit einer staatlichen Förderpraxis, die dann, wenn man mehr Einkommen hat, einen höheren Zuschuss gewährt. Das ist beispielsweise beim Kinderfreibetrag oder beim Steuerabzug von Spenden so. Das kann man niemandem erklären, und das müssen wir ändern. Und mal ehrlich, Millionengehälter von Topmanagern müssen wirklich nicht auch noch durch Abzugsfähigkeit von der Steuer von der Allgemeinheit bezuschusst werden.

Ihr habt zu all den Themen eine ganze Reihe von Anträgen gestellt. Deshalb gebe ich jetzt wieder ab an das Tagungspräsidium.

## **ANTRAGSBERATUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 2**

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Lieber Norbert, vielen herzlichen Dank für die Einführung. Du hast uns schon auf das Kapitel 2 hingeleitet. Wir beginnen, wie wir das eben bei Anke auch gemacht haben, mit dem Bericht der Antragskommission. Dafür übergebe ich jetzt erst noch einmal an Doris.

*Doris Ahnen, Antragskommission:*

Lieber Niels! Liebe Genossinnen und Genossen! Das große Thema in der Antragskommission war hier die Energie- und Klimapolitik. Angesichts der Bedeutung und der Dynamik des Themas hat die Antragskommission hier den Anspruch der Sozialdemokratie noch mal deutlicher herausgearbeitet und auch noch mal präzisiert. Ich will Euch das an einigen wenigen Stellen deutlich machen, indem wir Textveränderungen vorgenommen haben. Das gilt insbesondere für die Zeilen 1 bis 7. Hier schlagen wir vor, die Klimaziele anzupassen und der Größe der Aufgabe noch mal mehr Gewicht zu geben, und möchten Euch deswegen folgenden Wortlaut vorschlagen:

„Den Klimawandel zu stoppen ist eine Menschheitsaufgabe. Unsere Politik richtet sich nach dem Klimaabkommen von Paris. Wir müssen die globale Erderwärmung auf möglichst 1,5°C begrenzen. Darum haben wir uns zum Ziel gesetzt, in Deutschland bis spätestens 2045 komplett klimaneutral zu sein.

Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir dafür gesorgt, dass das Klimaabkommen konkret wird. Es bietet einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele. Dementsprechend werden wir im Einklang mit den europäischen Klimazielen unser Minderungsziel für 2030 deutlich auf 65 Prozent anheben. Auch für 2040 werden wir ein Minderungsziel festschreiben, 88 Prozent“

Der Text geht dann weiter. Ihr findet das in OpenSlides. Aber ich wollte auf diese zentrale Passage dann doch auch noch mal für alle hingewiesen haben.

Ihr findet dann auch noch mal Änderungen in den Zeilen 15 bis 22. Da geht es vor allen Dingen darum, die große Aufgabe des massiven Ausbaus der Erneuerbaren zu betonen und noch ein Stück weit plastischer zu machen.

Weitere Änderungsvorschläge findet Ihr auch für die Zeilen 34 bis 41.

Diese Änderungen wirken sich dann natürlich auch auf das Einleitungskapitel aus. Da steht dann „spätestens 2045“. Damit beschreiben wir eine fortschrittliche und sozial gerechte Klimapolitik.

In Kapitel 2 befindet sich auch die Zukunftsmission „Update für die Gesundheit“. Ein großes Thema war hier die Krankenhausfinanzierung und die Begrenzung der Renditen bei Gesundheit und Pflege. Dieses Thema hat natürlich in der Corona-Pandemie noch einmal besondere Dringlichkeit entwickelt. Deshalb wollen wir in Ergänzung zum Zukunftsprogramm noch einmal einen detaillierten Beschluss zur Zukunft des Gesundheitssystems erarbeiten.

Das als Hinweis für die vielen Anregungen, die da auch gekommen sind.

So weit mein Bericht. - Für die Details der Votierung übergebe ich jetzt wieder an Niels Annen.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Doris, vielen herzlichen Dank an Dich und alle, die in der Antragskommission mitgearbeitet haben.

Ich freue mich, dass wir jetzt gleich in die Beratung gehen können. Wir müssen - Ihr habt das bei Anke schon gesehen -, damit alles seine Ordnung hat, jetzt noch ein paar Formalien einfach klären, damit wir genau wissen, worüber wir abstimmen. Das wird es sich ganz so interessant, gehört aber zu einem Parteitag dazu, und ich gebe mir Mühe, es hier möglichst schnell entsprechend abzuwickeln.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen des Zukunftsprogramms, Kapitel 2 mit den Unterkapiteln 2.1 bis 2.8 sowie den Initiativanträgen Ini002 und Ini008. Die Empfehlung zu den Initiativanträgen ist die Überweisung von Ini002 an die Bundestagsfraktion. Das ist also die Empfehlung der Antragskommission. Die Empfehlung für den Initiativantrag 008 ist ebenfalls Überweisung, und zwar an den SPD-Parteivorstand zur Beratung für die digitale Programmmatrix.

Dazu sind aufgerufen - jetzt wird es also etwas mehr - die Anträge 2.0 Ä001 bis 2.8 und Ä003. Sie befinden sich auf den Seiten 111 bis 222 in dem dicken Antragsbuch, das Ihr alle habt oder digital aufgerufen habt.

Hinzu kommen die allgemeinen Anträge: G001 bis G007, M005, StW001 bis StW020, U001 bis U026, V001 bis V007.

Die aufgerufenen Anträge sollen, wie im Antragsbuch oder in den OpenSlides empfohlen, beschlossen werden.

Hinzu kommt zu diesem Antragsblock: Für den Antrag V004 ist im Antragsbuch - auch das passiert mal - ein falsches Votum abgedruckt. Die Antragskommission schlägt hier Ablehnung vor.

StW 015 ist erledigt durch die Einnahme von Unterkapitel 1.1, 2.1, 2.7 und 3.1.

Bei Annahme des Kapitels 2 des Zukunftsprogramms sind auch folgende Änderungsanträge erledigt - ich trage das kurz vor -: 1.1 Ä007, 3.3 Ä003, 3.6 Ä002, 3.9 Ä007, 3.15 Ä015 und 3.15 Ä026, ebenso die allgemeinen Beiträge B004, U001 bis U003, U005 bis U007, U010 bis U012, U014, U024 bis U025, V001, V003 und V005.

Durch den neuen Änderungsantrag 2.1 Ä051, 2.1 Ä0052, 2.1 Ä053, 2.1 Ä054 der Antragskommission sind die bestehenden Voten für 2.1 Ä011, 012, 027, 028, 029, 034, 035, 036 geändert. Sie lauten nun: Ablehnung.

Der letzte Block - auch das schaffen wir noch -: Nach der Sitzung der Antragskommission gestern wurden folgende Voten geändert: 2.1 Ä011, geändert in „Ablehnung“, 2.1 Ä012, geändert in „Ablehnung“, 2.1 Ä014, geändert in „erledigt durch Annahme“, 2.1 Ä018, geändert in „erledigt durch Annahme“.

Kapitel 2.1 Ä021, geändert in „Annahme in geänderter Fassung“, 2.1 Ä022: „erledigt durch 2.1“, Ä039: „erledigt durch Kapitel 2.1“, 2.1 ,027 geändert in „Ablehnung“, Ä028 ebenfalls in „Ablehnung“, Ä029 in „Ablehnung“, Ä030 geändert durch „erledigt durch Annahme Kapitel 2“, Ä031, geändert durch „erledigt durch 2.1 Ä051“, Ä035 geändert in „Ablehnung“, genauso Ä036. Ä039 hat ein neues Votum: Annahme. - Gleich ist es geschafft. - Ä048, geändert in „erledigt durch Annahme bei 2.1“, Ä007, geändert in „erledigt durch 2.1 Ä051“ und U012, geändert in „Ablehnung“.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hoffe, ich habe jetzt nicht allzu viele Zuschauerinnen und Zuschauer verloren. Aber das gehört zu einem Parteitag dazu.

Jetzt komme ich zu dem, worauf wir uns, glaube ich, alle am meisten freuen, nämlich zu der Debatte, zur Aussprache. Da Anke vorhin mit Euch gemeinsam schon vereinbart hat, dass wir versuchen wollen, uns für jedes Kapitel etwa eine halbe Stunde vorzunehmen, und da, was wir hier im Präsidium alle sehr gut verstehen, uns bei dem Thema schon sehr viele Wortmeldungen vorliegen, würde ich Euch einfach vorschlagen, dass wir die Redeliste jetzt schließen.

Ich würde Euch alle jetzt schon bitten: Wir haben die 3 Minuten vereinbart. Vielleicht schafft Ihr es auch in etwas weniger Zeit. Dann würden wir nämlich einigermaßen in diesem Zeitrahmen bleiben. Aber ich glaube, es ist auch okay, bei einem Thema, dass die Republik zu Recht so beschäftigt, dass wir hier viele Wortmeldungen haben.

Damit wollen wir dann jetzt auch gleich beginnen. Ich lese jetzt nicht noch einmal die technischen Hinweise vor, weil das, glaube ich, alle jetzt verstanden haben. Falls nicht: Ihr habt alle die Hinweise bis hin zur Hotline-Nummer. Die stehen Euch zur Verfügung. Aber ich lese jetzt die ersten fünf vor, die ich dann auch bitte, in den Konferenzraum zu gehen: Die erste Wortmeldung ist von Svenja Schulze, unserer Umweltministerin, gefolgt von Hubertus Heil, von Katja Pähle, von Stephan Schumann und von Bettina Martin. Diese fünf, die ich jetzt aufgerufen habe, bitte entsprechend in den Konferenzraum kommen. - Hervorragend. Ich höre schon, dass das inzwischen auch schon alles abgelaufen ist.

Dann kann ich jetzt Svenja aufrufen. Sobald ich Svenja sehe - und ich sehe Dich, Svenja, hallo! -, hast Du das Wort. Svenja Schulze, wir freuen uns auf Deinen Beitrag.

## **AUSSPRACHE ANTRAGSBLOCK KAPITEL 2**

*Svenja Schulze, Parteivorstand:*

Lieber Niels! Liebe Genossinnen und Genossen! Ganz, ganz herzlichen Dank.

Mit dem Zukunftsprogramm machen wir jetzt ganz deutlich, dass wir einen Plan haben. Wir haben einen Plan für eine lebenswerte Zukunft. Wir wollen eine sozial gerechte Gesellschaft, und wir wollen klimaneutral leben und wirtschaften. Mit dem, was wir da vorlegen, sind wir absolut auf der Höhe der Zeit. Das sehen auch viele aus den Umweltverbänden so.

Ihr wisst, es gab jetzt letzte Woche ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz. Ich bin wirklich froh, dass Olaf und ich jetzt sehr schnell neue Klimaziele für unser Klimaschutzgesetz vorgelegt haben. Wir wollen in 2030 65 Prozent reduzieren. Wir wollen 2045 treibhausgasneutral werden, und wir sagen ganz klar: Wir wollen die Erderwärmung auf möglichst 1,5°C begrenzen. Das ist ambitioniert; da nehmen wir uns wirklich was vor. Aber das ist etwas, was man schaffen kann, was eben dazu beiträgt, dass wir diese Transformation hinbekommen, dass aber eben gleichzeitig auch die Wirtschaft vorankommt, dass sie nicht abgewürgt wird, dass wir das sozial fair schaffen.

Und was sagt dieser Plan jetzt ganz konkret? Wir wollen mehr Windräder und mehr Autos. Wir wollen eine attraktive Bahn. Wir wollen, dass der öffentliche Personennahverkehr für alle erreichbar ist. Wir wollen grünen Wasserstoff haben für die Industrie. Wir wollen Solaranlagen auf den Dächern sehen. Wir wissen ganz genau: Wir können nur so aus fossilen Energieträgern wie der Kohle aussteigen, wie wir dann auch wieder Erneuerbare auf den Weg bringen.

Wir sagen - und das macht uns, glaube ich, als Sozialdemokratie aus -, dass wir die Wirtschaft zukunftsfähig machen wollen, dass wir sie nicht abwürgen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien eben die Voraussetzung für den Kohleausstieg ist. Wir steigen aus Atom aus. Wir steigen aus der Kohle aus, und wir setzen auf erneuerbare Energien, aber eben so, dass es eine Perspektive gibt für die Regionen. Wir stehen zu dem Kohlekonsens, den wir geschlossen haben, aber wir sorgen auch dafür, dass für die Regionen dann etwas passiert.

Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist vollkommen klar: Zu gutem Klima gehört auch gute Arbeit, und deswegen unterstützen wir die Gewerkschaften, so wie wir das eben mit dem Initiativantrag gemacht haben. Deswegen wollen wir, dass in den grünen Industrien eben auch Tarifbindung gilt, dass dort Mitbestimmung gilt, dass auch das da wieder eine stärkere Rolle spielt.

Genossinnen und Genossen, das zusammenzubringen, das kann nur die SPD. Wir haben das schon an ganz viele Stellen gezeigt, und Olaf hat das an ganz vielen Stellen gezeigt. Der Plan ist ambitioniert, aber er ist realisierbar, weil wir dafür sorgen, dass es einen gestaltenden Staat gibt, der sich dieser Jahrhundertaufgabe auch wirklich annimmt, weil wir dafür sorgen, dass die Investitionen getätigt werden, die wir brauchen, um die Infrastruktur aufzubauen. Das unterscheidet uns von den Mitbewerbern. Die setzen vor allen Dingen auf den Markt, und die sind auf dem sozialen Auge blind.

Deswegen braucht es die SPD. Wir bringen einen neuen, sozial ökologischen Gesellschaftsvertrag auf den Weg, der dafür sorgen wird, dass eben niemand im Wandel abgehängt wird. Wir sorgen dafür, dass die Erträge der Energiewende eben auch auf viele Beteiligte verteilt werden. Wir sorgen dafür, dass die EEG-Umlage endlich abgeschafft wird, dass es Ausgleichsmaßnahmen gibt, wenn der CO<sub>2</sub>-Preis steigt, sodass sich alle das leisten können. Wir sorgen für eine Mobilitätsgarantie, und wir sorgen dafür, dass die Unternehmen auch unterstützt werden und die Beschäftigten eine Perspektive für ihre Zukunft haben.

Also, das, was wir da vorlegen, ist ambitioniert. Es ist machbar, und ich werbe ausdrücklich noch mal dafür, das mit zu unterstützen. - Vielen Dank.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Svenja, vielen herzlichen Dank. - Vielleicht auch für die anderen Rednerinnen und Redner, wenn ich dann da mit auf dem Bildschirm erscheine: Wir müssen ein bisschen auf die Zeit achten. Aber ich glaube, das, was wir in den letzten Tagen auf den Weg gebracht haben, war diese paar Extrasekunden wert. Das wird jeder verstehen.

Vielen Dank, Svenja. - Jetzt ist unser Arbeitsminister Hubertus Heil dran, den ich aufrufen darf und der sich bestimmt auch schon bereit gemacht hat. Hubi, Du hast das Wort. Wir freuen uns auf Deinen Beitrag.

*Hubertus Heil, stellvertretender Parteivorsitzender:*

Lieber Niels! Liebe Genossinnen und Genossen! „Wir haben nichts zu fürchten außer der Furcht selbst.“ Das ist der berühmte Satz von Franklin Roosevelt in einer tiefen Wirtschaftskrise gewesen. Dieser Satz, dieser mutige Satz, hat die Politik des New Deal begründet, mit Investitionen in moderne Infrastruktur, mit einer Politik, einer aktiven Wirtschaftspolitik, die Arbeit schafft und nicht alles dem Markt überlässt, und mit einem Sozialstaat, der Chancen schafft und auch Schutz.

Der neue amerikanische Präsident Joe Biden schließt an diese Tradition an. Das ist schon eine ziemliche Veränderung. Auch wenn vieles aus den USA auf die Situation in Deutschland nicht übertragbar ist - auch in Deutschland brauchen wir einen New Deal, um dem menschengemachten Klimawandel entgegenzuwirken, um die digitale Souveränität in Deutschland und Europa zu erlangen, die wir für den Wohlstand der Zukunft brauchen, für moderne Mobilität und auch dafür, dass wir im Gesundheitswesen bei Pflege die Daseinsvorsorge mit Innovationen haben, die wir brauchen.

Ich kann das am Beispiel meiner Heimatregion machen. Ich komme aus Südostniedersachsen, aus Gifhorn und Peine. Schönen Gruß an den Bezirk Braunschweig! - Wir haben bei uns in der Heimat Stahlproduktion. Wenn wir wollen, dass auch Grundstoffindustrien in 10 Jahren, in 15 Jahren in Deutschland produzieren können, dann brauchen wir Techniksprünge, dann brauchen wir Innovationssprünge, dann brauchen wir Wasserstofftechnologie und den Ausbau erneuerbarer Energien, damit wir unter den Bedingungen von sehr ehrgeizigen Klimaschutzziele auch noch industrielle Wertschöpfung in Deutschland haben.

Wenn ich auf meine Heimat gucke, dann ist das Zulieferindustrie für Mobilität, für die Automobilindustrie. Wenn wir wollen, dass moderne Mobilität bei uns produziert und auch angewandt wird, dann brauchen wir neue Antriebe, dann brauchen wir einen Strukturwandel in rasender Zeit.

Wenn ich an meine Heimat denke, dann ist es auch die Frage von Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit und Pflege. Wir sind eine älter werdende Gesellschaft. Wir brauchen öffentliche Daseinsvorsorge, und wir brauchen Innovationen - das hat die Corona-Krise gezeigt - gerade im Bereich von Gesundheit und Pflege.

Die Aufgabe der SPD ist es, technologischen Wandel zu gestalten und aus technischem Fortschritt sozialen Fortschritt zu machen. Dafür haben wir das richtige Programm. Wir haben die richtigen Konzepte. Mit Blick auf die Konkurrenz können wir sagen: Die CDU hat erkennbar nichts mehr vor. Sie will nicht. Sie will keine aktive Wirtschaftspolitik. Sie will nicht gestalten. Es fehlt ihr der Blick nach vorne in die Zukunft.

Die Grünen mögen hehren Ziele haben, aber wollen reicht nicht. Man muss auch können. Man muss auch von A nach B kommen. Man muss dafür sorgen, dass dieser Strukturwandel nicht zu Strukturbrüchen führt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von heute auch die Chance haben, die Arbeit von morgen zu machen, durch Qualifizierung, durch eine Arbeitsversicherung, die Arbeitslosigkeit in diesem Wandel verhindert, bevor sie entsteht, damit Menschen selbstbestimmt leben können.

Dafür steht unser Programm, dafür steht Olaf Scholz: Für einen New Deal für Deutschland, für eine wirtschaftliche, eine digitale, eine ökologische und soziale Erneuerung Deutschlands. Deshalb: Wir haben nichts zu fürchten außer der Furcht selbst. Wir gehen mutig ans Werk mit diesem Programm. - Danke für die Aufmerksamkeit. Auf in den Kampf!

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Hubertus, auf die Sekunde und politisch wie immer auf den Punkt. Vielen herzlichen Dank. - Ich darf jetzt Katja Pähle das Wort erteilen, die hier nicht nur hier als Vertreterin des Parteivorstands spricht, sondern als unsere Kandidatin für Sachsen-Anhalt. Katja, wir freuen uns auf Deinen Beitrag.

*Katja Pähle, Parteivorstand:*

Vielen Dank. - In 28 Tagen wird in Sachsen-Anhalt gewählt, und die SPD in Sachsen-Anhalt hat sich auch große Vorgaben gegeben, was wir erreichen wollen. Wir wollen Politik für Sachsen-Anhalt gestalten, damit Schluss ist mit dem Billiglohnland. Wir wollen in unsere Zukunft, in Zukunftstechnologien investieren und mit einem Tariftreuegesetz für gute Arbeit sorgen. Wir wollen klarmachen, dass unsere Gesundheit wichtig ist, dass wir mit unseren Krankenhäusern und der Gesundheit nicht zocken, sondern ein großes Investitionsprogramm auf den Weg geben, damit Gesundheit auch in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts vorgehalten werden kann und Menschen wissen, wohin sie sich wenden können. Wir wollen ein klares Signal setzen für Digitalisierung in unseren Schulen, damit Schülerinnen und Schüler heute in der Schule das lernen, was sie morgen in der Zukunft brauchen werden, auch mit mehr neuen Lehrerinnen und Lehrern.

Mit diesem Programm setzen wir das im Land um, was wir hier für den Bund ebenfalls beraten, und es ist Rückenwind für unsere Landtagswahl. Ich hoffe sehr, dass wir es in Sachsen-Anhalt schaffen, mit einer starken SPD in den Landtag einzuziehen und die Politik in Sachsen-Anhalt zu prägen. Das Land hat es verdient.

Und ich sage an der Stelle: Ich freue mich schon auf die Unterstützung, die uns ganz viele Genossinnen und Genossen hier im Wahlkampf zugesagt haben. Ich freue mich auf Besuche von Olaf Scholz, von Norbert Walter-Borjans und von anderen. Warum? Weil wir mit starkem Rücken, mit geradem Rücken den Menschen zeigen wollen: Wir sind hier. Wir haben Ideen, und wir können Zukunft gestalten. Das ist wichtig, auch in Sachsen-Anhalt; denn wir müssen es tatsächlich schaffen, Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen.

Ich bin sicher: Sowohl im Land als auch im Bund können wir das schaffen, wenn wir das Programm heute hier gut auf den Weg bringen, wenn wir unseren Kanzlerkandidaten Olaf Scholz gestärkt in den Wahlkampf schicken. Deutschland braucht einen Kanzler Olaf Scholz.

Deshalb sage ich: Lasst uns gemeinsam mit einem klaren Ziel in beide Wahlkämpfe gehen. Lasst uns Zukunft gestalten, und lasst uns den Menschen zeigen, mit wem sie tatsächlich diese Zukunft auch erreichen können. Nicht Versprechen, sondern klare Positionen, die wir dann auch in der Politik umsetzen.

Ich hoffe auf die Rückendeckung bei uns im Land, auch von Euch, und ich hoffe, dass wir heute dieses Programm möglichst einstimmig beschließen, um dann auch ganz gestärkt in die beiden Wahlkämpfe zu gehen. Ich freue mich darauf. - Herzlichen Dank.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Liebe Katja, vielen herzlichen Dank. Normalerweise würde es jetzt donnernden Applaus geben, aber jetzt sind wir hier nicht ganz, aber doch nur mit wenigen in der Halle. Deswegen, glaube ich, darf ich im Namen aller hier - online und im CityCube - sagen: Wir unterstützen Dich und Dein Team mit voller Kraft, und wir sind sicher, das wird ein gutes Ergebnis für Euch in Sachsen-Anhalt.

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ich jetzt gleich Stephan Schumann aufrufen darf: Wir haben das Verfahren vorhin erklärt. Es geht immer darum, dass die, die wir aufgerufen haben, schon mal in den Konferenzraum gehen. Aber bitte nur die, die wir aufgerufen haben. Sonst wird es auch technisch für die Kolleginnen und Kollegen, die sich hier so toll darum kümmern, ein bisschen unübersichtlich. Also wartet noch ab, bis Ihr aufgerufen werdet, und dann klappt das auch alles.

Klappen tut es jetzt auch hoffentlich mit Stephan Schumann. Ich gucke mal kurz, ob er schon bereitsteht. - Da ist der Fall. Stephan, Du hast das Wort.

*Stephan Schumann, beratender Delegierter:*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Das Kapitel, das wir jetzt gerade besprechen, ist ein Bekenntnis und ein Versprechen, das Bekenntnis zu einer großartigen Zukunft und das Versprechen, dafür alles Nötige tun zu wollen: den Klimawandel endlich angehen, die Digitalisierung kräftig anschieben und Mobilität garantieren. Liebe Genossinnen und Genossen, das braucht eine gemeinsame, solidarische Kraftanstrengung. Zukunft gibt es eben doch nicht für lau. Das muss bei uns aber auch heißen, dass starke Schultern mehr werden. Dazu hat Norbert vorhin schon einiges gesagt. Wir gehen die ungleiche Verteilung von Vermögen endlich an. Wir werden die Vermögensteuer wiedereinführen und die Erbschaftsteuer zukunftsfest machen.

Wir sind die Partei der Gerechtigkeit. Liebe Genossinnen und Genossen, das bedeutet auch, wir werden Steuerverschiebungen endlich international bekämpfen. Das ist auch eine Gerechtigkeitsfrage. Meine Mutter hat einen kleinen Blumenladen. Die käme gar nicht auf die Idee, in irgendeiner Form über Lizenzpakete irgendwelche Gewinne in Richtung Holland zu verschieben. Deswegen brauchen wir endlich eine effektive globale Mindestbesteuerung, damit auch Facebook, Apple und Google das Ihre dazu beitragen, um das Gemeinwohl zu unterstützen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das brauchen wir aus Respekt, und das brauchen wir für Gerechtigkeit. Karl sagt, der Sommer wird gut. Olof Palme sagte, vor uns liegen wunderbare Jahre. Lasst es uns angehen. - Glück auf!

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Vielen herzlichen Dank, auch für diesen Ausblick. - Ich darf damit dann Bettina Martin bitten, sich be-reitzumachen.

Ich will die Gelegenheit nutzen - ich hatte das eben technisch angekündigt -, jetzt noch mal die nächsten fünf zu bitten, sich in den Konferenzraum zu begeben. Das sind Michael Schmidt, Sarah Ryglewski, Dr. Jens Zimmermann, Heike Baehrens und Andreas Hammerschmidt. Diese fünf, wenn es geht - die anderen noch nicht; Ihr kommt alle dran -, aber dann klappt es technisch auch mit Sicherheit weiterhin so einwandfrei und so prima wie bisher.

Jetzt warte ich kurz auf Bettina, die, glaube ich, bereitsteht. Bettina, ich sehe Dich. Ich hoffe, Du siehst uns auch. Wir freuen uns auf Deinen Beitrag. Du hast das Wort.

*Bettina Martin, Parteivorstand:*

Danke, lieber Niels. - Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn wir über Zukunft reden, dann spielt natürlich die Wissenschaft neben Forschung und Entwicklung immer eine zentrale Rolle. Als Wissenschaftsministerin bin ich natürlich wirklich absolut froh und auch stolz, dass wir in unserem Zukunftsprogramm so ein starkes Bekenntnis für die Wissenschaft, für den Wissenschaftsstandort Deutschland abgeben. Es ist ja schon jetzt so, dass wir mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investieren. Wir haben jetzt dieses Bekenntnis, mindestens 3,5 Prozent zu investieren. Das ist schon eine starke Ansage.

Zweitens. Wir lernen auch aus der Corona-Krise, dass es in der Zukunft immer wichtiger sein wird, dass wir die Ergebnisse von Wissenschaft, die Erkenntnisse von Wissenschaft gut kommunizieren, mit den Menschen teilen und sie da auch mitnehmen. Ich finde, da hat Frau Karliczek in den letzten Monaten, im letzten Jahr absolut versagt. Ihr ist es überhaupt nicht gelungen, den Querdenkern oder den Verschwörungstheoretikern irgendetwas entgegenzusetzen. Deshalb ist es dringend notwendig, dass wir das jetzt in die Hand nehmen, dass wir jetzt investieren in Wissenschaftskommunikation, in Open Sciences, und genau das werden wir tun.

Ein dritter Punkt, den ich noch sagen will und der mir noch ganz besonders wichtig ist, wenn wir über Wissenschaft und Forschung reden: Wir werden den Wissenschaftsstandort in Deutschland in den Fokus rücken. Ihr wisst alle, dass die Struktur der Universitäten und Hochschulen in Ostdeutschland eine andere ist. Wir haben kleinere Forschungsstandorte und Wissenschaftsstandorte. Auch die Wirtschaftsstruktur mit kleinen und mittleren Unternehmen ist eine andere. So geht im Moment die Exzellenzinitiative völlig oder fast völlig an Ostdeutschland vorbei. Das werden wir ändern. Wir haben einen klaren Plan, die Exzellenzinitiative weiterzuentwickeln. Wir bekennen uns dazu, dass wir Verbünde stärker fördern wollen, dass wir das weiterentwickeln wollen, die Kooperationen, und damit eben endlich auch das Potenzial des Forschungsstandorts, des Wissenschaftsstandorts Ostdeutschland stärker berücksichtigen werden.

Olaf Scholz als Bundeskanzler wird dafür sorgen, dass der Wissenschaftsstandort in Ostdeutschland stärker in den Fokus rückt. Er wird dafür sorgen, dass sich das große Potenzial Ostdeutschlands auch endlich besser entfalten kann. Und er wird dafür sorgen - oder wir werden gemeinsam dafür sorgen -, dass Ostdeutschland zu einer Innovationsschmiede wird. Darauf freue ich mich. Deswegen drücke ich uns allen die Daumen. Wir werden dafür stark kämpfen. - Vielen Dank.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Bettina, vielen herzlichen Dank. Ich glaube, das ist hier als Botschaft deutlich und klar angekommen. Darüber freuen wir uns alle, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich hatte eben die nächsten fünf Rednerinnen und Redner aufgerufen. Die sind jetzt auch schon in dem Raum. Wir brauchen immer ein klein bisschen Zeit. Vielleicht, weil ja noch weitere Kapitel kommen und mit Sicherheit viele von Euch noch reden wollen: Wenn Ihr Euch in diesen Konferenzraum eingeschaltet habt, wenn Ihr ihn sozusagen digital betreten habt, dann muss man jetzt noch nicht gleich losreden, sondern am besten weiterhin erst mal das Mikrofon stummgeschaltet lassen. Achtet bitte auch noch mal darauf - Anke hat das vorhin sehr eindrücklich gesagt, aber ich wiederhole ich noch mal -, falls Ihr den Livestream noch laufen habt, dass dort bitte der Ton ausgeschaltet ist. Ich glaube, wir sind jetzt zwar schon alle miteinander über ein Jahr in der Pandemie, aber digitale Bundesparteitage haben die meisten von uns noch nicht gemacht. Das gilt für Euch. Das gilt aber auch für uns hier vom Präsidium. Deswegen bitte ich Euch alle ein bisschen, dass wir da an der Stelle auch aufeinander achten. Ich finde, das hat bisher ganz gut funktioniert.

Für diejenigen, die uns jetzt zugucken und nicht auf ihren eigenen Redebeitrag warten: Das sind jetzt einfach ein paar technische Entwicklungen, die mit diesem virtuellen Format zu tun haben. Wir freuen uns gleich auf die nächsten fünf Rednerinnen und Redner. Wir legen auch sofort los, sobald ich hier die Information bekommen habe.

Vielleicht darf ich noch mal diejenigen begrüßen, die sich zwischendurch zugeschaltet haben. So ein Bundesparteitag ist etwas, was man am besten von der ersten bis zur letzten Minute verfolgt, aber manchmal hat man zwischendurch auch noch etwas Anderes zu tun. Falls Sie sich jetzt wundern, warum hier vorne bei uns sozusagen vor Ort im CityCube in Berlin Menschen ohne Maske sitzen, kann ich das vielleicht noch mal erklären - wir haben es am Anfang auch schon mal erklärt -: Alle, die hier sind, sind getestet worden. Diejenigen, die wir jetzt nicht sehen, die aber ganz, ganz wichtig sind, weil es ohne die nicht funktionieren würde, also unser gesamtes technisches Personal, alle, die uns hier im CityCube unterstützen, tragen natürlich alle eine Maske. Aber damit wir hier vorne unsere Arbeit vernünftig machen können, und diejenigen, die hier reden, entsprechend auch, sollte sich keiner wundern. Wir sind ja doch nach so vielen Monaten Pandemie irgendwie auch mit einem neuen Sensorium ausgestattet. Man guckt und denkt sich: Wieso machen die das da ohne Maske? Deswegen kann man das, glaube ich, noch mal erklären. Wir haben hier ein ganz tolles und auch gut funktionierendes Hygienekonzept. Trotzdem hoffen wir natürlich mit Euch gemeinsam, dass der Sommer besser wird. Da sind wir auch ganz zuversichtlich.

Ich höre mich jetzt noch mal kurz virtuell um, wie weit wir in dem digitalen Konferenzraum sind. Ich glaube, die machen große Fortschritte. Das ist, glaube ich, der Ausdruck dafür, dass wir noch ein paar Minuten brauchen. Ich war nicht übermäßig optimistisch, sondern sehr realistisch. Wir sind jetzt nämlich fertig.

Deswegen freue ich mich jetzt auf Michael Schmidt, den ich mit Sicherheit auch gleich hier sehe. Sobald ich ihn sehe, hat er dann auch gleich das Wort. - Da ist er. Michael, wir freuen uns auf Dich. Danke, dass wir die Pause so gut überbrücken konnten. Dein Redebeitrag!

*Michael Schmidt, Sachsen:*

Hallo, liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wir haben in den letzten Monaten oder eigentlich seit dem letzten Jahr immer ganz viel gehört über Pflege, Gesundheit und alles, was so dazugehört. Wir haben auch als SPD gesagt: Klatschen reicht uns nicht. Das ist, glaube ich, ganz wichtig. Wir vergessen immer, dass wir eigentlich eine sehr stolze Partei sein können, was das Thema Gesundheit angeht; denn wir haben mit 108 Jahren die älteste Arbeitsgemeinschaft überhaupt, die sich politisch damit befasst. Wir sind die Partei, in der die meisten Menschen Mitglied sind, die sich im Gesundheitswesen politisch engagieren. Das dürfen wir auch nicht vergessen. Und dieses Pfund, das wir haben, das nutzen wir auch als Partei. Deswegen bin ich immer sehr froh, dass wir als Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, eben auch gerne gefragt werden, was wichtig ist, und dass wir auch unsere Stimme für die Gesellschaft einsetzen können, weil wir eben nicht nur eine Partei sind, die irgendwie herumlaviert, sondern die wirklich wissen will: Was ist wichtig für die Menschen? Das hat etwas mit ganz viel Respekt zu tun. Aus Respekt füreinander - das ist, glaube ich, auch der ganz wichtige Aspekt dabei.

Was wir manchmal vergessen haben in den ganzen letzten Monaten, vielleicht auch in den Krankenhäusern - ich selber bin auch Pflegekraft in einem Krankenhaus - ist, dass jedes kleine Rädchen wichtig ist in einer Gesellschaft, die funktionieren soll, sei es jetzt die Pflegekraft, sei es der Arzt. Aber noch viel wichtiger - da bin ich umso dankbarer -, sind zum Beispiel auch die Reinigungskräfte in den Einrichtungen, die man immer wieder vergisst. Respektvolles Miteinander, eben aus Respekt voreinander. Das ist, glaube ich, die Botschaft, die wir heute auch verteilen wollen, auch an die Menschen da draußen. Das ist ganz, ganz wichtig.

Wir haben jetzt zum Thema Pflege - Hubi hat auch eine wunderbare Idee gemeinsam mit anderen eingebracht, wie man jetzt die Pflegegehälter gerade in der Altenpflege erhöhen kann. Ich habe da von Annalena Baerbock nur gehört, dass sie eigentlich etwas machen will, was sie immer ablehnt. Sie sagt immer wieder, wir dürfen die aktuellen Lasten nicht auf die Zukunft verlagern. Es gibt den Pflegevorsorgefonds. Den will sie auflösen, womit wir Lasten für die junge Generation für die nächsten Jahre eigentlich schultern wollen, was die Pflegeversicherung angeht. Warum will man das auflösen? Ich glaube, wir haben bessere Lösungen. Wir sind da viel besser an der ganzen Sache dran und funktionieren da auch viel besser.

Was mir auch immer wieder auffällt: Der beste Wahlkampf, den wir machen können, ist der dort, wo wir arbeiten. Ich rede immer sehr gerne auf Station darüber und werde auch viel gefragt: Was macht ihr eigentlich bei der SPD? - Darüber erzähle ich sehr gerne. Das ist, glaube ich, der beste Wahlkampf, den wir tun können; denn im Gesundheitswesen arbeiten so viele Menschen.

Liebe Katja, ich wohne in Leipzig und arbeite in Halle an der Saale. Das heißt, Du bist mir quasi immer sehr, sehr nahe. Ich mache indirekt ganz viel Unterstützung für Dich, weil ich einfach weiß, dass Ihr in Sachsen-Anhalt eine tolle Politik für die Leute macht. Deswegen sei Dir gewiss: Wir unterstützen Euch sehr intensiv auch dabei. Tatsächlich findet auch die SPD Gehör, auch auf Arbeit bei mir. - Vielen Dank.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Vielen herzlichen Dank für Deinen Beitrag. Auch toll, dass Du in der Zeit geblieben bist. Wir haben nämlich noch eine ganze Reihe von Wortmeldungen. Das ist ja nicht das einzige Kapitel. Deswegen wollen wir jetzt auch wirklich weitermachen. - Ich rufe deswegen auch unmittelbar meine sehr geschätzte Kollegin Sarah Ryglewski auf, die ich hoffentlich gleich sehe. - Sarah, wenn Du da bist, würde ich vorschlagen, dass Du dann auch gleich loslegst. Sehr schön illuminiert! Sarah, Du hast das Wort.

*Sarah Ryglewski, Parteivorstand:*

Das ist vielleicht ein Signal für diesen Parteitag, dass das Licht mit der SPD hell strahlt.

Ich finde super an unserem Zukunftsprogramm, dass es tatsächlich eine zuversichtliche Zukunft beschreibt. Das ist auch ein Kernmoment der Sozialdemokratie, weshalb ich auch eingetreten bin: Das Versprechen, dass mit uns die Zukunft besser wird.

Unsere Aufgabe ist es, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu nutzen und sie zu Chancen für alle zu machen. Mir geht es dabei darum, dass es Chancen auch für alle Regionen sind. Deswegen ist mir das Thema Handlungsfähigkeit der Kommunen so wichtig. Das zieht sich durch dieses Programm, und das finde ich ganz, ganz stark; denn das ist etwas, wo wir sehr authentisch sind als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wir sind die Kommunalpartei, und wir wollen das auch bleiben. Wir alle wissen, dass die Herausforderungen, vor denen wir stehen, nur zu bewältigen sind, wenn vor Ort Investitionen getätigt werden. Dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen.

Das Gute ist: Mit Olaf Scholz haben wir auch einen Kanzlerkandidaten, der darüber nicht nur redet, sondern der auch konkret etwas tut und der auch etwas vorweisen kann, der als Finanzminister nicht nur dafür gesorgt hat, dass die Kommunen gut durch die Krise kommen, sondern der ihnen auch strukturelle Lasten abgenommen hat, beispielsweise mit der höheren Beteiligung an den Kosten der Unterkunft, der einen Altschuldenfonds vorgelegt hat, mit dem die besonders belasteten Kommunen auch endlich wieder finanziell handlungsfähig werden. Hier sind wir als SPD glaubwürdig. Hier ist Olaf Scholz der glaubwürdigste Kandidat.

Der Punkt ist: Die ersten beiden Sachen haben wir geschafft. Bei dem anderen hat die Union blockiert. Das müssen wir im Wahlkampf so klar sagen. Wir müssen deutlich machen: Wir bleiben am Ball. Denn klar ist: Vor Ort werden wir nicht nur die besten Lösungen finden für die Herausforderungen, vor denen wir stehen, für die digitale Zukunft der Gesellschaft, für die Bewältigung des Klimawandels, aber auch - das ist mir ganz wichtig, auch mit Blick auf Heike, die nach mir spricht - für die Herausforderungen, vor der wir angesichts des demografischen Wandels in unserem Land stehen. Das wird nur mit den Kommunen gehen. Das wird nur mit passgenauen Lösungen vor Ort gehen.

Ein letzter Punkt, der mir in dem Zusammenhang wichtig ist: Wir müssen es auch nach vorne stellen, weil es auch noch um etwas Anderes geht. Es geht auch um Demokratie. Wir müssen sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, dort, wo sie Politik am unmittelbarsten erleben, auch noch etwas entscheiden können. Eine Kommune, die bis zum Hals im Dispo, in den Kassenkrediten steht, kann vor Ort kaum noch etwas entscheiden. Da können die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Wahl nur noch darüber entscheiden, wer den Mangel verwaltet. Das führt zu Frustration, das führt zu Demokratieverdrossenheit, und das ist etwas, dem wir entgegentreten müssen, indem wir die Kommunen ermächtigen und am Ende auch den Bürgerinnen und Bürgern wieder Entscheidungshoheit geben. Dafür stehen wir als Sozialdemokraten. Dafür steht Olaf Scholz, und dafür freue ich mich, im Wahlkampf zu kämpfen. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Sarah, vielen herzlichen Dank. - Ich darf gleich Dr. Jens Zimmermann, meinen Kollegen aus der Bundestagsfraktion, aufrufen der, wie mir gesagt wird, auch schon bereitsteht. Ich sehe Jens bestimmt auch gleich. - Da ist er. Jens, Du hast das Wort.

*Jens Zimmermann, Hessen-Süd:*

Herzlichen Dank, lieber Niels. - Liebe Genossinnen und Genossen! Es wird ja häufig von Industrie 4.0 gesprochen. Dahinter steht die Idee, dass wir uns am Beginn einer vierten industriellen Revolution, nämlich der Digitalisierung, befinden. Wenn dem so ist, dann ist damit auch gleich vorgezeichnet, wo unsere Rolle als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in dieser Digitalisierung liegt. Denn es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass am Ende alles gerecht verteilt wird, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht unter die Räder kommen. Heute ist schon „Sicherheit im Wandel“ zitiert worden. Ich würde sagen, es ist genau das, was wir brauchen: Wir brauchen Sicherheit im digitalen Wandel.

Deswegen bin ich sehr froh, dass wir mit der Zukunftsmission 3 uns genau dieses Themas angenommen haben. Ich habe mich sehr gefreut, zusammen mit Saskia Esken und vielen anderen an diesem Kapitel arbeiten zu dürfen. Ich glaube, es ist wirklich beachtlich, was wir in unserem Wahlprogramm aufgeschrieben haben.

Ich will nur einen Punkt herausnehmen. Das ist das Recht auf digitale Weiterbildung. Das kommt so schlicht daher. Ich glaube, das ist aber einer der Schlüssel für ganz viel; denn wir wissen - das sagt Hubertus Heil immer zu Recht -, die Arbeit wird uns nicht ausgehen. Das ist richtig. Aber es wird andere Arbeit sein, und es wird für viele eine große Herausforderung sein, sich in dieser digitalen Welt zurechtzufinden.

Das ist unsere Mission. Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dafür zu sorgen, dass die Menschen keine Angst vor der Zukunft haben müssen; denn diese Angst treibt sie im Zweifel in die Fänge von Populisten und von Extremen. Deswegen hoffe ich, dass wir gemeinsam mit Euch diese Themen im Wahlkampf auch in den Vordergrund stellen können.

Olaf hat, gerade auch was das Thema der Besteuerung großer, internationaler Konzerne mit der globalen Mindestbesteuerung angeht, einen ganz wichtigen Start gemacht. Ich hoffe, dass wir diese Früchte jetzt auch einfahren können; denn es gehört natürlich am Ende zur Gerechtigkeit dazu, dass nicht riesige, multinationale Konzerne die Gewinne einstreichen und wir als öffentliche Hand am Ende nur die Scherben zusammenkehren können.

In diesem Sinne: Glück auf, liebe Genossinnen und Genossen!

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, lieber Jens, auch dafür, dass Du sogar ein bisschen unter der Zeit geblieben bist, und für Deine klaren Worte. - Jetzt darf ich Heike Baehrens bitten, die sich auch schon bereit gemacht hat und die jetzt gleich das Wort nehmen kann, sobald ich sie hier erblicke. - Heike, wir freuen uns auf Deinen Beitrag.

*Heike Baehrens, Baden-Württemberg:*

Vielen Dank, Niels. - Ich ergreife gerne das Wort. Ich bin die Pflegebeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion und freue mich sehr, dass dieses Programm eben auch für eine gute Zukunft im Gesundheits- und Pflegebereich steht. Denn alle sollen sich darauf verlassen können, bei Krankheit oder im Alter gut versorgt zu werden und gleichzeitig auch finanziell nicht überfordert zu werden. Alle, die in den Pflegebereichen arbeiten - egal, in welchen Berufen -, müssen sich darauf verlassen, dass sie gute Arbeitsbedingungen bekommen und vor allem auch ordentlich für ihre Arbeit bezahlt werden.

Es ist aber zwingend notwendig - und da haben wir schon etwas erreicht -, dass Tarifgehälter wirklich auch in der Pflege finanziert werden und dass wir endlich zu einer Tarifbindung kommen. Da bin ich sehr froh über die Initiative von Olaf Scholz und Hubertus Heil für ein Pfl egetariftreugesetz. Das ist der richtige Weg.

Wir haben in dieser Legislaturperiode schon einiges auf den Weg gebracht für die Pflege, nämlich zusätzliche Stellen für die Altenpflege und, was wirklich ganz wichtig ist, einen Paradigmenwechsel in den Krankenhäusern. Dass die Pflegekosten aus den Fallpauschalen herausgelöst worden sind, ist ein richtiger und wichtiger Schritt in die Zukunft.

Aber insgesamt muss es darum gehen, dass Pflege solide und aus unserer Sicht eben solidarisch in der Zukunft finanziert wird. Deshalb brauchen wir dringend eine umfassende Pflegereform. Man muss sagen, die Union kündigt da nur an. Spahn hat die eigentlich dringend notwendige Pflegereform verschleppt und jetzt, in der Endphase dieser Legislaturperiode, wird er von seiner CDU/CSU-Fraktion gestoppt. Die dortigen Haushälter haben sein Konzept, das, was da verändert werden muss, über Steuern zu finanzieren, vom Tisch genommen. Das muss man öffentlich sehr deutlich sagen.

Jetzt ist die Zeit für das, was wir uns hier auch in diesem Zukunftsprogramm vorgenommen haben: Eine Bürgerversicherung - jetzt. Im Bereich der Pflege kann man dies unmittelbar umsetzen, weil die Leistungen gleich sind.

Wir sollten jetzt in diesem anstehenden Bundestagswahlkampf für neue Mehrheiten kämpfen, für eine Mehrheit, die mit uns gemeinsam eine echte Pflegebürgerversicherung auf den Weg bringt. Dafür ist es Zeit. Lasst uns da jetzt an den Start gehen und uns dafür starkmachen. - Vielen Dank. Tschüss!

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Heike, vielen Dank. Ich freue mich, von Dir hier zu hören, wie wir alle. Noch mal herzlichen Dank, dass Du auch in der Zeit geblieben bist, sogar ein klein bisschen darunter. - Ich darf jetzt Andreas Hammerschmidt bitten, sich bereitzumachen. Der bereitet sich vor.

Ich darf dann wie angekündigt, die nächsten fünf aufrufen, die dann bitte auch in den Konferenzraum gehen. Bitte da noch nicht reden. Das Mikro noch nicht freischalten. Das sind Nina Scheer, Matthias Miersch, Rita Schwarzelühr-Sutter, Boris Velter und Anna Rasehorn. Die machen sich bereit. Bitte noch nicht reden. - Aber reden darf jetzt Andreas, und der hat jetzt das Wort.

*Andreas Hammerschmidt, Hannover:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Hallo zusammen aus Niedersachsen! Wenn wir über das Kapital 2.4 - Update für die Gesundheit - sprechen, dann sprechen wir von einer Zukunftsmission wie von vielen Themen. Ich finde, gerade bei diesem Thema können wir auch nur von einer Zukunftsmission sprechen. Denn wann, wenn nicht jetzt ist uns klargeworden, wie wichtig ein leistungsfähiges, ein wichtiges und ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem ist?

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, es wäre ein gutes Zeichen, dass von diesem Parteitag ein klares Signal auch an alle Pflegenden, an die Ärztinnen und Ärzte, an die therapeutischen Berufe, an den Rettungsdienst und an das Servicepersonal in den Heimen, im Rettungsdienst, in den Krankenhäusern, im ÖPD oder bei den Pflegediensten und in allen anderen Bereichen, die mithelfen, dass diese Pandemie jetzt so wirkungsvoll bekämpft wird und dass sich um die Patientinnen und Patienten gekümmert wird, geht. Vielen Dank für Ihre und für Eure Arbeit. Ich finde, Ihr und Sie gehen über die Grenzen der Belastbarkeit, oft darüber hinaus. Das ist nicht selbstverständlich.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, glaube ich, dass das Gesundheitskapitel einen wichtigen Akzent setzt und wichtige Akzente insgesamt setzt. Ich möchte daher um breite Unterstützung werben.

Es setzt ein klares Bekenntnis gegen die Ökonomisierung. Als Arzt merke ich in meinem Arbeitsalltag, dass der wirtschaftliche Druck immer mehr unsere Arbeit beeinträchtigt und dass die Ökonomisierung, der wirtschaftliche Druck uns immer mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten nehmen. Deswegen sage ich: Der Druck muss raus. Wir sind keine Medizinmanager. Wir wollen für unsere Patientinnen und Patienten da sein.

Die Sektorengrenzen behindern oft unsere Arbeit. In der Digitalisierung hinken wir im Vergleich zu anderen Ländern eher hinterher. Ich glaube, es ist klargeworden, wie wichtig eine leistungsfähige Krankenhauslandschaft ist. Ich bin Euch außerordentlich dankbar, dass auch Ihr ein klares Bekenntnis für einen leistungsfähigen öffentlichen Gesundheitsdienst setzt; denn ich glaube, der hat in vielen Jahren durchaus mehr Aufmerksamkeit verdient gehabt.

Dazu gehören gute Löhne, gerade in der Pflege. Dazu gehört eine bessere Personalbemessung in vielen Bereichen, auch im Krankenhaus. Dazu, finde ich, gehört auch ein starkes Signal, dass globale Gesundheit denken müssen; denn wir haben in einem weiteren Punkt an diesem Parteitag unter anderem einen Initiativantrag, der sagt, wir brauchen mehr Impfstoffe für ärmere Länder. Und wer, wenn nicht wir, liebe Genossinnen und Genossen, sollte dieses Signal setzen? Ich finde, wer, wenn nicht wir steht für ein leistungsfähiges, für ein modernes und für ein solidarisches Gesundheitssystem? Lasst uns dafür gemeinsam kämpfen. - Vielen Dank.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Vielen herzlichen Dank. Ich kann Dir sagen: Diesen Aufruf werden wir ja nicht nur hoffentlich gleich über den Beschluss, sondern tatsächlich dann auch in der Arbeit der Bundestagsfraktion von Olaf Scholz, von der gesamten SPD nachhaltig unterstützen. Insofern vielen herzlichen Dank für Deinen Beitrag und beste Grüße nach Hannover.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hatte die nächsten fünf Rednerinnen und Redner quasi als virtueller Gastgeber schon in den digitalen Konferenzraum gebeten. Die haben sich auch in diesen Konferenzraum bewegt.

Damit wir das nachher bei den Kapiteln 3,4 und 5 nicht mehr ganz so häufig wiederholen müssen: Wenn Ihr da reingeht - klar, man bereitet sich auf seinen Redebeitrag vor und möchte vielleicht schon mal sprechen -, bitte noch nicht sprechen, sondern erst noch mal das Mikro stumm lassen. Es wird Euch dann da alles erklärt. Ich denke, dann funktioniert das auch.

Wir brauchen jetzt noch einen kleinen Moment, um die nächsten fünf Rednerinnen und Redner dort vorzubereiten.

Aber das gibt mir vielleicht die Gelegenheit, noch einmal darauf hinweisen, was die Sozialdemokratische Partei Deutschland, was Olaf Scholz an der Spitze, die Parteivorsitzenden, die Fraktion in den letzten schwierigen, für uns ja alle sehr, sehr schwierigen Pandemienmonaten getan haben, um das zu gewährleisten, was für unsere Arbeit und auch für das Selbstverständnis der SPD wichtig ist, nämlich im Gespräch zu bleiben. Das ist eigentlich unser tägliches Geschäft. Normalerweise würden wir auch einen Parteitag ganz anders durchführen. Wir würden hier auch eng nebeneinandersitzen auf dem Präsidium. Wir würden vielleicht mal die Köpfe zusammenstecken, die Delegierten, die beratenden Delegierten, würden bei dem einen oder anderen Punkt vielleicht nach vorne gehen und würden fragen: Habt Ihr den Änderungsantrag hiermit aufgenommen? - Oder sie würden das eine oder andere besprechen. Das geht alles gar nicht so richtig im Moment. Deswegen sind wir auch in dem täglichen Gespräch auf virtuelle Formate angewiesen.

Ich will einfach noch mal darauf hinweisen, dass Olaf Scholz im Moment virtuell unterwegs ist, auf einer virtuellen Tour durch Deutschland. Er hat bereits in sehr vielen Wahlkreisen mit vielen Kandidatinnen und Kandidaten der SPD, aber vor allem mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, die sich zuschalten konnten, die Fragen gestellt haben, genau diese große Unterhaltung geführt. Viele dieser Ideen der Diskussionen und - das muss man ja auch gar nicht verschweigen in einer Situation, in der unsere Gesellschaft natürlich nach so vielen Monaten noch unter Stress steht - auch der kritischen Auseinandersetzung sind in dieses Programm eingeflossen.

Wir hoffen natürlich, dass wir im Wahlkampf im Sommer eine bessere pandemische Lage haben, dass wir uns wieder direkt Face to Face unterhalten können. Aber solange das noch nicht der Fall ist aufgrund der Zahlen, die wir alle kennen, werden wir eben auch virtuell einladen, Euch einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen. Die Angebote dafür sind relativ einfach zu finden: Man kann einfach auf die Seite der SPD, unseres Kandidaten Olaf Scholz gehen. Über die Social-Media-Angebote versuchen wir natürlich auch, ein bisschen, darauf aufmerksam zu machen. Aber ich glaube, ich kann das hier für uns alle sagen, die wir hier für die SPD im Moment im CityCube versuchen, uns virtuell zu unterhalten: Wir machen das alle auf unseren verschiedenen Ebenen. Die SPD hört zu. Sie bleibt im Gespräch. Ich glaube, das ist auch der richtige Weg für diese außergewöhnliche Situation, in der wir sind.

Außergewöhnlich ist auch, wie schnell unser Team die nächsten fünf Rednerinnen und Redner vorbereitet hat. Das ist nämlich jetzt so weit. Deswegen darf ich Nina Scheer quasi zu mir bitten. Wenn ich Nina sehe, was jetzt mit Sicherheit gleich der Fall ist - das ist so -, hat Nina das Wort. Nina, bitte Deinen Beitrag.

*Nina Scheer, Schleswig-Holstein:*

Danke, lieber Niels. - Liebe Genossinnen und Genossen! Das Bundesverfassungsgericht hat vor wenigen Tagen insofern ein bahnbrechendes Urteil gefällt, als dass es unsere Ambitionen der SPD, die wir schon seit Langem, seit Jahrzehnten verfolgen, unterstrichen hat, dass wir Grundwerte und Klimaschutz in einem denken müssen, dass wir die Klimaschutzbemühungen verstärken müssen, und zwar konsequent, und dass wir am besten jetzt schon damit anfangen müssen, weil ansonsten Freiheitsgrundrechte eingeschränkt sind.

Die Freiheitsrechte sind der Anknüpfungspunkt für das Verfassungsgericht, zu sagen, es muss mehr getan werden; sonst sind wir im verfassungswidrigen Bereich.

Insofern sind hier die unmittelbaren Anstrengungen, auf erneuerbare Energien umzusteigen, und zwar schnellstmöglich, auch mit angesprochen. Wir müssen auch erkennen, dass hierbei in den Freiheitsrechten Dinge wie die Vermeidung von Kriegen um Ressourcen und die Frage des Erhalts von Lebensgrundlagen und Ernährungsgrundlagen mit angesprochen sind und dass hier auch die Frage des Umgangs mit nachfolgenden Generationen angesprochen ist, also auch die Solidarität mit nachfolgenden Generationen angesprochen ist, wenn wir das nicht schnellstmöglich erreichen.

Zudem ist es auch eine Gerechtigkeitsfrage. Wir alle wissen, dass die Menschheit nicht ohne Abhängigkeit von Energie existiert. Egal, wie wenig Energie wir brauchen - wir brauchen auf jeden Fall Energie. Diese Abhängigkeit verpflichtet uns auch, daraus keine Ungleichheit werden zu lassen. Auch deswegen haben wir neben dem Klimaschutz ein sehr starkes Motiv, ein unumgängliches Motiv, auf die erneuerbaren Energien als unendliche Ressourcen umzusteigen, damit wir die Gerechtigkeitsfrage hier adressieren. Ich habe dabei diese drei Grundwerte der Sozialdemokratie, die es für uns zur Aufgabe machen, die beschleunigte Energiewende und den Klimaschutz hinzubekommen.

Insofern möchte ich ein Lob aussprechen, dass es Svenja und Olaf jetzt gelungen ist, wirklich in Rekordzeit Vorlagen zu erarbeiten, um in der Regierungskoalition auch das Klimaschutzgesetz noch einmal nachzuschärfen. Damit sind wir gut in der Zeit, über der Zeit. Das ist schon einmal ein Riesenerfolg. Dafür danke ich an dieser Stelle.

Ich möchte aber auch anbieten, dass wir jetzt auf dem Parteitag noch mal die Chance nutzen, uns gerade vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils bei den Zielsetzungen wirklich an die Spitze der Bewegung zu setzen. Das heißt, wir könnten und sollten es schaffen, bis 2040 Klimaneutralität anzustreben. Dann sollten wir es auch versuchen, bis 2030 schon eine Reduktion von CO<sub>2</sub> bzw. Treibhausgasemissionen auf 68 Prozent zu erreichen im Vergleich zu 1990, weil das einfach genau das ist, was die Studienlage auch hergibt. Wir wollen ja nicht schon wieder in eine Situation kommen, dass wir hinterherhinken.

Auch der Umstieg auf erneuerbare Energien kann bis 2040 gelingen. Das ist mein Appell mit Verweis auf den Initiativantrag 008.

Damit schließe ich. - Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Nina, vielen herzlichen Dank. - Bevor ich den nächsten Redner Matthias Miersch aufrufe, der sich schon einmal bereit machen kann, haben wir hier vom Präsidium eine Bitte an Euch, weil wir schon ganz viele Wortmeldungen auch für die nächsten Kapitel bereits vorliegen haben. Wenn wir jetzt die Redeliste schließen - das wäre unsere Bitte, dann schaffen wir es, glaube ich, noch, unseren gemeinsamen Beschluss, nämlich etwa zwei Stunden für die Beratung, einzuhalten.

Ich würde jetzt einfach fragen, ob es dagegen Widerspruch gibt. - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann danke ich Euch sehr für diese Disziplin.

Wir freuen uns auf die weitere Aussprache. Das bedeutet, wir freuen uns jetzt auf Matthias Miersch, den wir gleich sehen. - Matthias, Du hast das Wort.

*Matthias Miersch, Parteivorstand:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst herzlichen Dank an die Antragskommission. Ihr habt gemäß Bundesverfassungsgerichtsurteil wesentliche Anpassungen vorgenommen, und mein Petition: Lasst uns jetzt nicht über Jahreszahlen streiten, sondern lasst uns mit den anderen über den besten Weg, wie wir dahinkommen, streiten. Spätestens 2045 lässt vieles zu. Aber entscheidend ist, was wir jetzt, morgen und übermorgen machen, und da sieht man ja schon die Doppelzüngigkeit. Die Grünen: Herr Habeck hat noch im Dezember davon gesprochen, bis 2030 sollten wir 65 Prozent Minderung bekommen. Am Freitag haben sie 70 Prozent letztlich beantragt. Das ist alles nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, was man vor Ort tatsächlich tut. Ohne Erneuerbare-Energien-Ausbau geht es nicht. Wenn wir uns angucken, was die Grünen in den letzten fünf Jahren in Baden-Württemberg diesbezüglich geliefert haben, ist das ein Armutszeugnis.

Diese Konkurrenz, diesen Wettbewerb müssen wir aufnehmen. Wir hatten es schwer mit CDU/CSU, weil sie viele, viele Dinge völlig anders gesehen haben als wir. Beispielsweise mussten wir dafür kämpfen, dass wir keine bundesweiten Abstandsregelungen bei Windkraftanlagen haben. Wenn Herr Söder jetzt sagt: „Ich bin der große Klimaschützer“, kann er damit heute anfangen, indem er nämlich die Abstandsregeln, die jeden Windkraftausbau abwürgen, mal abschafft. Oder auch die Grünen in Hessen, die mal locker eine 1.000-Meter-Abstandsregel mitgemacht haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns diesen Zusammenhalt der Gesellschaft tatsächlich organisieren. Wir haben den Kohlekompromiss mit allen gesellschaftlichen Gruppen hinbekommen. 2038 ist das absolute Enddatum. Es geht auch früher, aber wir haben zugesagt, dass die Regionen dann tatsächlich die Strukturhilfen bekommen, dass das Anpassungsgeld fließt. Das sind sozialdemokratische Ansätze. Das wird niemanden überfordern.

Was fällt Grünen und CDU/CSU jetzt angesichts des Verfassungsgerichtsurteils jetzt ein? Mal kurz wieder den CO<sub>2</sub>-Preis anzuheben. Das wird alle diejenigen überfordern, die nicht mal ganz schnell umsteigen können, eine neue Heizung einbauen können, weil sie schlichtweg zur Miete wohnen. Wir sehen jetzt schon bei 25 Euro, was das bedeutet.

Insofern: Lasst uns sozialdemokratisch diesen großen Strukturwandel, diese Transformation der Gesellschaft hinbekommen. Das geht nur, indem wir die Empathie auch für die haben, die Angst vor diesem Wechsel haben, indem wir nämlich dann wirklich helfen, indem wir investieren in einen starken, handlungsfähigen Staat, der Wandel gestaltet.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen uns nicht verstecken. Wir haben mit dem Klimaschutzgesetz das Instrument geschaffen, wo keine Regierung mehr aus Zielen rauskommen kann, wo sie sich jedes Jahr tatsächlich rechtfertigen muss.

Insofern meine herzliche Bitte: Stützt das Votum der Antragskommission und geht selbstbewusst auch in dieser Frage in den Wahlkampf.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank für den kämpferischen Beitrag. - Jetzt kommt Rita Schwarzelühr-Sutter, die sich auch schon bereit gemacht hat.

*Rita Schwarzelühr-Sutter, Baden-Württemberg:*

Vielen Dank, Niels. - Liebe Genossinnen und Genossen! Matthias hat es noch mal deutlich gemacht: Wir wissen alle, dass etwas gegen den Klimawandel tun müssen, dass wir die Erderwärmung stoppen müssen und dass wir es auch können, damit auch die jungen Menschen, die nächsten Generationen gut und sicher leben können. Aber das wünschen sich nicht nur reiche Menschen, sondern darauf haben alle ein Anrecht. Deshalb habe ich mich auch auf der Klimakonferenz in Paris nicht nur für das 2Grad-Ziel, sondern möglichst 1,5-Grad-Ziel eingesetzt; denn es sind gerade die armen Menschen und die ärmsten der Menschen, die nicht zum Klimawandel beitragen.

Nach Trump kommt mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden wieder Schwung in die internationale Klimapolitik, und das ist gut; denn Klimawandel und seine Auswirkungen kennen keine Grenzen.

National haben wir das auch gehalten, was wir versprochen haben. Als Baden-Württembergerin darf ich sagen, im Gegensatz zu den Grünen in Baden-Württemberg, die gestern einen Koalitionsvertrag mit ihren schwarzen Freunden beschlossen haben, der ein Wolkenkuckucksheim ist. Da steht nichts drin, und alles unter Vorbehalt. Da ist kein Klimaschutz drin.

Dreh- und Angelpunkt sind die erneuerbaren Energien, und auch dort gilt: Wasch mir den Pelz, aber mach mich, lieber Peter Altmaier, nicht nass. Keine Änderung der Abstandsregelung bei Windkraftanlagen.

Wir erleben gerade einen Überbietungswettbewerb in Sachen Klimaschutz. Der darf aber nicht darin ändern, dass Reiche sich Klimaschutz weiter leisten können. Wir brauchen keinen modernen Ablasshandel, wo Reiche sich freikaufen können und Treibhausgase trotzdem raushauen können. Klimaschutz müssen sich alle leisten können. Und wir Sozialdemokraten haben das Klimaschutzpaket auf den Weg gebracht. Wir lassen Bürgerinnen und Bürger auch nicht allein und unterstützen dabei die Industrie bei der Dekarbonisierung, zum Beispiel bei Stahlwerken. Wir wollen uns auch, eine Wasserstoffproduktion, eine nachhaltige Wasserstoffproduktion aufbauen. Das heißt, wir brauchen auch in Zukunft gute Arbeit, einen Industriestaat und mit tiefer Wertschätzung.

Olaf und Svenja haben nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil sofort einen neuen Entwurf erarbeitet und auf den Tisch gelegt. Da geht es nicht nur um Ziele, sondern da geht es darum, wie wir es umsetzen, wie wir auch in Zukunft gute Arbeit haben, wie wir die Menschen bei der sozialökologischen Transformation mitnehmen. Ich glaube, daran müssen wir uns orientieren, dass es mehr Generationengerechtigkeit, mehr Planungssicherheit und ein Vorgehen, das die Wirtschaft nicht abwürgt, gibt, sondern umbaut und vor allem modernisiert - so schnell wie möglich. Aber trotzdem bitte ich Euch auch alle, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

Ich freue mich, mit Olaf an der Spitze für mehr Klimaschutz in Deutschland voranzugehen, und dass wir wieder diejenigen sind, die beim Klimaschutz auch sehr vorangehen - weltweit. - Herzlichen Dank!

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Liebe Rita, vielen herzlichen Dank für Deinen Beitrag. - Jetzt folgt als nächster Redner Boris Velter. Ich bin sicher, Boris ist auch schon da und kann gleich das Wort nehmen. Boris, bitte!

*Boris Velter, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG):*

Lieber Niels! Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Boris Velter bin ich, Vorsitzender der ältesten Arbeitsgemeinschaft, nämlich der Arbeitsgemeinschaft für Gesundheit, der Sozialdemokraten.

Ich will mich jetzt nicht nur an Euch, liebe Genossinnen und Genossen, wenden, sondern auch an die Interessierten und an die Bürgerinnen und Bürger, die Freundinnen und Freunde der SPD sind bzw. sich informieren wollen, was auf unserem Parteitag passiert.

Gesundheit und Pflege waren schon immer ein sehr guter Grund, die SPD zu wählen. Aus meiner Sicht einer der ganz zentralen Gründe, weil da sehr klar wird, wo aus unseren sozialdemokratischen Werten entsprechende praktische Politik abgeleitet wird.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich rate Ihnen: Lesen Sie tatsächlich genau, was wir da geschrieben haben. Wir haben in einer sehr konzentrierten, wie ich finde, doch noch deutlich klareren Sprache und klareren Positionierung, als wir das in den vergangenen Jahren hatten, sehr klar die Zukunft beschrieben. Es ist eben auch besonders, dass wir das als eines der Zukunftsprojekte von vieren akzentuiert haben, und zwar übrigens nicht nur hergeleitet als Ad-hoc-Reaktion auf die weltweite katastrophale Pandemie, nein, sondern wir sind der Überzeugung und haben gelernt, dass durch die Pandemie bestimmte Entwicklungen eben noch mal unter dem Brennglas stärker sichtbar werden. Aber es sind Dinge, die wir schon lange kritisieren, wo wir auch in der Vergangenheit schon kleine Tripelschrittchen geschafft und gemacht haben. Ich will nur an die Krankenhausfinanzierung erinnern, wo wir es eben geschafft haben, zumindest die Pflege rauszunehmen.

Aber wir wissen, das reicht nicht. Wir haben einen roten Faden bei Gesundheit, Pflege, aber insgesamt auch in der Sozialpolitik. Wir brauchen nämlich eine neue Balance zwischen Daseinsvorsorge und Renditeorientierung. Die muss natürlich sehr deutlich mehr in Richtung Daseinsvorsorge gehen.

Das ist ein Versprechen - das hat vorhin auch, ich glaube, Katja gesagt - für alle die, die im Gesundheitsbereich arbeiten, aber auch für alle, die darauf angewiesen sind, für alle, die da beschäftigt sind, aber genauso auch für Kranke, Pflegebedürftige oder potenziell Pflegebedürftige, dass wir ein besseres System organisieren wollen.

Und ja, ich will Euch und Sie einladen: Vergleichen Sie die Programme! Diese hervorragende Programmmatrix, die wir entwickelt haben, die zeigt eben auch: Ihr könnt weiterklicken. Ihr seht dahinter entsprechende Beschlusslagen, ganz aktuelle, aber auch welche wie die Sozialstaatspapiere. Ein sagenhafter Beschluss auf dem Parteitag letztes Mal, wo wir uns noch physisch sehen konnten und erleben konnten, wo wir das beschlossen haben.

Also, ich rate allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, aber insbesondere denen draußen, unseren Freundinnen und Freunde und potenziellen Wählerinnen und Wählern: Guckt Euch genau an, was wir da wollen in Gesundheit und Pflege. Ich bin mir ganz sicher, es kann sehr viele überzeugen. Wir brauchen jede Stimme, und wir müssen ein starkes Mandat für die SPD haben, um entsprechend möglichst viel umsetzen zu können. - Vielen Dank. Glück auf, Freunde!

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Lieber Boris, vielen Dank an Dich und alle Deine Mitstreiterinnen und Mitstreiter, auch für die wichtigen Hinweise. - Ich darf jetzt die nächste Rednerin, Anna Rasehorn aus Bayern, aufrufen und gleichzeitig unsere letzten drei Wortmeldungen - das sind die von Florian von Brunn, von Ruppert Stüwe und von Svenja Schulze - erneut in den Konferenzraum - bitte mit stummgeschaltetem Mikrofon - bitten, damit wir dann dort technisch diese Debatte auch so abschließen können.

Jetzt hat Anna das Wort, die bereitsteht. Ich sehe sie auch schon. Du kannst gleich loslegen.

*Anna Rasehorn, Bayern:*

Liebe Genoss\*innen! Ich hoffe, man hört mich auch gut und sieht mich gut. Ansonsten liegt das an den 5G, die uns in Bayern versprochen worden sind. Mal sehen.

Corona hat uns gezeigt, wie es ist, in einer Ausnahmesituation zu leben. Neben Corona stehen wir auch vor einer anderen riesigen Sintflut: Der Klimawandel ist da und wartet nicht darauf, dass wir uns auf den Weg machen. Die Welle trifft vor allem meine und zukünftige Generationen. Das hat nun auch das Bundesverfassungsgericht bemerkt - Nina hat es schon angemerkt - und ein juristisch wie politisch beachtliches Urteil gefällt, indem es aufgrund der Generationengerechtigkeit das Klimaschutzgesetz in Teilen für verfassungswidrig erklärt hat. Das heißt konkret: Die Bundesrepublik muss bei den Reduktionszielen für Treibhausgasemissionen nachschärfen und jetzt Taten folgen lassen.

Svenja stand schon vor dem Urteil bereit, aber war und ist das mit der Union möglich, nachdem Herr Altmaier nach der Photovoltaik auch weitere Branchen der erneuerbaren Energien aus dem Land vertreiben möchte und die Schwarzen unserer Svenja Schulze überall Steine in den Weg schmeißen, wo sie nur können? Wir in Bayern können Euch mit der unsäglichen 10-H-Regelung sehr genau sagen, was die Union von erneuerbaren Energien hält: Nämlich gar nichts.

Dabei ist es einer der wichtigsten Fragen unserer Zeit. Gerade die SPD ist es, die diese Fragen sozial und vor allem auch ökologisch beantworten kann; denn beide Fragen, die soziale und ökologische Frage, sind nur gemeinsam zu beantworten, da sie in einem sehr engen Zusammenhang zueinanderstehen. Der Raubbau an Mensch und Umwelt, die Zerstörung von Lebensräumen und der ungezügelter Ausstoß von Müll, Emissionen und Giftstoffen ins Wasser haben dafür gesorgt, dass einige wenige Kapitalist\*innen enormen Profit generieren konnten. Der Kampf um den Erhalt einer lebenswerten Erde ist und bleibt eine Klassenfrage, und das ist unsere Seite an den Seiten der Arbeitnehmer\*innen klar.

Reiche werden sich im Gegensatz zum Großteil der Bevölkerung immer sauberes Wasser, reine Luft oder energetisches Wohnen und Reisen leisten können. Das sind aber keine Privilegien, sondern das steht uns allen zu.

Der Initiativantrag 008 von Nina Scheer unterstreicht die Arbeit von Svenja und Olaf, hält es auch im Wahlprogramm gut fest und macht es noch ein bisschen besser. Daher bitten wir als Bayern-SPD, diesen anzunehmen, damit wir meiner Generation und den Generationen danach eine gute Alternative zu den Grünen bieten können. Denn welche Antworten haben die auf die soziale Frage im Bereich Umwelt? Ich sehe da nichts, außer „Feel Good“, Agenturmarketing vor Inhalten und dass man sich Ökologie vor allem leisten können muss. Das kann nicht sein, und daher: Mutig sein! Ja zum Ini008 und Ja zu sozialökologischen Transformationen an der Seite der Arbeitnehmer\*innen. Freundschaft!

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Anna, vielen Dank für Deinen Beitrag. - Wir haben das allermeiste gehört, aber wir sehen, dass da in Sachen Ausbau noch ein bisschen was zu tun ist. Vielen herzlichen Dank.

Jetzt haben wir hoffentlich die letzten und nächsten drei Genossinnen und Genossen in dem digitalen Konferenzraum. Ich weiß, es wiederholt sich, aber wenn Ihr eintretet, falls Ihr es noch nicht gemacht habt, bitte ohne dabei das Mikrofon anzuhaben, sondern es erst einmal stummschalten. Falls der Livestream nebenher läuft, bitte dort auch den Ton ausschalten. Unser Team wird jetzt zum Abschluss dieses Kapitels gleich die Rednerinnen und Redner alle vorbereiten, und dann machen wir hier unmittelbar weiter.

Meine lieben Genossinnen und Genossen! Liebe Freundinnen und Freunde! All diejenigen, die jetzt zuschauen: Vielleicht kann ich noch einmal an den Hashtag #AusRespekt erinnern, mit dem wir ein bisschen aufmerksam machen wollen auf eine der Grundmotivationen und der wichtigsten Anliegen von Olaf Scholz und der gesamten SPD. Also das, was man vielleicht ein bisschen beobachtet, dass man diskutiert, was man mitteilen will rund um den Parteitag, gerne mit dem Hashtag #Aus Respekt versehen.

Das gibt mir vielleicht auch noch mal die Möglichkeit, auf das hinzuweisen, was für die kommenden Wochen und Monate in diesem Wahlkampf unter ganz besonderen Bedingungen aus meiner Sicht auch noch mal ganz entscheidend sein wird. Wir haben es in den letzten Jahren gesehen - insbesondere, seit die AfD in den Deutschen Bundestag eingezogen ist -, dass von der ganz rechten, von der rechtsradikalen Seite manchmal fast intuitiv die sozialen Medien, die Posts, die es dort gibt, auch von führenden Vertretern und im Laufe der Pandemie dann ja leider auch in Richtung Querdenker und andere fast automatisch geteilt, kommentiert werden, dass damit die Verbreitung dieser Hetze auch immer größere Dynamik bekommen hat.

Die SPD ist die traditionsreichste Partei in Deutschland. Wir haben viel Erfahrung gesammelt in den letzten Jahren, sehr erfolgreiche Wahlkämpfe geführt, mit den Menschen gesprochen, direkt von Tür zu Tür gegangen, bei Infoständen, bei Veranstaltungen, bei der direkten Kommunikation. Ich will das einfach nur noch einmal unterstreichen: Das ist und bleibt entscheidend, aber eben auch die Auseinandersetzung in den sozialen Medien im Netz.

Ich glaube, da können wir alle miteinander einen sehr konkreten Beitrag dafür leisten, dass Olaf Scholz der nächste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wird, indem wir einfach unsere eigenen Ideen stärker in den Mittelpunkt stellen. Dafür muss man manchmal gar keine Flugblätter verteilen, sondern manchmal reicht es, wenn man seine eigenen Freundinnen und Freunde in den sozialen Netzwerken einlädt und bestimmte Inhalte und Ideen teilt. Wer das noch nicht gemacht hat - ich sage den Hashtag noch mal: #AusRespekt -, der kann im Grunde genommen heute gleich damit anfangen. - Da wird er, glaube ich, auch noch mal eingeblendet.

Wir freuen uns natürlich auf die Zusammenarbeit. Wir freuen uns auch über Unterstützung unter diesem Hashtag, aber wir diskutieren natürlich auch über die Dinge, die vielleicht kritisch angemerkt werden. Das gehört dazu. Das ist auch auf einem nicht virtuellen Parteitag das, was normalerweise hier immer alles passiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für diejenigen, die sich zwischendurch eingeschaltet haben: Wir sind mitten in der Beratung rund um das Zukunftsprogramm. Wir warten gerade darauf, dass die letzten drei Rednerinnen und Redner für das Kapital, über das wir gerade sprechen, freigeschaltet werden. Sobald das der Fall ist, werde ich das dann auch gleich auf den Weg bringen.

Wir sind auch gleich so weit, wird mir hier zugeflüstert. Dann darf ich Florian von Brunn bitten, sich bereitzuhalten. - Da ist er. Florian, verbunden auch noch einmal mit einem herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl. Wir freuen uns auf Deinen Redebeitrag.

*Florian von Brunn, Bayern:*

Vielen Dank, lieber Niels. - Liebe Genossinnen und Genossen! Die Klimakrise ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Wir wissen, Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit mit Blick auf unsere Kinder und ihre Kinder, mit Blick auf die Menschen, die nicht das Geld haben, sich optimale Umweltbedingungen einzukaufen. Und mit Blick auf die Menschen im globalen Süden, die am allermeisten unter der Klimakrise und unter der Erderhitzung leiden. Klimaschutz ist immer auch eine Gerechtigkeitsfrage. Gerechtigkeitsfragen sind immer auch Aufgaben der Sozialdemokratie, und darum packen wir das an.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, die Klimaerhitzung schreitet viel, viel schneller voran, als wir das bisher gedacht haben. Wir merken das. Auch bei uns. Ihr merkt es an den Schäden und Verlusten für Unternehmen, für Land- und Forstwirtschaft. Der Wald stirbt wieder. Waldsterben 2.0 - wegen der Trockenheit. Wir merken das an den immer häufiger stattfindenden Hitzetagen und Tropennächten, die uns plagen.

Deswegen finde ich es gut und klasse, dass die SPD sich so eine kraftvolle und ehrgeizige Zukunftsmission für ein klimaneutrales Deutschland gegeben hat. Das ist eine großartige Vorlage für sozialdemokratische Zukunftspolitik.

Aber ich glaube, ich bin überzeugt, dass die rasant fortschreitende Klimaerhitzung noch mehr von uns verlangt. Deswegen sollten wir den Mut haben, das Ziel 2040 als Ziel für Klimaneutralität hinzuzunehmen, wie es Nina Scheer in ihrem Antrag formuliert hat, und die anderen wichtigen Ergänzungen, die sie gerade genannt hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, die junge Generation in diesem Land, die schaut auf uns, und die erwartet von uns viel, von der SPD. Ich glaube, ich bin überzeugt, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir beim Klimaschutz noch schneller und entschlossener vorgehen können. Wir haben als Industrieland der ersten Stunde eine historische, eine globale Verantwortung. Wir können das. Wer, wenn nicht wir, liebe Genossinnen und Genossen? Wir können das. Wir können gerechten und ehrgeizigen Klimaschutz. Das haben Olaf und Svenja auch mit ihrem Vorschlag für ein neues Klimaschutzgesetz in dieser Woche gezeigt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir leben in einem starken Land. Wir haben kluge Köpfe. Wir haben hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir haben kreative Unternehmen, und wir haben die Mittel und die Möglichkeit. Wir können international als Vorbild vorangehen und zeigen, dass sozial gerechter Klimaschutz und eine klimaneutrale und zugleich gerechte Gesellschaft möglich sind.

Ich bin mir sicher - und um es mit der Vorgängerin, der zukünftigen Vorgängerin von Olaf zu sagen -: Wir schaffen das. Denn wir haben den zukünftigen, den besten Kanzler. Wir haben das richtige Programm. Lasst uns gemeinsam die besten und ehrgeizigsten Klimaziele setzen und Klimaschutz sozial gerecht verwirklichen. - Vielen Dank!

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Vielen herzlichen Dank für Deinen Redebeitrag! - Ich komme jetzt zu dem letzten Redebeitrag in diesem Block, noch einmal auf die Debatte eingehend, Svenja Schulze, unsere Umweltministerin, die sich noch mal gemeldet hat. - Da ist sie schon. Svenja, Du hast noch mal zum Abschluss dieser Debatte das Wort.

*Svenja Schulze, Parteivorstand:*

Niels, ganz herzlichen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will erst mal Dankeschön sagen für die intensive Debatte. Es ist gut, dass die SPD so über den Weg zum Klimaschutz streitet.

Aber, Genossinnen und Genossen, lasst uns auch den Weg in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen jetzt ganz konkret sagen, wie das funktionieren soll. Wir haben dafür einen ganz glasklaren Plan, und der Plan sagt: 2045 sind wir klimaneutral. Das ist doppelt so ambitioniert in den nächsten 25 Jahren wie in den letzten 25 Jahren. Das ist unser Weg zu dem Pariser Klimaschutzziel, bei 1,5 Grad die Erderwärmung möglichst zu stoppen. Und das können wir auch. Jetzt immer noch weiter die Schraube anzudrehen und zu sagen, das muss schneller gehen, das ist nicht der richtige Weg, sondern 2045, das ist das, wo wir Treibhausgasneutral werden. 65 Prozent, also einen deutlichen Schritt jetzt in den nächsten neun Jahren zu nehmen, das ist der Vorschlag in dem Programm, ganz konkret untermalt mit dem, wie wir das auch hinkriegen.

Dafür will ich hier noch einmal ausdrücklich werben. Ein Programm zu verabschieden und dann einen Initiativantrag, der etwas anderes sagt, das ist keine konsistente Politik. Wir müssen hier auch konsistent sein. Wir müssen beschreiben, wie das geht. Das erwarten die Wählerinnen und Wähler von uns. Die wollen wissen: Wie bauen wir denn jetzt die Infrastruktur? Wie schaffen wir es, dass der Wasserstoff überall hinkommt? Wie sorgen wir dafür, dass überall mehr Erneuerbare Energien sind? Diese Fragen müssen wir beantworten, auf allen Ebenen: im Bund, im Land, in der Kommune. Und das kann nur die SPD beantworten.

Deswegen: Lasst uns dabei bleiben, was wir Euch jetzt vorschlagen. Das ist ein Pfad, der ist realistisch, der ist planbar, der schafft Zukunftsgerechtigkeit, und der spart das CO<sub>2</sub> ein, was wir einsparen müssen. Dafür will ich hier ausdrücklich noch einmal werben. - Vielen Dank.

## **ABSTIMMUNG ANTRAGSBLOCK 2**

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Liebe Svenja, vielen herzlichen Dank. - Ich will noch einmal den Dank an alle Genossinnen und Genossen richten, die sich beteiligt haben. Das ist für uns alle auch ein bisschen ungewöhnlich. Ich finde, das hat sehr gut geklappt. Ich glaube, das wird jetzt auch in den nächsten Blöcken so funktionieren.

Wir kommen, nachdem wir die Aussprache zu dem Kapitel beendet haben, jetzt zur Abstimmung. Ich glaube, es sind alle anwesend gemeldet. Ihr müsst sonst noch mal überprüft werden, dass Ihr alle bei OpenSlides als anwesend gemeldet seid, dass Ihr Euch da angeklickt habt; denn sonst, wenn Ihr das Häkchen da nicht gesetzt habt, dann könnt Ihr nicht mit abstimmen.

Ich lese jetzt nicht noch mal den ganzen Block vom Anfang der Debatte vor, was mit der Empfehlung der Antragskommission alles beinhaltet ist, sage aber doch noch mal, dass wir jetzt zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission kommen. Darin sind enthalten die Kapitel und die Unterkapitel sowie die dazugehörigen Anträge, die Änderungsanträge sowie die Initiativanträge.

Mir liegt bis jetzt kein Antrag auf Einzelabstimmung vor. Deswegen würde ich jetzt, wenn es keine weiteren Einsprüche oder Vorschläge dazu gibt, dann in die Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission für das gesamte Kapitel mit den genannten Anträgen usw. kommen. Jetzt warte ich mal eine Sekunde. - Genau, ich kriege noch mal den Hinweis: Wenn Ihr Euch dazu melden wollt, dann müsst Ihr das über die Funktion „GO-Antrag“ machen, damit Ihr Euch da zu Wort melden könnt. Da könnt Ihr das entsprechend auch reinschreiben, worüber abgestimmt werden soll. Ich sehe, das funktioniert auch. Technisch scheint das mit der Plattform, die wir haben, tatsächlich gut zu funktionieren.

Anna Rasehorn aus Bayern, die wir vorhin auch gehört haben, beantragt, dass wir über den Initiativantrag 008 einzeln abstimmen. Das sehe ich richtig. Wir haben die Aussprache, Genossinnen und Genossen, auch gehabt. Die Argumente sind ja ausgetauscht. Das Votum der Antragskommission habe ich am Anfang vorgetragen. - Ich gucke noch mal zu Doris, ob sie da noch etwas ergänzen möchte.

*Doris Ahnen, Antragskommission:*

Nein, wir bleiben bei dem Votum „Annahme des Textes in der Fassung der Antragskommission“ und Überweisung des Initiativantrags 008 an den Parteivorstand zur Beratung für die digitale Programmmatrix.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Wunderbar. Dann haben es, glaube ich, alle verstanden. Anna beantragt: Der Ini 008 wird einzeln abgestimmt. Das machen wir jetzt auch. Wir bleiben bei dem Votum der Antragskommission, so wie Doris es eben noch einmal vorgetragen hat. Wir stimmen jetzt über das Votum der Antragskommission ab. Wer für das Votum der Antragskommission ist, der stimmt mit Ja, wer sich gegen das Votum der Antragskommission entscheiden möchte mit Nein. Enthalten könnt Ihr Euch auch. Wenn die Regie mir jetzt nichts anderes mitteilt, dann starte ich jetzt die Abstimmung: Die Abstimmung ist eröffnet.

*(Stimmabgabe)*

Wir sind jetzt am Ende der Abstimmungszeit. Ich schließe damit auch formal die Abstimmung. Ich warte kurz auf das Ergebnis der Abstimmung über das Votum der Antragskommission. Gleich kommt es bestimmt auch auf meinen Monitor. - Das ist so.

Wir haben 350 Stimmen für die Empfehlung der Antragskommission. Wir haben 145 Stimmen gegen die Empfehlung der Antragskommission. Enthalten haben sich 19. Damit ist der Empfehlung der Antragskommission mit über 70 Prozent stattgegeben worden. Vielen Dank für diese Abstimmung, dass das auch technisch alles so super geklappt hat.

Ich würde dann, liebe Genossinnen und Genossen, zurückkommen zur Abstimmung über das gesamte Kapitel mit den entsprechenden Empfehlungen. Mir liegen jetzt auch keine weiteren Anträge auf weitere Einzelabstimmungen vor. Das ist ganz wichtig.

Dann kommen wir jetzt zu der gesamten Kapitelabstimmung. Wir stimmen - genau, wie wir es eben auch gemacht haben - über die Empfehlung der Antragskommission ab. Die Abstimmung ist offen. Ich eröffne sie. Ihr habt jetzt die Möglichkeit, abzustimmen.

*(Stimmabgabe)*

Liebe Genossinnen und Genossen, die Zeit für die Abstimmung ist vorbei. Ich schließe sie jetzt auch formal. Wir machen es so wie eben auch. Wir warten mal eine Sekunde. Die elektronische Auszählung läuft. Ich sehe sie jetzt auch bei mir. Deswegen kann ich Euch vortragen: Für die Empfehlung der Antragskommission haben sich 487 Delegierte ausgesprochen, dagegen 24. Enthaltungen hat es zwölf gegeben. Das entspricht einer Zustimmung von etwas über 95 Prozent für dieses Kapitel.

Das gibt mir die Gelegenheit, mich noch mal herzlich zu bedanken bei all denjenigen, die sich beteiligt haben, die das mit vorbereitet haben. Wir können damit jetzt diesen Antragsblock schließen.

Ich kann damit jetzt von Kapitel 2 auf Kapitel 3 unseres Zukunftsprogramms weitergeben. Ich bitte Euch, jetzt noch dabei zu bleiben; denn jetzt geht es um eine Gesellschaft des Respekts.

Zur Einführung in diesen Antragsblock darf ich jetzt an unsere Parteivorsitzende Saskia Esken übergeben.

### **EINFÜHRUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 3**

*Saskia Esken, Parteivorsitzende:*

Vielen Dank, Niels. - Wir kommen jetzt zum Respekt-Kapitel.

Die wichtigste Grundlage für eine Gesellschaft, die zusammenhält, das ist der Respekt, den sie jedem Menschen entgegenzubringen bereit ist. Aber auch für Zukunftsaufgaben wie die sozialökologische Transformation oder den digitalen Wandel ist Respekt in der Gesellschaft unerlässlich.

„Aus Respekt vor Deiner Zukunft“ ist deshalb auch das Motto unseres heutigen Parteitags. Wir übersetzen Respekt vor der Lebensleistung, dem Lebensentwurf, der Arbeit und der Würde der Menschen in konkrete Politik. Die Pflegekraft, die Postbotin, der Pharmakologe, die Maschinenbau-Ingenieurin - Menschen, die mit ihrer Hände Arbeit, mit Kopf und Herz unser Land zusammenhalten. Die Corona-Zeit hat uns verdeutlicht, wie wertvoll ihre Arbeit für unser Leben ist. Deshalb sorgen wir dafür, dass unser Respekt sich in starken Tarifen, in besseren Arbeitsbedingungen und in einem höheren Mindestlohn niederschlägt, aber auch in guter und moderner Infrastruktur und in bezahlbaren Wohnungen.

Künstler\*innen und Kulturschaffenden fehlt im Lockdown nicht nur unser Applaus. Unseren Respekt für ihr Schaffen zeigen wir mit einer besseren Kulturförderung, aber auch mit einer besseren sozialen Absicherung für Solo-Selbständige.

Die Stabilität von Familien ist bedeutsam für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Respekt zeigen wir ihnen durch verlässliche Angebote von Kitas und Schulen und durch Arbeitszeitmodelle und Leistungen, die dem wahren Familienleben gerecht werden.

Frauen, die um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und um ihren Platz in Führungs- und Machtpositionen ringen, das steht nicht nur der freien Verwirklichung individueller Lebenspläne im Weg. Respekt bedeutet deshalb auch eine aktive Politik für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Respekt heißt für uns, Menschen in ihrer Verschiedenheit nicht nur anzuerkennen, sondern sie zu stärken, zu befähigen und eigene Wege zu ermöglichen.

Dazugehören und teilhaben, unabhängig von der Herkunft, vom Geschlecht oder vom Glauben, vom Abschluss oder vom Job, egal, wie man lebt, egal, wen man liebt. Auch im Kampf gegen Rassismus und gegen jede Diskriminierung zeigen wir Respekt vor der unantastbaren Würde des Menschen. Dafür braucht es starke Institutionen, die für die Wahrung von Rechten und für die Verfolgung von Rechtsverstößen sorgen, einen starken Sozialstaat, der seinen Bürger\*innen auf Augenhöhe begegnet, und Institutionen, die Bildung und Weiterbildung ermöglichen, die Nachteile ausgleichen und Wege eröffnen, die Zukunft zu meistern.

Alles Weitere für die Antragsberatung zu diesem Kapitel kommt jetzt wieder vom Tagungspräsidium.

### **ANTRAGSBERATUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 3**

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, liebe Saskia, für die Einführung. - Bevor wir dann in die Aussprache und die anschließende Abstimmung einsteigen können, wollen wir natürlich hören: Was ist das Votum der Antragskommission? Das sagt uns Doris.

*Doris Ahnen, Antragskommission:*

Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde gerne den Blick auf einige wenige Punkte der Beratungen der Antragskommission werfen, die uns besonders wichtig waren. Das ist zum einen das Thema der Zukunft der jungen Generation auf dem Arbeitsmarkt und hier insbesondere das Thema der Ausbildungsgarantie. Daher haben wir eine weitere Konkretisierung vorgenommen, die Ihr in Kapitel 3.2, Seite 35, Zeile 8 ff. findet. Da soll jetzt formuliert werden: „Wir unterstützen das Mittel der Umlagen bzw. Fonds, beispielsweise branchenbezogen dort, wo unterhalb des Bedarfs ausgebildet wird.“ Es war uns wichtig, diesbezüglich noch einmal eine Klarstellung vorzunehmen.

Der zweite wichtige Punkt betrifft das Thema Rente. Für diesen Part im Programm hat eine Kommission des Parteivorstandes intensiv gearbeitet. Im Zukunftsprogramm ist formuliert: „Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent.“ Damit jetzt noch klarer wird, dass 48 Prozent nur die Untergrenze ist und wir mehr anstreben, hat die Kommission eine Ergänzung vorgeschlagen, nämlich den Satz anzufügen: „Sollten sich weitere Spielräume ergeben, werden wir diese nutzen.“

Ein dritter Punkt ist das Thema Miete bzw. bezahlbares Wohnen. Hier gab es einen Änderungsantrag zum Thema Mietspiegel. Das ist sicherlich ein sehr wichtiges Anliegen. Wir haben hier, glaube ich, letztlich eine gute Formulierung finden können. Es soll heißen: „Das Instrument des qualifizierten Mietspiegels wollen wir bundesweit nach einheitlichen und damit rechtssicheren Kriterien ausgestalten und seine Bedeutung stärken. Mietspiegel dürfen keine bloßen Neumietspiegel sein. Deshalb werden wir künftig mindestens die vertraglich vereinbarten Mieten der vergangenen acht Jahre bei ihrer Aufstellung heranziehen.“ Das ist unser neuer Formulierungsvorschlag.

Zum Antrag I 005 darf ich noch sagen, dass wir vorschlagen, ihn an den Parteivorstand zu überweisen, weil aus unserer Sicht in den nächsten Wochen eine intensive fachliche Beratung sinnvoll und notwendig ist.

Ich komme noch zum Kapitel 3.9. Hier wollen wir ab Zeile 13 in der Aufzählung auch den Kampf gegen den Antifeminismus aufnehmen. Das ist ein wichtiges Anliegen, das bislang nicht aufgeführt war; für uns ist das eine wichtige Ergänzung. Wir haben zusätzlich auf Bitten der ASF die Umsetzung der EU-Gleichstellungsstrategie aufgenommen.

So weit zu dem, was ich in aller Kürze aus der Antragskommission zu berichten habe. - Ich freue mich, wieder an Anke übergeben zu dürfen.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Ganz vielen Dank, liebe Doris. - Wie eben Niels will auch ich versuchen, einmal formal vorzustellen, was das jetzt insbesondere für die einzelnen Abänderungsanträge bedeutet bzw. was es in der Antragskommission an Änderungen gegeben hat.

Bevor wir das tun, will ich - weil wir so auch etwas Zeit sparen können - kurz aufrufen, wer sich schon in den digitalen Raum begeben kann und dies bitte auch tun möchte. Das ist zum einen Georg Maier, das ist Serpil Midyatli, und das ist Kevin Kühnert. Von denen habe ich gehört, dass sie dort schon sind. Ich möchte noch Natalie Pawlik und Atila Ülger hinzufügen, die sich ebenfalls jetzt schon in den digitalen Raum begeben sollten. Die Angaben dazu haben wir ja schon gemacht: Zugriff auf Mikrofon und Kamera zulassen, sich selbst stummschalten und beim Livestream, sofern der läuft, den Ton abschalten. Alle weiteren leitenden Anmerkungen bekommen die Betroffenen dann aus der Technik.

Wenn wir das machen, während ich vortrage, worum es bei den einzelnen Abstimmungen geht, haben wir schon wieder ein bisschen Zeit gewonnen. Insofern auch noch der Hinweis: Wir werden es mit den drei Minuten Redezeit ein bisschen genauer nehmen müssen, weil es uns sonst hinten raus zu knapp wird.

Doris hat einiges angesprochen. Ich will es noch einmal vollständig vortragen. Es geht um die die Änderungsanträge des Zukunftsprogramms Kapitel 3 mit den Unterkapiteln 3.0 bis 3.15. Der Initiativantrag 005 ist - das hat Doris bereits gesagt - zur Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Aufgerufen sind zudem die Änderungsanträge 3.0 Änderungsantrag 1 bis 15 und der Änderungsantrag 31. Hinzu kommen die allgemeinen Anträge AR001 bis AR020, B001 bis B007, F001 bis F005, I001 bis I011, K001 bis K009, S001 bis S006 und T001 bis T005. Über die aufgerufenen Anträge soll, wie im Antragsbuch bzw. in OpenSlides empfohlen, geschlossen abgestimmt werden.

Daneben sind folgende Änderungsanträge zu Kapitel 3 durch die eben bereits erfolgte Annahme des Kapitel 2 des Zukunftsprogramms erledigt. Es handelt sich dabei um die Änderungsanträge 3.1. Ä001 und 3.1. Ä020 sowie 3.6 Ä002 bzw. 3.9 Ä007 sowie die Änderungsanträge 3.15. Ä015 und 3.15 Ä026.

Zudem gilt es, den Hinweis zu machen, dass zu den Anträge F001 und F002 der Parteivorstand gestern noch mal in seiner Vorstandssitzung einen Beschluss zur Kindergrundsicherung separat gefasst hat, und zwar ist dieser dann in der Programmmatrix hinterlegt und dort nachzulesen. Dadurch hat sich die Empfehlung der Antragskommission insofern geändert, als sie nunmehr „erledigt durch den Parteivorstandsbeschluss vom 08.05. für die digitale Programmmatrix“ lautet.

Nach der Sitzung der Antragskommission gab es auch noch ein paar wenige Votenänderungen. Zum Kapitel 3.4 war der Änderungsantrag 5 bislang mit „Ablehnung“ votiert und steht jetzt „Annahme in geänderter Fassung“. Die Empfehlung zu 3.9. Ä002 wurde auf „Annahme“ gestellt. Das Votum zu 3.6 Ä012 war im Antragsbuch und auf OpenSlides bisher zurückgestellt. Jetzt steht er auf „Annahme“. Im Unterkapitel 3.10 ist gestern der Änderungsantrag 12 neu ins System gekommen. Dazu lautet die Empfehlung „Annahme“.

So weit zu dem, um das es geht und wie die aktuellen Voten dazu lauten. Ich höre, dass es mit der Technik ganz wunderbar geklappt hat und die Rednerinnen und Redner die Zeit gut genutzt haben. Insofern kann ich dann tatsächlich als Ersten Georg Maier aus Thüringen mit seinem Wortbeitrag aufrufen. Lieber Georg, Du hast das Wort.

### AUSSPRACHE ANTRAGSBLOCK KAPITEL 3

*Georg Maier, Thüringen:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin Georg Maier. Ich bin Landesvorsitzender in Thüringen und gleichzeitig auch Innenminister der rot-rot-grünen Minderheitsregierung in Thüringen. In dieser Funktion habe ich jüngst die aktuellen Zahlen des Jahres 2020 zur politisch motivierten Kriminalität vorgestellt.

Ja, auch in 2020 hat rechte Gewalt in Deutschland weiter zugenommen, und das nicht nur in Thüringen, sondern eben, wie gesagt, in ganz Deutschland. Aber zwei Zahlen haben mich ganz besonders betroffen gemacht: Die Zahl der antisemitischen Straftaten ist im letzten Jahr um 25 Prozent gestiegen, und deutlich mehr als 50 Prozent der Opfer politisch motivierter Gewalt von rechts sind Menschen mit Migrationsgeschichte.

Liebe Genossinnen und Genossen, hinter diesen Zahlen stecken Schicksale. Wenn wir heute über Respekt und Zusammenhalt reden, sollten wir den Blick auf die Menschen richten, die von zunehmendem Rassismus und Antisemitismus betroffen sind. Jüdinnen und Juden sagen mir, dass sie seit Halle Angst haben, dass sie ein mulmiges Gefühl haben, in die Erfurter Synagoge zu gehen. Im Gespräch mit Angehörigen der Opfer des Anschlags von Hanau erfahre ich, wie sie sich von der Polizei und auch von der Politik im Stich gelassen fühlen.

Als Innenminister sehe ich mich in der Pflicht, alles dafür zu tun, diesen Menschen ihre Angst und ihre Enttäuschung zu nehmen. Gerade jetzt, da Querdenker und Rechtsextremisten auf den Straßen und im Netz ihren Hass und ihre Verschwörungsmymen verbreiten, ist es unerlässlich, dass die Demokratie ihre Wehrhaftigkeit unter Beweis stellt. Dazu gehören einerseits personell gut ausgestattete Sicherheitsbehörden, andererseits aber auch mehr Anstrengung im Bereich der Prävention.

Sozialdemokratische Innenpolitik unterscheidet sich genau in diesem Punkt von der konservativen Law-and-Order-Politik. Wir nehmen auch die Ursachen von Extremismus in den Blick. In Thüringen pflegen wir zum Beispiel intensive Kontakte mit Demokratiebündnissen und mit Opferorganisationen. Wir arbeiten eng mit der jüdischen Landesgemeinde und mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland zusammen. Durch gemeinsames Agieren ist es uns zum Beispiel gelungen, Rechtsrock-Konzerte mit zahlreichen Teilnehmern - die waren in Thüringen weit verbreitet - zu verhindern, und es ist uns gemeinsam gelungen, rechte Szeneobjekte zu schließen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir ehrlich zu uns selbst sind, müssen wir eingestehen, dass die innere Sicherheit in den letzten Jahren nicht unbedingt ein Schwerpunkt unserer Politik war. Das sollten wir ändern. Wir stehen für eine menschenorientierte und empathische Innenpolitik. Das Eintreten für Demokratie und Sicherheit liegt in unserer DNA. Ich bin deshalb Christine Lambrecht sehr dankbar dafür, dass wir mit dem Gesetz gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität schon ein deutliches Zeichen gesetzt haben. Nun haben wir mehr Möglichkeiten, der Hetze im Netz entgegenzutreten und auch Kommunalpolitiker\*innen besser vor Anfeindungen und Bedrohungen zu schützen. Ebenso bedeutsam ist es, dass wir sozialdemokratischen Innenminister auf der letzten Innenministerkonferenz eine Polizeistudie durchgesetzt haben und damit deutlich gemacht haben: Rassismus hat keinen Platz in den Reihen der Polizei, was aber nicht heißt, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir nicht zu unserer Polizei stehen - zu unserer demokratischen Polizei. Im Gegenteil: Ich vertraue unserer Polizei und zolle den Polizistinnen und Polizisten gerade jetzt, in Zeiten der Pandemie, meinen Respekt. - Ich danke Euch.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Ganz herzlichen Dank, lieber Georg, auch für die klaren Worte: Kein Platz für Rassismus und auch kein Platz für Anfeindungen gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Viele von ihnen sitzen jetzt sicherlich vor den Bildschirmen. Ich finde, das ist eine gute Solidaritätsadresse. An dieser Stelle dafür noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön!

Als Nächstes hat Serpil Midyatli das Wort. Liebe Serpil, auch Dir noch einen herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl. Wir freuen uns jetzt auf Deinen Redebeitrag.

*Serpil Midyatli, stellvertretende Parteivorsitzende:*

Liebe Anke, vielen herzlichen Dank. - Moin, Moin, liebe Genossinnen und Genossen, aus dem wunderschönen Norden! Großartige Bilder bisher, großartige Präsentationen.

Ich will zu Beginn einmal erzählen, wie ich in den Programmprozess zum Thema Kinder, Jugend und Familien gestartet bin. Bevor solch ein Prozess so richtig Fahrt aufgenommen hatte, stand bei mir zunächst einmal ein Vier-Augen-Gespräch mit unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz an. Dabei habe ich berichtet, was so unsere Ziele und was vor allem die großen Herausforderungen in dem Bereich Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sind. Sehr schnell wurde sehr deutlich, dass zu einem der wichtigsten Themen für mich, aber auch für viele andere in dieser Gesellschaft, die Bekämpfung von Kinderarmut geworden ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen haben wir dies auch zum Herzstück unserer Familienpolitik gemacht und dies in den Vordergrund gestellt. Vor allem braucht es eine sehr starke sozialdemokratische Antwort.

Unsere Antwort ist die sozialdemokratische Kindergrundsicherung. Der Versuch, in den vergangenen Jahren an den Stellschrauben zu drehen, hat leider nicht zum Erfolg geführt. Viele Kinder und Jugendliche leben immer noch in Armut. Es gibt daher einen erheblichen finanziellen Bedarf.

Olaf - Ihr kennt ihn ja - hörte sehr aufmerksam zu, hob dann den Kopf und sagte: „Serpil, ich habe bereits Berechnungen vorgenommen. Auch Franziska Giffey hat Zahlen, Daten und Fakten dazu geliefert.“ Dann sagte Olaf weiter: „Ich weiß, welche große Kraftanstrengung dies bedeutet, und ich nehme dies an. Denn ich will nicht, dass Kinder weiterhin in Deutschland in Armut aufwachsen.“

Ihr könnt Euch vorstellen, was für ein Stein bei mir sozusagen geplumpst ist - vor allem, weil wir Familienpolitikerinnen es ja gewohnt sind, um jeden Cent zu kämpfen. Aber nicht bei Olaf Scholz. Er war von Anfang an klar, und die finanziellen Voraussetzungen haben uns mächtig Rückenwind für diesen Programmteil geliefert.

Daher haben wir uns auch schnell an die Arbeit herangemacht. Es wurde uns vor allem sehr schnell klar, dass es drei Dinge gibt, die Familien besonders in den Fokus rücken wollen und die auch wir als Sozialdemokratie in den Fokus rücken werden. Es geht um Zeit und Geld für Familien, aber auch um eine starke Infrastruktur.

Da setzen unsere drei Säulen an: Wir wollen eine starke Infrastruktur mit beitragsfreien Kitas, und zwar ganztags, aber auch - ganz wichtig - ein Recht auf Mobilität.

Liebe Genossinnen und Genossen, die zweite Säule ist: Alle Familienleistungen werden zusammengeführt. Wir wollen dies aus einer Hand, damit die Familien nicht mehr von Pontius zu Pilatus laufen müssen. Beginnend bei mindestens 250 Euro und dann immer höher, mindestens das Doppelte, wenn die Familien mehr brauchen.

Das Dritte ist Zeit. Wir wollen Familien in jeder Phase Zeit geben und ihnen vor allem diese Zeit nach ihren Bedarfen zur Verfügung stellen, angefangen von den Vaterschaftswochen - ich werde immer schneller; meine Zeit läuft ab -, von der Weiterentwicklung des Familiengeldes, für Familienzeit, aber vor allem auch für pflegende Angehörige. Auch die brauchen mehr Zeit, um ihre Angehörigen zu pflegen. Das alles beantworten wir mit einer sehr starken, modernen Familienpolitik.

Liebe Genossinnen und Genossen, es lohnt sich, dafür zu kämpfen. Wir an der Seite mit Olaf Scholz werden zeigen, wie gute Familienpolitik im nächsten Jahrzehnt geht, wie es funktioniert. Die Wege dazu haben wir beschrieben. Kämpf alle mit! Setzt Euch ein! Es wird Zeit für richtig gute, starke Kinder-, Jugend und Familienpolitik. - Danke, liebe Anke.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidentin:*

Danke, liebe Serpil. Das war ein sehr engagierter Redebeitrag mit ganz viel im Paket.

Ich muss trotzdem - die Regie hat mich mit Blick auf die nachfolgenden Rednerinnen und Redner darum gebeten - darauf hinweisen: Wenn jetzt alle eine halbe Minute oder länger überziehen, wird es ganz schwierig mit unserem Zeitbudget. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter und überlege mal, ob es nicht möglich ist, dass vielleicht der eine oder andere, der im Zuge der Debatte merkt, dass doch schon vieles von dem gesagt ist, was er sich zu sagen vorgenommen hat, seinen Redebeitrag vielleicht zurücknimmt oder zurückstellt und dann bei anderer Gelegenheit vielleicht vortragen möchte. Das ist aber nur eine Anregung, darüber nachzudenken.

Jetzt hat erst einmal Kevin Kühnert das Wort.

*Kevin Kühnert, stellvertretender Parteivorsitzender:*

Liebe Anke, ganz herzlichen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr werdet mir verzeihen, dass ich die Gelegenheit heute nutze, um mich vor allem an diejenigen zu wenden, die wir noch überzeugen müssen, um uns zu wählen.

Sie alle, wir alle haben in den letzten Monaten noch mal in besonderer Weise festgestellt, was es bedeutet, wenn ein Gemeinwesen, wenn das Gemeinwohl zu sehr auf Profitorientierung und Verwertbarkeit getrimmt worden. Ein Gemeinwesen, das so funktioniert, funktioniert nicht gut für die Mehrheit der Menschen im Land. Wir beschreiben deshalb in unserem Programm konkret eine Politik, die dem Gemeinwohl Vorrang vor den Renditeinteressen von wenigen einräumt.

Das machen wir im Gesundheitswesen mit einem Vorrang von öffentlicher vor privater Trägerschaft. Die Menschen müssen sich verlassen können, dass ihre solidarisch aufgebrauchten Beiträge bei ihnen, ihren Pflegeangehörigen und natürlich bei den Beschäftigten in der Pflege und im Gesundheitswesen ankommen.

Wir sprechen uns für eine Mobilitätsgarantie für öffentliche Verkehre aus, die nicht nur dann funktionieren, wenn sich das rechnet für die Kommunalkasse, sondern die Teilhabe an der Gesellschaft bedeuten und uns daher tatsächlich auch etwas wert sind.

Wir haben auch nicht nur etwas für Großstädte im Angebot, sondern machen mit den kommunalen Dienstleistungszentren den konkretesten und vielleicht kreativsten Vorschlag in der deutschen Politik seit vielen Jahren zur Durchsetzung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in der Stadt und auf dem Land. Wir haben uns da ein Konzept aus Niedersachsen abgeguckt, das eine Verknüpfung schaffen soll zwischen dem sozialen Arbeitsmarkt, Menschen, die lange erwerbslos sind, in Arbeit zu bringen, die Unterstützung von Familien in der Rushhour des Lebens, von älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen durch Haushaltshilfen, Einkaufshilfen, Mobilitätshilfen. Wir vernetzen all das mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort in der Kommunalpolitik und bei den Verbänden, die wissen, was schon da ist und was noch fehlt, damit Menschen dort leben bleiben können, wo sie sich wohlfühlen und altwerden möchten.

Aber natürlich haben wir vor allem auch das Thema Wohnen im Blick, eine der sozialen Fragen unserer Zeit, nicht erst seit dem Urteil des Verfassungsgerichts zum Berliner Mietendeckel. Und wir grenzen uns hier zu allen politischen Konkurrentinnen und Konkurrenten ab. Ja klar, wir wollen Regulierung auf dem Wohnungsmarkt. Wir wollen den bundesweiten Mietenstopp für fünf Jahre. Wir wollen, dass der Betrachtungszeitraum von Mietspiegeln auf acht Jahre verlängert wird. Wir wollen, dass noch weniger von Modernisierungen auf unsere Mieten umgelegt werden kann. Aber wir wollen eben auch bauen, und zwar bezahlbar bauen. Zu 100.000 Wohnungen im Jahr, mindestens 100.000 davon bezahlbar jedes Jahr, und das über die nächsten zehn Jahre hinweg.

Das unterscheidet uns in beide Himmelsrichtungen: Der eine Teil des politischen Spektrums hat ein Problem mit den bezahlbaren Wohnungen. Die wollen gerne, dass ihre Kumpels aus der Immobilienwirtschaft weiter teuer bauen können, und werden dafür - ich sehe das hier in Berlin - mit hohen Wahlkampfspenden in Höhe von 800.000 € aus genau dieser Lobby finanziert. Und die anderen haben ein Problem mit dem Bauen, weil sie ihren Leuten nicht gerne erklären, dass beim Bauen vielleicht auch mal ein Bagger vorfahren muss. Oder sie fabulieren über Passivhäuser, reden darüber, ob wir dann noch Einfamilienhäuser brauchen, sind aber in Baden-Württemberg ganz vorne mit dabei, wenn es darum geht, Flächenverbrauch am Rand von unseren Gemeinden zu machen.

Nein, liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren, es braucht eine Partei, die bezahlbares Wohnen in den nächsten Jahren durchsetzt, die bereit ist, dafür tatsächlich auch zu bauen, und die die entscheidende Frage, nämlich die, die Hans-Jochen Vogel mal aufgeworfen hat, die nach dem Boden, der nicht vermehrbar und nicht verzichtbar ist, in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt. Dafür bitten wir um Ihre Unterstützung. Wir brauchen keine CDU/CSU in der Bundesregierung. Die steht dort auf der Bremse. Wir brauchen die größte Wohnungsbaugenossenschaft Deutschlands in der nächsten Bundesregierung. Die hat drei Buchstaben und heißt SPD.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Neue Bodenpolitik mit der SPD. Vielen Dank, lieber Kevin.

Ich will jetzt noch die Gelegenheit nutzen, bevor Atila das Wort hat, diejenigen aufzurufen, die jetzt noch auf der Rednerliste stehen, verbunden mit der Bitte, auch jetzt gleich in den digitalen Raum mit hineinzugehen. Dann können wir die Zeit wieder sinnvoll nutzen. Das wäre in dem Fall Natalie Pawlik, Serpil Sarikaya, Helge Lindh, Franziska Drohsel, Fabian Ferber, Yasmin Fahimi, Sven Teuber und Julie Rothe. Die bitte jetzt gleich schon in diesen digitalen Raum hineingehen und die Bitte, direkt dann auch das eigene Mikrofon stummschalten. Aber jetzt hat erst mal Atila das Wort.

*Atila Ülger, Sprecher Arbeitskreis muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKMS):*

Danke schön. - Liebe Genossen! Ich bin empört. Empört, weil ein neues Gesetz zur Regelung des Erscheinungsbildes von Beamtinnen still durch den Bundestag und jetzt am Freitag durch den Bundesrat gegangen ist. Der Bundesarbeitskreis muslimischer Sozialdemokraten befürchtet wie viele andere, dass dieses Gesetz den Weg bereitet für ein Kopftuchverbot im Beamtenverhältnis. Das Gesetz, das wegen eines Nazi-Tattoos eines Beamten auf den Weg gebracht werden musste, ermächtigt Dienstherrn jetzt auch, religiös oder weltanschaulich konnotierte Merkmale des Erscheinungsbildes einzuschränken oder zu untersagen, wenn sie objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die neutrale Amtsführung der Beamtin oder des Beamten zu beeinträchtigen.

Das Gesetz lässt also zu, dass Widersprüche zwischen dem Tragen eines Kopftuchs und dem Verhältnis zu unserem Grundgesetz konstruiert werden können. Das veranlassen wohlgemerkt in der Regel Dienstherrn und nicht Dienstdamen, und darunter leiden - wie so oft - Frauen, in diesem Fall gebildete, exzellent ausgebildete und emanzipierte muslimische Frauen. Das ist Wasser auf die Mühlen von Faschisten, die man gerade mit diesem Gesetz in die Schranken weisen wollte. Damit hat man ihnen einen Bärendienst erwiesen.

Grund für diese konstruierten Widersprüche ist Misstrauen. Die Basis für eine Gesellschaft des Respekts ist allerdings ein positives Menschenbild, ein positives Mindset. Ein Verbot religiös konnotierter Symbole im Berufsleben trifft Musliminnen überproportional stark. Alle Frauen, ganz gleich, ob sie ein Kopftuch tragen oder nicht, müssen einen Anspruch auf berufliche Selbstbestimmtheit haben. Das Kopftuch gehört zu Deutschland, weil auch Musliminnen zu Deutschland gehören. Daher lehnen wir Kopftuchverbote entschieden ab und fordern, dass endlich alle Frauen in der Mitte der Gesellschaft stehen dürfen. Dafür müssen wir Sozialdemokrat\*innen uns einsetzen. Lasst uns gemeinsam für mehr Geschlechtergerechtigkeit kämpfen. - Glück auf!

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Atila. - Als nächste Rednerin haben wir Natalie. Ich gucke mal, ob sie auch schon für ihren Wortbeitrag bereit steht. Das ist noch nicht der Fall, wie ich gerade höre. Sie ist gerade erst reingekommen.

Vielleicht mal, weil die Frage zwischenzeitlich aufgetaucht ist: Wie ist der weitere Ablauf des Parteitag? Wir sind jetzt im Kapitel 3. Im nächsten Block kommen die beiden verbleibenden Kapitel dann noch, Kapitel 4 und 5. Dann hoffen wir natürlich, bereit zu sein für die Schlussabstimmung unseres Zukunftsprogramms.

Und dann kommt, wie ich finde, der mindestens so wichtige Teil, nämlich die Frage: Wer tritt denn an der Spitze der Sozialdemokratie für dieses Zukunftsprogramm ein? Wir wollen natürlich auch das hören, was Olaf Scholz uns dazu zu sagen hat. Insofern: Wir haben die Rednerliste schon geschlossen. Wir haben jetzt noch verbleibend acht Rednerinnen und acht Redner, wenn das bei jedem technisch funktioniert, in diesem Zukunftskapitel. Es verbleiben dann noch mal beim Kapitel 4 und 5 weitere fünf Rednerinnen und fünf Redner. Dann kann man ja vielleicht noch mal hochrechnen, wenn es der ein oder andere schafft, auch ein bisschen unter der Drei-Minuten-Grenze zu bleiben, wann wir es dann schaffen, das Zukunftsprogramm verabschiedet zu haben.

Also, für diejenigen, die sich zu Hause ein bisschen einteilen wollen, ist das noch mal ein zeitlicher Hinweis. Dem können wir natürlich ein bisschen besser Rechnung tragen, wenn wir jetzt die nächste Rednerin aufrufen könnten. - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann will ich insofern die Gelegenheit nutzen, einmal anstatt der Begrüßung, die wir sonst immer üblicherweise bei Parteitag machen mit einer ganz langen Liste von Personen, von Ehrengästen, die uns besuchen, und bei der Gelegenheit, wenn wir sie begrüßen, auch immer ein Dankeschön zu sagen, es diesmal ohne namentliche Begrüßung gemacht, sondern ein Dankeschön zu sagen und gerade in einem Kapitel, wo es ja eben auch um Respekt, um Gemeinsamkeit und um Miteinander geht, darauf hinzuweisen, dass Respekt ja der Kitt unserer Gesellschaft ist und dass ein Miteinander und ein daran Arbeiten in den unterschiedlichsten Situationen, Verbänden, Organisationen das ist, was unsere Gesellschaft zusammenhält.

Insofern ein herzliches Dankeschön einmal stellvertretend an diejenigen, die wir sonst namentlich begrüßen. Das sind die Vertreterinnen und Vertreter natürlich aus dem Bereich der Gewerkschaften, die Betriebsräte, Vertrauensleute, Personalräte. Aber es sind auch sicherlich die Sozialverbände, die natürlich auch immer auf unserem Parteitag mit vertreten sind, genauso wie auch die Kirchen.

Ich kann ja auch nur sagen als jemand, der in Regierungsverantwortung steht: Selten war es so wichtig, auch kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu haben für eine Vielzahl von Lösungen. Und die haben wir gefunden bei den Gewerkschaften, bei den Verbänden, bei den Kammern, in den Kirchen, bei den Organisationen. Die haben uns geholfen, praktische Möglichkeiten zu erarbeiten, aber umgekehrt auch in die Organisationen zu kommunizieren.

Insofern sage ich mal: Ein ganz herzliches Dankeschön dafür! Das ist ein wesentlicher Baustein dafür, glaube ich, dass wir trotz vielleicht der einen oder andere Sache, die nicht ganz ideal gelaufen ist, gut durch diese Krise gekommen sind, weil viele mitgeholfen haben, nicht nur in der Politik, sondern gerade eben auch außerhalb. Das auch etwas, was sicherlich im Kapitel „Respekt“ eine Rolle zu spielen hätte.

Deshalb soll der übliche Applaus bei der Begrüßung an der Stelle zumindest mal in Worte gefasst sein und ein herzliches Dankeschön an all diejenigen sein, die uns sonst auch sehr, sehr treu auf unserem Bundesparteitag immer wieder auch begleiten.

Ich habe eben noch mal hinter den Kulissen gehört, um das auch zu sagen, dass das natürlich auch solche sind, die nicht in unserer Partei sind und trotzdem dabei sind, weil sie sich auch als Bindeglied verstehen. Aber eben auch viele, die es sind. Viele sind es schon ganz viele und lange Jahre, auch aus dem Gewerkschaftsbereich. Einer, der immer mit dabei ist auf unseren Parteitagen, ist Michael Vassiliadis, in diesem Monat 40 Jahre Mitglied. Viele andere sind es auch. Wir würden sie sonst auf unseren Mitgliederversammlungen, bei den Ortsvereinen, Stadtverbänden, Gemeindeverbänden oder aber auch in den Bezirken ehren. Im Moment findet das nicht so statt, wie wir uns das wünschen würden, aber ich glaube, wir werden es sehr gerne an vielen anderen Stellen nachholen, unsere verdienten Mitglieder zu Ehren.

Deshalb sei an der Stelle auch ergänzt: Nicht nur ein herzliches Dankeschön an diejenigen, die seit vielen Jahren in ihren Organisationen eintreten, sondern auch an unsere verdienten Mitglieder, auf die wir uns sehr freuen, wenn wir sie wieder auch in den Ortsvereinsversammlungen ehren dürfen.

Das Gute ist: Wir sind so weit und können damit auch weitermachen. Damit hat jetzt zumindest nach meiner Rednerliste Natalie das Wort. Ich bin jetzt einfach mal gespannt, ob sie erscheint. - Das tut sie. Liebe Natalie, es ist an Dir.

*Natalie Pawlik, Hessen-Süd:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Anke! Egal, wo Du herkommst - Du sollst die Chance auf ein besseres Leben haben. Das ist das Aufstiegsversprechen der Sozialdemokratie, und es freut mich, dass dieses Aufstiegsversprechen sich an so vielen Stellen in unserem Zukunftsprogramm wiederfindet. Wir wollen, dass der soziale Aufstieg für alle in diesem Land möglich ist, und legen dabei einen großen Fokus vor allem auf die jungen Menschen, die besonders hart von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind.

Jeder vierte aller armutsgefährdeten Menschen in Deutschland ist unter 24 Jahren alt. Die Armut im jungen Alter bedeutet schlechterer Zugang zu Bildung, fehlende Teilhabe, höhere seelische Belastungen und schließlich auch sinkende Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Es ist ein Kreislauf, dem sehr wenige Menschen entfliehen können. Kita-Schließungen und Homeschooling führen dazu, dass der Bildungserfolg noch stärker vom Elternhaus abhängt. Schulabgänger\*innen oder Universitätsabsolvent\*innen stehen derzeit einem erschwerten Berufseinstieg gegenüber. Es gibt Stellenabbau, Leerstellen werden gestrichen, Praktika ebenfalls, Fort- und Weiterbildungen unterbrochen, und zunehmend entsteht größere Armut unter den Studierenden wegen des Wegfalls vieler Nebenjobs.

Wir als SPD lassen junge Menschen mit ihren Sorgen und ihren Nöten nicht alleine. Mit der Umlagefinanzierung und der Ausbildungsplatzgarantie schaffen wir Ausbildungsplätze und Sicherheit für Berufseinsteiger\*innen. Zusammen mit der Kindergrundsicherung machen wir das BAföG noch unabhängiger vom Elternhaus und schaffen mehr Bildungschancen. Gleichzeitig stärken wir aber auch das BAföG für die vielen, die das so dringend brauchen, indem wir zum Beispiel die Altersgrenze anheben, und das ist auch gut so.

Die SPD ist die Stimme der jungen Menschen, der jungen Beschäftigten, der Azubis, der Schülerinnen und Schüler und der Studierenden. Wir wollen niemanden zurücklassen; denn unser Land ist zu reich für arme Kinder und Jugendliche.

Es gibt viel zu tun in den kommenden Monaten, und es geht um sehr, sehr viel. Lasst es uns gemeinsam anpacken bei der kommenden Bundestagswahl und darüber hinaus. - Grüße aus dem Wahlkreis 177, aus der schönen Wetterau in Hessen. Glück auf!

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Glück auf nach Hessen! Vielen Dank. - Ich will gleich als Nächstes Serpil aufrufen. Ich gucke mal, ob wir schon so weit sind. - Das ist diesmal Serpil Sarikaya, also nicht noch mal Serpil Midyatli, obwohl sie uns bestimmt auch noch etwas zu sagen hätte. - Super, Serpil hat jetzt das Wort.

*Serpil Sarikaya, Hessen-Süd:*

Herzlichen Dank, Anke. - Ich grüße Euch alle als stellvertretende Bundesvorsitzende von der AG Migration und Vielfalt. Geografisch grüße ich Euch auch aus Hessen-Süd, wie auch meine Genossin Natalie Pawlik.

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben ein Mammutprogramm geschickt bekommen. Vielen Dank, es war bestimmt nicht einfach das alles so weit zusammenzuschreiben.

Klar, mehr geht immer, besser geht immer, aber die AG Migration und Vielfalt ist auch froh, dass zum Beispiel - an anderen Stellen auch, klar - die Mehrstaatlichkeit wieder im Programm ist. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, die SPD weiß, dass eine Gesellschaft nur zusammenwächst, wenn bestimmte Teile der Gesellschaft nicht dazu genötigt werden, ihre ursprüngliche Identität zu leugnen. Das gehört einfach zum Leben dazu. Man hat eine Identität, die man mit sich führt. Eine Mehrstaatlichkeit im Programm festzuhalten für hier Geborene und darüber hinaus, finde ich eine gute Sache.

Was ich an dieser Stelle noch machen möchte: Ich möchte mal mein Lob an den Parteivorstand ausdrücken, und zwar dafür, dass unser Parteivorstand und im Besonderen der geschäftsführende Parteivorstand mit Olaf Scholz so Hand in Hand in geht. Die Teamarbeit, die sie leisten, und dass sie auch nach außen sichtbar sind, dass sie diskutieren, aber keinen Streit nach außen tragen, das finde ich bemerkenswert. Hier ein Lob an unseren Parteivorstand. Auf dass es so weitergeht und auf ein supergutes Wahljahr für uns! Lasst uns mit unserem Programm rausgehen, mit Respekt gegenüber den Wählerinnen und Wählern, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes. - Glück auf in diesem Sinne!

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Serpil. - Als Nächstes hat dann Helge Lindh das Wort. Ihm folgt Franziska Drohse. Dann bitte, falls noch nicht passiert, in den digitalen Raum eintreten Fabian Ferber, Yasmin Fahimi, Sven Täuber und Julie Roth. Aber jetzt hat erstmal Helge Lindh das Wort. Da ist er schon. Helge!

*Helge Lindh, beratender Delegierter:*

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Welt! Liebe Leute! Ich habe nicht so wirklich einen Plan für einen Wortbeitrag, aber ich lasse mal mein Herz sprechen, und das ist vielleicht auch nicht schlecht, weil Olaf nicht nur das größere Hirn hat, sondern auch mit dem größerem Herzen als seine Konkurrentinnen und Konkurrenten den Wahlkampf gewinnen wird. Es ist vor allem größer als dieses oft ziemlich halbherzige Doppelherz von Baerbock/Laschet.

„Aus Respekt“ heißt doch für uns, so etwas wie lebbare, nutzbare Freiheit zu spüren und Schutz vor Diskriminierung, Schutz vor Hass. Dieser Kampf, diese Schlacht um Anerkennung werden nicht entschieden im Feuilleton, sondern dieser Kampf wird gewonnen mitten im Leben auf der Straße. Und niemand sonst als die SPD hat immer schon und kann am aufrichtigsten und wahrhaftigsten diesen Kampf auf der Straße führen.

Der Hass aber, den wir gegenwärtig erleben - und er kommt gerade auch aus den Reihen von Maaßen und anderen in der Union -, er reicht bis in die Mitte der Gesellschaft. Er macht unsere Gesellschaft kaputt. Er macht aber auch Menschen kaputt. Und ich weiß, wovon ich rede, als eine Art von Versuchslabor für Hater dieser Republik. Und ganz vielen geht es wie mir. Man kann keine Nacht mehr schlafen, Partnerschaften gehen kaputt, Freundschaften sterben, und es sterben auch Menschen.

Umso erschütternder und erbärmlicher und würdeloser ist es, wie mit den Opferfamilien von Hanau durch die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen bis zum heutigen Tag umgegangen wird, Wir haben eben in einem Wortbeitrag auch gesehen, dass Menschen umtreibt bei der Frage der Anerkennung, was in Sachen Stigmatisierung passiert. Meine persönliche Ansicht ist und unsere politische Ansicht ist, dass jeder und jedem, egal welcher Herkunft, egal welchen Glaubens oder Nichtglaubens, egal, ob sie oder er dies in Kleidung ausdrückt oder nicht, jede Tür, jeder Weg, jede Tätigkeit, jeder Beruf offenstehen muss.

Daher ist es, glaube ich, umso wichtiger in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten, dass die Opfer und die Betroffenen von Diskriminierung und Hass spüren, dass sie sich nicht erklären und rechtfertigen müssen, dass wir ihnen zuhören, dass wir an ihrer Seite stehen und dass für uns allein zählt, was sie umtreibt, was sie im Kopf und was sie im Herzen tragen.

Und genau damit wird und kann Olaf den Unterschied machen; denn Baerbock - das erlaube ich mir zu sagen - berühren diese Fragen nicht wirklich. Ihr solltet Euch mal anhören, wie sich die Grünen aufregten, als ich ihnen am Donnerstag im Plenum vorwarf, dass einerseits Haltung und Halt geben, andererseits sich enthalten und Enthaltung irgendwie nicht zusammenpassen. Weder Laschet noch Baerbock sind in besonderem Maße durch außerordentliche Empathie aufgefallen, Laschet eher durch Wackeldackeln zwischen scheinheiligem Mitgefühl und gegenläufigen gesetzgeberischen Entscheidungen in NRW.

Olaf hat aber Herz. Er wird es auch zeigen und hat es als Bürgermeister gezeigt durch Gesetze, durch Maßnahmen und Staatsverträge. Und so werden wir mit diesem Herz diese Wahl gewinnen können.

Und nun hat mein Herz gesprochen. - Vielen Dank.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Vielen Dank, Helge für diesen Wortbeitrag, für den herzlichen Wortbeitrag. - Als Nächstes hat Franziska Drohsel das Wort. Franziska!

*Franziska Drohsel, Berlin:*

Ja. ... *(Tonprobleme)*

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Wir hören Dich leider nicht. - Das war der falsche Knopf. - Jetzt sehen wir Dich. Jetzt müssen wir den Knopf mit dem Mikro nehmen. - Rede einfach mal weiter, damit wir zumindest mitbekommen, ob wir Dich hören. - Nein, wir hören sie nicht. Gut, wir nehmen Dich noch mal raus und ziehen an der Stelle Yasmin Fahimi vor, die, wie ich weiß, hinreichend flexibel ist, jetzt sofort in die Debatte einzusteigen.

*Yasmin Fahimi, Hannover:*

Hallo! Ich hoffe, dass mein Mikro funktioniert.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Wir hören Dich.

*Yasmin Fahimi, Hannover:*

Sonnige Grüße aus Hannover nach Berlin! Lasst mich vorab sagen: Ihr macht das wirklich großartig in Berlin. Es macht sehr viel Spaß, auch wenn man hier lange am Bildschirm gebunden ist.

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Berufsfreiheit in Deutschland ist ein hohes Gut, das sich nicht zufällig im Grundgesetz in Artikel 12 wiederfindet: Die Freiheit, den Beruf frei zu wählen und die Ausbildungsstätte. Ich muss Euch an dieser Stelle nicht lange erklären, dass genau das aber im Moment bedroht ist, weil wir natürlich durch die Pandemie einen enormen Substanzverlust auf dem Ausbildungsmarkt beobachten müssen - minus 11 Prozent -, weil es nur noch unter 20 Prozent Betriebe gibt, die überhaupt ausbilden, und weil wir inzwischen 25 Prozent der Agenturbezirke haben, die ein extrem schlechtes Angebot-Nachfrage-Verhältnis von unter 90 Prozent haben.

Der Armuts- und Reichtumsbericht sagt uns außerdem, dass sich Armut verstetigt und dass einer der wesentlichen Gründe dafür eben die mangelnde soziale Mobilität auch mit Blick auf die Bildungswege ist.

Ich finde es super, dass wir in diesem Kapitel jetzt deutlich machen, dass wir die Garantie auf eine Berufsfreiheit insbesondere eben nicht nur mit dem allgemeinbildenden Bildungssystem, sondern eben auch mit dem Berufssystem verbinden. Die Mission einer Ausbildungsgarantie ist letzten Endes die Übersetzung dessen, was wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unter Freiheit verstehen, nämlich das Recht auf Selbstbestimmung, das Recht, seinen eigenen Weg zu gehen, und nicht nur ein verbrieftes Recht im Gesetz zu haben, sondern tatsächlich durch Rahmenbedingungen für Chancengerechtigkeit zu sorgen.

Das heißt dann eben auch, dass eine Ausbildungsgarantie nicht nur ein Versprechen ist. Es ist auch eine Verpflichtung der Arbeitgeber. Wir richten an die Arbeitgeber die Aufforderung und die klare Ansage, dass es ihre Pflicht ist, für die Fachkräfte von morgen zu sorgen.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, will ich diese Gelegenheit nutzen, um uns deutlich noch mal daran zu erinnern und uns alle gemeinsam darum zu bitten, dass wir nicht nur mit dem Programm, sondern im Wahlkampf diese Mission ganz, ganz stark machen, eine Mission, die heißt: Aus Respekt vor Eurer Zukunft geben wir Euch ein umfassendes Ausbildungs- und Weiterbildungsversprechen mit diesem Programm - für die junge Generation, für eine zukunftsfeste Erwerbsbiografie. Bitte stimmt nicht nur dem Antrag zu, sondern macht diesen Punkt klar als klare Botschaft an die junge Generation im Wahlkampf.  
-Herzlichen Dank und Glück auf!

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Glück auf, Yasmin! Herzlichen Dank. - Das mit dem Knopf hat funktioniert. Insofern können wir jetzt auch noch mal Franziska aufrufen und hoffen, dass es jetzt klappt. - Jawohl.

*Franziska Drohsel, Berlin:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Tut mir leid. - Über was ich reden wollte: Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Deshalb möchte ich mich hier für den Initiativantrag 005 aussprechen, der ja auch von der Antragskommission mehrfach schon erwähnt wurde.

In vielen Städten haben wir nicht mit einer Explosion der Mieten zu kämpfen, sondern auch mit einer Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten aus Innenstadtbezirken hinaus. Wir als Sozialdemokratie versuchen hier sehr viel: Milieuschutzgebiete, Vorkaufsrechte, und in Berlin haben wir auch als SPD die Idee eines Mietendeckels versucht. Das war originell, es war mutig und es hat international und auch bundesweit Beachtung gefunden. Viele Städte haben über ähnliche Maßnahmen nachgedacht.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung dem Land Berlin die Kompetenz dafür abgesprochen. Die Entscheidung ist in der Öffentlichkeit und auch unter Fachleuten stark kritisiert worden. Was aber auch klar bei dieser Entscheidung ist: Das Gericht hat nicht über die materiell-rechtlichen Regelungen entschieden, sondern lediglich über die Gesetzgebungskompetenz.

Die Enttäuschung der Mieterinnen und Mieter über diese Entscheidung war groß. Ich würde mal sagen: Unterschätzt die Stimmung in der Bevölkerung dazu nicht. Ende April gab es noch eine Umfrage, wo sich 61 Prozent der Bevölkerung für eine bundesweite Regelung, die regionale Mietendeckel möglich macht, ausgesprochen haben.

Deshalb möchte ich Euch bitten, heute ein klares Signal für die Mieter\*innen zu senden. Ich möchte, dass wir das Signal senden, dass wir auf der Seite der Menschen stehen, die sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können, die Angst haben vor Mieterhöhung, jene, die aus den Innenstädten verdrängt werden. Ich möchte, dass wir nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts das Signal senden, dass wir uns nicht entmutigen lassen, sondern dass wir jetzt erst recht weitermachen, dass wir Mittel und Wege finden werden die Mieten zu begrenzen; denn es ist falsch, dass Mieten in diesem Land explodieren können und Wohnungen zum Spekulationsobjekt verkommen. Ich möchte, dass wir das Signal senden, dass wir einer mutigen, innovativen Landesregierung den Rücken stärken - anderen innovativen Landesregierungen auch - und dass wir ihnen im Bundesrecht die Möglichkeit geben, begrenzende Regelungen auf dem Wohnungsmarkt zu schaffen. Deshalb möchte ich schon jetzt beantragen, dass über den Initiativantrag 005 gesondert abgestimmt wird, und ich möchte Euch alle bitten, diesen zu unterstützen. - Vielen Dank.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Herzlichen Dank, Franziska. Gut, dass wir Deinen Wortbeitrag noch hinbekommen haben. - Ich rufe als Nächstes Julie Rothe auf und würde bitten - wie bei dem vorangegangenen Kapitel -, dass für den Parteivorstand Kevin noch einmal in den digitalen Raum hereinkommt. Ich hoffe, dass wir es bis dahin auch noch geschafft haben, es Fabian Ferber zu ermöglichen, dass er seinen Wortbeitrag hier abgibt. Aber jetzt erst mal Julie.

*Julie Rothe, Berlin*

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind klare Antifaschist\*innen. Wir treten ein gegen Hass und Hetze, gegen Ausgrenzung, gegen jegliche Verfolgung und gegen Meinungsangrenzungen in unserer Gesellschaft. Für uns ist entscheidend, dass jeder friedlich hier leben kann, dass es nicht davon abhängt, wo Deine Eltern herkommen, welcher Religion Du angehörst oder welches Geschlecht Du hast, wie sich Dein Leben entwickelt und ob Du abends sicher alleine nach Hause laufen kannst.

Deshalb ist es so wichtig, und deshalb ist es auch so zentral, dass in unserem Wahlprogramm noch mal klar Position bezogen wird für Demokratiebildung, für kulturelle Sensibilisierung und für den Kampf gegen rassistische Strukturen und gegen rechtsextreme Einstellungen in unseren Sicherheitsbehörden. Wir müssen das als SPD klar vertreten, und es muss für uns auch mehr als nur Lippenbekenntnis sein.

Heute Vormittag hat sich Frank hier bereits vorgestellt. Er kandidiert im selben Wahlkreis wie Hans-Georg Maaßen. Das zeigt uns ganz deutlich: Es ist einfach auf dem Vormarsch in unserer Gesellschaft, dass sich das Rechte und die rechten Einstellungen wieder weiterverbreiten. Wir drücken Frank natürlich ganz fest die Daumen, aber wir als SPD müssen eben an jeder Front dafür klare Haltung einnehmen und dafür auch klare Signale setzen. Ich bin sehr froh, dass wir auch in unserem Wahlprogramm ein Bekenntnis zur Mehrstaatlichkeit geschaffen haben und dass wir noch mal klar zeigen, dass jeder, der neu in unsere Gesellschaft kommt, ein Recht darauf hat, gut aufgenommen zu werden, gute Bildung für seine oder ihre Kinder zu bekommen, dass wir zum Beispiel auch die Wege für die Einbürgerung verkürzen wollen und dass wir eben allen Menschen, die hier sind, zeigen wollen und auch deutlich machen wollen, dass sie zu uns gehören.

Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass sich spätestens seit dem rechten Terroranschlag in Hanau und seit dem Attentat in Halle immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft bedroht fühlen, Angst haben, hier zu leben, sich ausgegrenzt fühlen und sich auch nicht mehr sicher fühlen in der Gemeinschaft. Dafür müssen wir eintreten als Sozialdemokrat\*innen. Wir sind ganz klar das Bollwerk gegen Rechts. Das muss auch in diesem Wahlkampf von uns ausgehen, und es muss auch ein klares Signal von uns ausgehen. Ich bin sehr dankbar, dass wir so viele tolle Kandidat\*innen haben, die sich dafür starkmachen werden und die so vielfältig sind und dafür eintreten. - Ich danke Euch.

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Herzlichen Dank, liebe Julie. - Als nächster Redner steht auf der Liste Fabian Ferber. Dann wären wir mit Kevin Kühnert am Abschluss auch dieses wichtigen Kapitels.

Wir brauchen noch ein bisschen, um den Fabian mit hereinzuholen. Das gibt mir die Gelegenheit, auch noch mal ein herzliches Dankeschön an diejenigen zu sagen, die sich bis jetzt schon zu Wort gemeldet haben. Ich finde es total erstaunlich, wie viel Inhalt man in drei Minuten wirklich zum Ausdruck bringen kann. Dass wir es geschafft haben, obwohl es digital ist, doch eine lebhaftige Debatte zu machen und die gesamte Facette dessen, was das Zukunftsprogramm auch ausdrücken will, in den Wortbeiträgen auch sichtbar zu machen, dazu haben die Delegierten, dazu haben diejenigen, die ihren Wortbeitrag abgegeben haben und sich getraut haben, im Grunde genommen in der Regel aus ihren Wohnzimmern oder Arbeitszimmern zu uns zu sprechen, ihren Beitrag geleistet. Dafür will ich mich bedanken.

Ich sage auch, ich bin ein bisschen stolz darauf, dass unsere Partei das so toll hinkommt, diesen Parteitag bis zu diesem Zeitpunkt. Das alles hinzubekommen, das ist ein Verdienst der Delegierten. Aber wenn ich in diesen Saal hier blicke, dann ist es eben auch ein Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Lars als Generalsekretär wird es sicherlich nachher noch mal sagen, aber zumindest zur Halbzeit, finde ich, kann man das schon mal feststellen an dieser Stelle. Wir können auch ein bisschen stolz sein. Ich hoffe, dass wir jetzt Teil 2 genauso gut hinkommen, wie wir den ersten Teil hinkommen haben. Bislang haben wir es auch geschafft, Sie alle zu Wort kommen zu lassen, jetzt auch bei Fabian. Den rufe ich deshalb sehr gerne jetzt auf. - Fabian, Du müsstest Dein Mikro anschalten. - Nein, wir hören Dich leider nicht. Es tut mir leid, lieber Fabian. Wir haben alles probiert. Aber wir können gleich zügig weitermachen. Ich gebe das Wort noch einmal an den Parteivorstand und dem in diesem Feld zuständigen Kevin Kühnert. Lieber Kevin!

*Kevin Kühnert, stellvertretender Parteivorsitzender:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche an dieser Stelle jetzt für die Antragskommission zu dem Initiativantrag, auf den Franziska eben zu sprechen gekommen ist. Sie ist aus Berlin, ich bin aus Berlin. Wir haben alle entschieden für diesen Mietendeckel gekämpft. Insofern sind wir in der Sache gar nicht unterschiedlicher Meinung. Ich möchte Euch trotzdem bitten, dem Votum der Antragskommission zu folgen und diesen Antrag in den Parteivorstand zu überweisen, damit wir ihn dort weiter bearbeiten können.

Es ist einfach so, dass wir grundsätzlich kein Problem auch mit Öffnungsklauseln für, wie Franziska eben sagte, progressiv regierte Bundesländer haben, um denen mehr als das zu ermöglichen, was im Bundesrecht funktioniert. Das haben übrigens unsere Abgeordneten jetzt gerade vor zwei Tagen am Freitag gemacht beim Baulandmobilisierungsgesetz. Da gibt es eine Öffnungsklausel für SPD-regierte Bundesländer, beim Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen viel strenger vorzugehen, als es in den konservativ regierten Bundesländern der Fall sein wird.

Aber genau dieses Beispiel zeigt eben auch, wie schwierig es ist, wenn man mit Öffnungsklauseln arbeitet. Wir dürfen nämlich nicht vergessen, dass wir da dann noch nicht das Ziel erreicht haben, dass jedes Bundesland in Deutschland von der SPD regiert wird. Und so kann eine Öffnungsklausel immer auch schnell bedeuten, dass die schärferen Regeln für die von uns dominierten Bundesländer schwächere Regeln und Nachteile für Mieterinnen und Mieter in anderen Bundesländern bedeuten. Das möchten wir nicht, und deswegen wollen wir uns gerne noch mal vertieft Gedanken darüber machen und das auch konzeptionell vertieft bearbeiten. Wir bitten daher um diese Überweisung in den Parteivorstand.

Ich bin derjenige, der für das Thema zuständig ist. Ihr dürft davon ausgehen, dass das keine Beerdigung ersten Ranges ist, wie es sonst manchmal vielleicht in der Vergangenheit bei Überweisungen gewesen ist, sondern dass wir uns des Themas dann auch wirklich ernsthaft annehmen und dass es auch eine Rolle in diesem Wahlkampf spielen wird.

### **ABSTIMMUNG ANTRAGSBLOCK 3**

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Kevin.

Ich stelle jetzt einfach mal die Frage an Franziska Drohsel, die ja beantragt hat, dass wir separat über den Initiativantrag entscheiden, ob sie die Möglichkeit hat, uns jetzt im Autopiloten eine Rückmeldung zu geben, ob sie weiterhin daran festhalten will, diesen GO-Antrag auf separate Abstimmung an dieser Stelle zu stellen. Franziska, vielleicht kannst Du uns da eine Rückmeldung geben und die Regie mir die Rückmeldung geben. Dann könnten wir uns jetzt nämlich eine separate Abstimmung sparen. Wenn wir das nicht schnell hinbekommen, müssten wir jetzt einfach mal - - Okay, wir checken das gerade.

Ich bekomme das Signal aus der Regie, dass auch weiterhin eine separate Abstimmung zu diesem Initiativantrag 005 beantragt wird. Franziska Drohsel hat in der Sache dazu gesprochen. Kevin hat separat noch mal als Vertreter der Antragskommission das Votum der Antragskommission vorgestellt, das nämlich auf Überweisung in den Parteivorstand lautet. Ich gucke an der Stelle einfach mal zu Doris Ahnen rüber. Die Delegierten können es nicht sehen, aber ich verbalisiere es jetzt einfach mal: Doris Ahnen hat das als Sprecherin der Antragskommission so bestätigt, sodass wir jetzt, hier aufgerufen, die separate Abstimmung über den Initiativantrag 005 haben. Das betrifft den Mietendeckel.

Wir können jetzt auch gleich in die Abstimmung hineingehen. Ich wiederhole jetzt einfach nur noch mal, damit auch alle wissen, was Ja bedeutet, was Nein und was Enthaltung bedeutet. Es ist klar, „Ja“ heißt: Ja über das Votum der Antragskommission, nämlich Überweisung in den Parteivorstand. „Nein“ würde in dem Fall bedeuten: Ablehnung des Votums der Antragskommission. Das ist wie immer, digital wie analog. Wir stimmen immer lediglich über die Voten der Antragskommission ab. In dem Fall wäre das hier: Überweisung ja, nein oder Enthaltung? Wir öffnen jetzt, wenn ich von der Regie das Okay bekomme, den Abstimmungsvorgang. Die Zeit läuft. Bitte votiert!

*(Stimmabgabe)*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Die Abstimmung ist beendet. Auf meinem Display wird auch sicherlich gleich das Abstimmungsergebnis deutlich werden. - Das ist so. Das Votum der Antragskommission wurde bestätigt mit 344 der gültigen abgegebenen Stimmen von 505. Gegen das Votum der Antragskommission haben 157 Delegierte gestimmt. Vier Delegierte haben sich enthalten. Damit ist dem Votum der Antragskommission mit aufgerundet rund 69 Prozent gefolgt worden. Herzlichen Dank dafür.

Danke auch an die Technik, dass wir das so schnell einschieben konnten.

Das war im Grunde genommen der einzige separat noch abzustimmende Antrag. Wir können deshalb jetzt so, wie ganz zu Beginn der Beratung noch einmal vorgestellt, in die Gesamtabstimmung eintreten und damit alle Empfehlungen der Antragskommission zu den Kapiteln und Unterkapiteln jetzt inklusive der Änderungsanträge und der übrigen Initiativanträge aufrufen. Dazu müsstet ihr jetzt schlicht und ergreifend im Autopiloten drin bleiben. Wir würden unsererseits jetzt die Abstimmungsmöglichkeit noch mal eröffnen.

*(Stimmabgabe)*

Vielen Dank. Damit ist auch die Abstimmung zum Antragsblock 3 abgeschlossen. Sobald mir jetzt das Ergebnis eingeblendet wird, gebe ich es Euch mit auf dem Weg. - Es sind 496 abgegebene und gültige Stimmen. Davon haben in diesem Kapitel 480 Delegierte mit Ja gestimmt. Mit Nein haben zwölf Delegierte gestimmt. Vier Delegierte haben sich enthalten. Das ist eine sehr breite Mehrheit mit rund 98 Prozent Zustimmung. Ganz herzlichen Dank dafür, dass wir dieses Kapitel auch gut und zügig abarbeiten konnten.

Damit rufen wir jetzt auch schon die beiden letzten Kapitel auf, nämlich das Kapitel 4 - „Souveränes Europa in der Welt“ - und das Kapitel 5: „Zukunft, Respekt und ein solidarisches Europa - Leitgedanken für ein neues Jahrzehnt“.

Was wir darunter verstehen, das sagt uns in der Einführung Norbert.

## **EINFÜHRUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 4&5**

*Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender:*

Danke, Anke. - Vorfahrt für Gemeinwohl und Solidarität, dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Das gilt für die kommunale Ebene, das gilt für die nationale Ebene, aber eben auch für unsere europäischen Nachbarn und weltweit. Wir stehen für ein souveränes Europa, das die Krise mit einem gemeinsamen Kraftakt, wie wir das jetzt mit diesem Wiederaufbaufonds gezeigt haben, überwindet.

Wir sind uns bewusst, wie viele Arbeitsplätze bei uns daran hängen, dass unsere europäischen Partner Abnehmer und Zulieferer für unsere Industrie sind. Wenn wir digital und technologisch mit China und den USA Schritt halten wollen, dann geht das nur mit einem Europa, das seine Kraft wirklich als Gemeinschaft auf die Piste bringt.

So wichtig Europa als Wirtschaftsraum ist, so kurz gedacht wäre es, die EU darauf zu beschränken. Nach Jahrhunderten von Zwist und Krieg gehöre ich selbst zur ersten Generation von Endsechzigern, die in der Mitte dieses Kontinents nie einen Krieg am eigenen Leib erleben mussten. Ich will, dass das auch unsere Kinder und Enkel einmal sagen können, wenn sie in meinem Alter sind. Das gilt für Europa. Das gilt aber auch für anderswo. Das muss unser Ziel sein. Es ist auch unsere Tradition, dafür zu arbeiten.

Mehr als Sorge bereiten mir aber Populisten, die ihr Heil im nationalen Egoismus sehen. Deswegen bin ich noch mal so dankbar dafür, dass Frank Ullrich genau an einer ganz neuralgischen Stelle gegen Maaßen antritt und das für uns noch einmal so sympathisch und klar, aber auch in der Sprache deutlich macht. Das sind nämlich die Leute, die glauben, sie könnten sich die Rosinen rauspicken, auch in anderen Ländern, aber Rechtsstaatlichkeit nach ihrem Geschmack definieren, der Korruption Tür und Tor öffnen und Europa als Solidargemeinschaft den Rücken kehren. Das geht nicht. Diesen Kondensstreifen Trumpscher Politik müssen wir abschütteln. Ich bin sehr hoffnungsfroh, dass die Wiederannäherung an unseren Partner USA dafür eine gute Grundlage ist.

Wer, wenn nicht die europäische Sozialdemokratie kann Garant für Freiheit, Gleichheit und Solidarität und vor allen Dingen Frieden auf dem Kontinent sein? Darum stehen wir auch für eine Welt ohne Atomwaffen und für eine restriktive Rüstungsexportpolitik. Die Welt endet nicht an der Grenze Europas. Unser Friede hängt auch von der Bereitschaft zur Solidarität weltweit ab.

Unser Wohlstand darf auch weltweit nicht zu Lasten von Anstand gehen. Deswegen stehen wir ein für faire Lieferketten und für faire Handelsverträge und Wirtschaftsbeziehungen. Nur so vermeiden wir Elend, Flucht und Vertreibung.

Internationales Engagement für eine friedliche Welt darf auch den globalen Süden nicht ausblenden. 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit, das darf nicht einfach nur eine Richtgröße sein. Es muss uns Verpflichtung sein.

Globale Verteilungsgerechtigkeit, fairer Handel sind auch keine selbstlose Wohltat. Sie sind die Grundlage für eine Welt ohne Ausbeutung. Wir wissen, dass es immer nur eine Frage der Zeit ist, bis auch die Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung uns treffen. Sie bleiben nicht draußen vor unserer Tür. Friedenssicherung durch fairen Handel, durch Dialog, durch Entspannung, das ist in unserem eigenen Interesse. Es ist auch eine moralische Verpflichtung der reichen Industrieländer. Und vor allen Dingen: Es ist auch eine dauerhafte Aufgabe sozialdemokratischer Politik.

Ich finde, wir haben viel zu tun, und wir haben keine Zeit zu verlieren.

## **ANTRAGSBERATUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 4&5**

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Vielen herzlichen Dank, lieber Norbert. - Du kannst Dir vorstellen, dass ich mich auf diesen Bereich ganz besonders gefreut habe. Aber noch mehr freue ich mich dann danach auf die Rede unseres Kanzlerkandidaten. Deswegen wollen wir versuchen, jetzt konzentriert, dann aber auch schnell diesen Bereich aufzurufen. Dafür müssen wir ein paar Formalien machen.

Ich würde aber vorschlagen - denn wir haben fünf Wortmeldungen; das sind Heiko Maas, Katarina Barley, Udo Bullmann, Carmen Wegge und Manon Luther -, dass die sich jetzt schon mal in den Konferenzraum begeben. Dann können wir vielleicht die Zeit der Formalien nutzen, um schon mal alles vorzubereiten.

Das ist auch das Stichwort für mich, jetzt erst mal an Doris abzugeben für den Bericht der Mandatsprüfung. - Nicht der Mandatsprüfung, sondern der Antragskommission. Aber geprüft habt ihr auch, Doris, nicht?

*Doris Ahnen, Antragskommission:*

Nein, wir arbeiten da ja ganz arbeitsteilig. In der Antragskommission kümmern wir uns um die Inhalte, und zu diesen Inhalten gehört, dass die SPD die Europapartei Deutschlands ist. Wir sind die Partei, die für internationale Solidarität eintritt, für die das keine bloße Formel ist, sondern die wir leben und aktiv gestalten. Das hat Norbert eben noch mal deutlich gemacht.

Deswegen haben wir in diesem Zukunftsprogramm ein umfassendes und fortschrittliches Kapitel guter sozialdemokratischer Europa-, Außen- und Friedenspolitik formuliert und natürlich zuvor diskutiert. Ein Kapitel, das unterstreicht das Europa einer von unseren drei Schwerpunkten für diesen Wahlkampf ist.

Die SPD kämpft für gerechte Steuern im Land, und sie tut es auch international. Wie Ihr alle mitbekommen habt, hat Olaf vor wenigen Tagen eine beachtliche Initiative zur globalen Mindestbesteuerung auf den Weg gebracht. Deswegen möchten wir an dieser Stelle eine Aktualisierung vorschlagen. Die findet Ihr auch entsprechend im Antragsbuch.

Einen zweiten Punkt will ich gerne noch ansprechen. Die COVID-19-Pandemie ist zweifelsohne eine globale Herausforderung, die wir nur gemeinsam besiegen werden. Deswegen hat der SPD-Parteivorstand gestern den Beschluss gefasst: Wir stehen ein für internationale Gerechtigkeit, die Pandemie jetzt gemeinsam zu überwinden.

Wir danken auch den Jusos für die Mitinitiative. Der Beschluss liegt Euch als Initiativantrag I010 vor. Die Antragskommission empfiehlt hier Annahme. Dadurch würde sich der I013, Antragsteller Jusos, erledigen.

Da das wahrscheinlich mein letzter Bericht heute aus der Antragskommission war: Herzlichen Dank an das kompetente Tagungspräsidium.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Liebe Doris, vielen herzlichen Dank. Wir danken Dir vor allem und dem ganzen Team für die tolle Vorbereitung. Ich glaube, das kann ich auch im Namen unserer Delegierten sagen. Wir sind noch nicht ganz durch mit den Formalien. Deswegen versuche ich, es erneut schnell zu machen.

Wir kommen jetzt - das rufe ich auf - zu den Änderungsanträgen der Zukunftskapitels 4 und 5 mit den Unterkapiteln 4.0 bis 4.5 und 5.0.

Zu den Initiativanträgen hat Doris eben schon etwas gesagt. Ich glaube, dass muss ich jetzt nicht noch mal vortragen.

Der Initiativantrag 010 ist der Initiativantrag des Parteivorstands. Wir stehen ein für internationale Gerechtigkeit, jetzt die Pandemie gemeinsam zu überwinden. Es wurde schon erwähnt: Das ist gemeinsam mit dem Juso-Bundesvorstand erarbeitet worden.

Aufgerufen sind zudem die Anträge 4.0 Ä001 bis 4.5 Ä050 und 5.0 Ä001 bis Ä002. Hinzu kommen die Anträge A001 bis A013 und E001 bis E006. Die aufgerufenen Anträge sollen, wie im Antragsbuch empfohlen, beschlossen werden.

Es gibt auch erneut einen Hinweis: Der letzte Absatz des Kapitels 4.3 ist als erster Absatz des Kapitels 4.4 verschoben worden. Das war ein technischer Fehler. Das passiert; dafür haben wir alle Verständnis.

Die Antragskommission hat gestern eine Änderung in Kapitel 4.5 zur globalen Mindestbesteuerung eingebracht. Das wurde eben vorgetragen. Dies ist unter 4.5 Ä051 hinterlegt. Die Empfehlung der Antragskommission ist Annahme.

Damit sind wir hier mit den Formalien durch. Ich habe eben schon die fünf Redner, die sich gemeldet haben, genannt. Ich frage jetzt mal ganz unauffällig die Regie, ob Heiko bereit ist. - Es dauert noch eine kleine Sekunde. Aber wir haben ganz sicher die Situation gleich so organisiert wie bei den anderen Programmpunkten auch, dass wir dann den Redebeitrag einmal von Heiko Maas, danach von Manon Luther aus Braunschweig, von Udo Bullmann aus dem Parteivorstand und für uns natürlich vor allem in Brüssel engagiert unterwegs, genauso wie - darüber freue ich mich auch Katarina Barley, und Carmen Wegge. Das ist hier sozusagen - neudeutsch sagt man wahrscheinlich - das Line-up. Wir freuen uns natürlich, dass wir kurz vor der Rede von Olaf Scholz, auf die, glaube ich, nicht nur ich gespannt bin, noch mal diesen wichtigen Teil zur internationalen Politik hier miteinander aufrufen können.

Das ist auch das Stichwort. Heiko ist jetzt bereit, wurde mir signalisiert. Heiko, ich sehe Dich noch nicht, aber bestimmt gleich. - Da bist Du. Ich darf Dir jetzt das Wort erteilen. Das ist doch auch mal schön. Heiko!

## AUSSPRACHE ANTRAGSBLOCK KAPITEL 4&5

*Heiko Maas, Parteivorstand:*

Vielen Dank, Niels. Das ist auch schön. - Liebe Genossinnen und Genossen! Heute ist ja nicht nur Muttertag. Heute ist ja auch Europatag. Ehrlich gesagt, finde ich eigentlich, dass es keinen besseren Tag gibt, das Zukunftsprogramm der SPD zu diskutieren und zu beschließen als den Europatag; denn keine andere Partei stand in ihrer Geschichte und steht bis heute so für ein solidarisches und souveränes Europa, wie es bei der SPD der Fall ist. Das wollen wir deutlich machen mit dem, was wir im Zukunftsprogramm dafür beschließen.

Dabei ist es ganz außerordentlich wichtig, zu sehen, dass wir in einer Zeit leben, in der es vor allen Dingen die großen Herausforderungen sind, mit denen wir es zu tun haben. Die sind ganz unterschiedlich. Das ist der Klimawandel. Das sind die Digitalisierung, die Globalisierung, die Migration und gerade im Moment die Pandemie. Keine einzige dieser Herausforderungen ist doch nationalstaatlich zu lösen. Wir leben in einer Zeit, in der wir mehr internationale Zusammenarbeit brauchen und nicht weniger.

Und trotzdem gab es in der letzten Zeit mit Leuten wie Trump, aber auch anderen Populisten in den Regierungen dieser Welt ein immer Mehr an Populismus und autoritären Staaten, die zurückwollten in Nationalismus der Vergangenheit. Das muss man verhindern. Und das geht mit der Europäischen Union. Die ist nicht so schlecht wie sie immer gemacht wird. Ich erinnere nur mal daran, dass wir das historische EUAufbauprogramm beschlossen haben, im Übrigen auf Initiative von Deutschland und Frankreich, die einen Kompromissvorschlag gemacht haben, weil ansonsten wieder eine Spaltung zwischen Nord und Süd gedroht hätte. Das war auch Olafs Werk.

Das zeigt, dass wir gerade in schwierigen Zeiten in der Lage sind, innerhalb der Europäischen Union handlungsfähig zu sein. Und das müssen wir auch; denn wir wollen mit Blick auf die internationale Politik vor allen Dingen die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen. Dafür haben wir während unserer Ratspräsidentschaft ein Menschenrechtssanktionsregime geschaffen, das es vorher gar nicht gab. Wir haben das auch schon in Gebrauch genommen. Wir haben China wegen der Situation der Uiguren in Xinjiang, aber auch Russland wegen Alexei Nawalny sanktioniert, weil wir der Auffassung sind, es gibt Entwicklungen, den dürfen wir nicht tatenlos zusehen, sondern da müssen wir auch als Europäer konsequent sein. Das haben wir getan.

Das gilt auch mit Blick auf die neue amerikanische Administration in Washington. Mit den USA, zurück im Klimaabkommen, zurück im Menschenrechtsrat, zurück in den internationalen Organisationen, auch der WHO, haben wir einen wichtigen Player dazugewonnen, mit dem wir viel effektiver sind, wenn es darum geht, für die Menschenrechte weltweit einzutreten. Das müssen wir. Das ist auch die Erwartung an Deutschland. International weiß die Staatengemeinschaft, dass wir ein verlässlicher Partner sind, einer, der die Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren stellt und der einen klaren Wertekompass hat, der auch kein Gegensatz zum Dialog ist, für den wir immer eintreten.

All das steht in diesem Programm sehr schön zusammengefasst. Deshalb ist es eine gute Grundlage für unsere Außenpolitik in den kommenden Jahren.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Heiko, vielen herzlichen Dank für Deinen Beitrag. - Ich darf jetzt Manon Luther aus Braunschweig quasi zu mir auf die virtuelle Bühne bitten. Sie kommt jetzt auch. Sobald Du da bist - und das ist der Fall -, hast Du gleich das Wort. Wir freuen uns auf Deinen Beitrag.

*Manon Luther, Braunschweig:*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich möchte gerne zum Initiativantrag 010 des Parteivorstands zum Thema Impfgerechtigkeit sprechen; denn vielleicht geht es Euch so wie mir: Ich freue mich aktuell total, auf Facebook, auf Instagram ganz viele Bilder zu sehen von Menschen, die mittlerweile geimpft werden. Ich selbst bin noch nicht geimpft. Ich warte noch darauf. Aber der Tag zum Beispiel, an dem meine Eltern geimpft wurden, das war eine der größten für mich seit Langem, weil diese Impfung bedeutet, dass mehr Menschen - auch Menschen, die man liebt - geimpft werden und geschützt werden und dass wir endlich einen Weg aus dieser Pandemie finden und dass wir auf diesen Weg hoffen können.

Denn wenn wir auf diesen Weg setzen, dürfen wir einen Fehler nicht machen: Wir dürfen nicht den Fehler machen, zu glauben, dass wir die Pandemie damit beenden können, dass wir in Europa und in Deutschland durchimpfen und die Situation unter Kontrolle kriegen. Denn eine Pandemie heißt Pandemie, weil sie per Definition keine nationalen Grenzen kennt.

Was wir gerade in den Staaten des globalen Südens sehen, das ist nicht weniger als eine humanitäre Katastrophe: 400.000 Neuinfektionen täglich. Über 4.000 Menschen, die an einem einzigen Tag dem Virus zum Opfer fallen.

Nicht nur in Indien ist die aktuelle Lage dramatischer; denn auch diese Pandemie ist am Ende ein Verteilungskonflikt, wahrscheinlich ein besonders grausamer. Liebe Genoss\*innen, in Indien, in Brasilien und in weiteren Staaten sehen wir eine humanitäre Katastrophe, die es nicht geben muss. Die es nicht geben muss, wenn wir jetzt alles in Bewegung setzen, um Impfstoff zu produzieren, möglichst schnell, vor allem aber möglichst viel. Alles in Bewegung setzen. Das heißt, wir müssen alle Instrumente ausschöpfen, die das Regelwerk der WTO vorsieht.

Genau das fordert dieser Antrag. Dazu gehören Zwangslizenzen, aber auch die Möglichkeit, Impfstoffpatente freizugeben; denn die Abwägung, ob wir Menschenleben oder geistiges Eigentum schützen, darauf gibt es nur eine richtige Antwort, und der US-amerikanische Präsident Joe Biden ist mutig nach vorne gegangen. Die EU darf dahinter nicht zurückbleiben. In einer Pandemie darf es nicht darum gehen, wie wir bestmöglich Gewinne maximieren zu können, sondern es muss jetzt darum gehen, dass die Freigabe der Patente kein politisches Tabu sein kann; denn im Zweifel entscheidet sie über Leben und Tod von vielen Menschen.

Ich bin dem Parteivorstand wahnsinnig dankbar, dass er diese Initiative der Jusos aufgegriffen hat; denn es ist an der Zeit für eine echte Perspektive aus dieser Pandemie. Es ist Zeit, globale Verantwortung zu übernehmen und die Ungerechtigkeit, die es in der aktuellen Verteilung von Impfstoff gibt, zu überwinden. Denn wer glaubt, dass wir uns in Europa schützen können, solange sich in anderen Teilen der Welt das Virus weiterhin ungebremsst ausbreitet, der macht seine Wette gegen die Zeit, gegen jede wissenschaftliche Prognose und letztendlich auch gegen jede politische Vernunft.

Bitte stimmt diesem Antrag zu.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Manon, vielen herzlichen Dank. - Ich darf jetzt gleich weitergeben zu Udo Bullmann in Brüssel. Jedenfalls trägt er Brüssel im Herzen. Udo, ich weiß nicht, ob Du zu Hause bist oder in Deiner europäischen Heimat, aber wir hören jetzt gern Deinen Beitrag.

*Udo Bullmann, Verantwortlicher des Parteivorstandes für die EU:*

Danke, lieber Niels. - Danke auch, Manon. Sie hat natürlich vollständig recht, dass globale Impfpolitik eine Frage der Menschlichkeit ist, aber auch eine Frage der Gerechtigkeit, der internationalen Gerechtigkeit. Ich bin froh, dass wir erfolgreich arbeiten konnten an dem Vorschlag der Jusos. Ich danke ihnen dafür. Ich glaube, wir haben eine gute Beschlussgrundlage.

Europatag: Wir haben es schon gehört. Wir wollen dann doch noch zwei Gesichtspunkte in die Schärfe der Beobachtungen rücken, nämlich einmal unsere Europapolitik und dann unsere globale Politik.

Ja, das waren wir. Mit recht ist gesagt worden, wir haben im letzten Sommer die Weichen gestellt für den Weg, dass Europa erfolgreich und gemeinsam doch noch herausfinden kann aus dieser Corona-Krise. Das größte Investitionsprogramm, was Europa jemals gesehen hat, und das war die SPD. Das war die SPD, und das war Olaf Scholz. Ohne uns hätte es das nicht gegeben, weil wir wissen, wie man mit der Kraft der stärksten Volkswirtschaft dafür sorgt, dass es auch morgen gute Arbeit und sichere Einkommen gibt. Denn wir wissen nicht nur, wie man den sozialökologischen Umbau fordert, sondern auch, wie man ihn macht. Ja klar: Wir wollen uns an die Spitze stellen - das geht nur europäisch -, die Spitze einer nachhaltigen Welt stellen. Wer denn sonst, wenn nicht die Europäerinnen und Europäer? Wir müssen das leisten. Aber es sind auch wir, die dafür sorgen, dass diejenigen, die täglich dafür arbeiten, bei den notwendigen Umstellungen eben gerade nicht unter die Räder kommen, sondern von den Chancen dieser neuen, nachhaltigen Welt profitieren und dabei gewinnen können.

Die Chancen dieser neuen Welt, Genossinnen und Genossen, entscheiden sich allerdings nicht nur bei uns. Sie entscheiden sich in den Regenwäldern des Südens, und sie entscheiden sich auf den Fluchtrouten der Vertriebenen, der Hungernden und derjenigen, die ihr bisschen Glück mangels Alternativen im reichen Norden suchen.

Das ist der Grund, warum wir in unserem Programm mehr als jemals zuvor anknüpfen wollen an die visionäre Kraft einer Gro Harlem Brundtland und eines Willy Brandt. Wir brauchen einen neuen Pakt zwischen Nord und Süd. Wir brauchen eine neue Ernsthaftigkeit, den Wandel gemeinsam zu bewältigen. Das ist der Grund, warum unsere Handelspolitik neu geschrieben werden muss und unsere Entwicklungspolitik neu geschrieben werden muss. Wir wollen, dass auch über den Dörfern Afrikas und über den Stätten des Südens die Sonne aufgeht, auch in der Energieversorgung. Wir wollen die Hand dazu reichen, dass diese Völker, dass die Menschen des globalen Südens endlich, endlich, endlich auch von ihren Reichtümern und von ihren natürlichen Schätzen profitieren.

Das ist die Handschrift der SPD für das 21. Jahrhundert, für eine nachhaltige globale Politik, und es ist unser Vorschlag, die 20er-Jahre zu nutzen, um den Kurs nach vorne zu richten und mit aller Kraft voranzugehen. - Vielen Dank.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Udo, vielen herzlichen Dank für Deinen Beitrag. - Ihr kennt das ja inzwischen schon. Wir warten jetzt noch eben auf die letzten technischen Vorbereitungen für unsere letzten beiden Rednerinnen. Das sind Katarina Barley und Carmen Wegge.

Ich möchte vielleicht einfach noch mal anknüpfend, Udo, an das, was Du gerade gesagt hast, von meiner Seite hier Dir und Deinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament recht herzlich danken; denn in den letzten Monaten war diese Zusammenarbeit so wichtig wie selten zuvor.

Es ist ja schon angesprochen worden: Das, was Olaf Scholz mit seinen Finanzminister-Kolleginnen und -Kollegen auf den Weg bringen konnte, das trägt wirklich eine sozialdemokratische Handschrift. Aber auch in vielen anderen Bereichen - ich weiß, im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit -, aber auch - ich will jetzt Katarina nicht vorgreifen - gerade, wenn es um die Fragen von rechtstaatlichen Grundprinzipien in Europa geht, da war die Tagesordnung lang und nicht immer einfach. Die Arbeit ist auch noch nicht zu Ende. Aber ich glaube, das ist schon auch wichtig für diejenigen, die sich jetzt vielleicht auch noch mal eingeschaltet haben, dass wir uns wirklich ganz eng abstimmen mit denjenigen, die bei uns hier im Deutschen Bundestag arbeiten, mit unserem Außenminister, mit unserem Bundesfinanzminister und Euch dort in Brüssel. Ich glaube, das zeigt eben auch, dass Europa bei der SPD nicht nur irgendwo im Programm steht, sondern wenn es um die konkrete Politik geht, tatsächlich dann auch praktiziert wird. Das wollen wir heute zum Abschluss dieser Debatte hören.

Insofern gebe ich jetzt ohne weitere Verzögerung an Katarina Barley, die mich hoffentlich hört und die ich hoffentlich auch gleich sehen werde. - Katarina, schön, dass Du bei uns bist. Du hast gleich das Wort.

*Katarina Barley, Rheinland-Pfalz:*

Ganz herzlichen Dank, lieber Niels. - Liebe Genossinnen und Genossen! Heute ist ein besonderes Datum in vielerlei Hinsicht. Da lasse ich den Muttertag jetzt mal weg. Heute ist Europatag. Das ist schon mehrfach gesagt worden. Der 9. Mai ist ein besonderer Tag, gerade für uns als Europa-Partei. Ich glaube, wir sollten uns dieses Attribut immer mal wieder vor Augen führen. Wir sind die Europa-Partei. Lars hat es ganz am Eingang gesagt: 1925 haben wir schon ein gemeinsames Europa propagiert. Was wäre diesem Land, was wäre diesem Kontinent erspart geblieben, wenn man damals schon auf die Sozialdemokratie gehört hätte.

Aber heute ist auch der Startschuss für die Konferenz über die Zukunft Europas. Parallel dazu findet jetzt gerade findet die Eröffnung statt. Deswegen war ich auch ein bisschen spät im Raum. Sorry dafür! Das ist ein ganz wichtiger Prozess, weil es darum geht, Europa näher zu den Bürgerinnen und Bürgern zu bringen. Deswegen freue ich mich, dass wir so engagiert sind, aber ich lade Euch auch alle individuell ein und lade auch ein, dass Ihr wiederum anderen davon erzählt, dass jetzt die Möglichkeit besteht, sich aktiv in das einzubringen, was Europa sein will, sein soll.

Was ist Euch wichtig? Was ist uns wichtig. Das steht in unserem Programm. Ich bin total stolz darauf, dass wir nicht nur wieder ein Europa-Kapitel geschrieben haben. Letztes Mal haben wir das getan, ganz als Erstes. Das war toll. Das war sehr mutig. Das war auch modern. Aber jetzt, finde ich, haben wir das noch besser gemacht, denn wir haben es durch die Inhalte durchgewirkt. Wir wissen ja alle, dass Europa nichts Isoliertes ist, dass wir so viele Probleme nicht mehr national regeln können: Den Klimawandel nicht, die Digitalisierung können wir nicht national beherrschen oder regeln und natürlich auch die Pandemie nicht. Deswegen ist es so wichtig, dass wir Europa nicht isoliert denken, sondern immer mitdenken.

Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass ein nationalistischer Ansatz nichts bringt. Ihr erinnert Euch an den Anfang der Pandemie, als manche Länder auf ihre Masken und Beatmungsgeräten gesessen haben und nicht solidarisch waren. Wir brauchen idealerweise einen globalen Ansatz, aber mindestens einen europäischen, und wir müssen Europa dafür auch ertüchtigen; denn die Kritik an Europa fällt in vielen Fällen, was die Pandemie betrifft, auf die nationalen Gesundheitsminister zurück, die eigentlich dafür zuständig sind.

Praktisch zeitgleich hat auch noch der Sozialgipfel in Porto stattgefunden. Ein soziales Europa ist das, was wir wollen. Das kriegen wir mit der Union nicht. Angela Merkel war wieder nicht da, wie schon beim letzten Mal nicht. Hubertus Heil war da und hat für uns das soziale Europa vertreten. Nur mit der Sozialdemokratie werden wir ein soziales Europa schaffen.

Europa ist für mich eines der besten Argumente, Olaf Scholz zum Kanzler zu wählen; denn Europa ist in keinem guten Zustand. Die Rechtsstaatlichkeit ist stark bedroht. Wir brauchen jemanden, der sehr besonnen, mit viel Erfahrung, mit viel Führungskraft, mit Erfahrung auf dem diplomatischen Parkett dafür sorgen kann, dass die illiberalen Demokratien sich nicht noch weiter ausbreiten. Das ist unsere große Aufgabe, und ich vertraue vollständig auf Olaf Scholz.

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Katarina, vielen herzlichen Dank. Wir vertrauen auch vollständig auf Olaf Scholz und danken Dir und Euch noch mal für Eure Arbeit in Brüssel. - Ich darf jetzt in diesem Block die letzte Rednerin aufrufen, nämlich Carmen Wegge aus Bayern. Sie ist mit Sicherheit schon auf dem Weg aus Bayern zu mir. - Da bist Du. Du hast das Wort. Wir freuen uns auf Deinen Redebeitrag.

*(Tonprobleme)*

Wir hören Dich leider nicht.

*Carmen Wegge, Bayern:*

Jetzt hört Ihr mich hoffentlich. Hört Ihr mich? Nicht?

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Doch, wir hören Dich. Du bist dran, und wir freuen uns auf Deinen Redebeitrag.

*Carmen Wegge, Bayern:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Während der Pandemie ist ein Thema ... (*Tonunterbrechung*) und das ist Thema der Flucht. Letztes Jahr sind knapp 80.000 Menschen über das Mittelmeer nach Europa gekommen, eine der tödlichsten Fluchtrouten der Welt. Es ist nicht nur eine der tödlichsten Fluchtrouten der Welt, weil man mit einem Schlauchboot über das Mittelmeer muss, sondern weil an den Außengrenzen der EU illegale Push-Backs passieren, die von der EU toleriert werden, die völkerrechtswidrig sind, die menschenverachtend sind. Genau so muss man das auch adressieren, und das macht unser Wahlprogramm. Das finde ich sehr gut. Unser Wahlprogramm stellt sich auch explizit an die Seite der zivilen Seenotrettung. Das ist ebenfalls gut, aber es macht mich schon ein bisschen ärgerlich, dass wir das überhaupt machen müssen.

Daher freue ich mich, dass wir von diesem Weg abkommen, zu sagen, wir warten auf eine europäische Lösung, und dass wir ebenfalls in dieses Wahlprogramm hineinschreiben, dass wir Landesaufnahmeprogramme begrüßen und dass wir sichere Häfen endlich zu dem machen wollen, was sie sind: Sichere Häfen für die mehr als 20.000 Menschen, die in Lagern auf den ägäischen Inseln leben, wenn man da überhaupt von Leben reden kann.

Als überzeugte Europäerin und Internationalistin freue ich mich natürlich sehr, dass mindestens ein Drittel des Wahlprogramms sich ausschließlich mit Europa und Internationalem beschäftigt. Es stehen viele gute Dinge darin wie die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip, wie das Bekenntnis zur Investitionspolitik, wie ein echtes Initiativrecht für das Europaparlament. Aber trotzdem - und das lasst mich kritisch anmerken - fehlt mir zumindest eine Perspektive, die man ein bisschen mehr in den Vordergrund hätte stellen können, und das ist die Perspektive der Jugend. Denn gerade junge Menschen tragen die Idee von Europa in sich. Wir haben ein großes Problem: Das ist die Jugendarbeitslosigkeit. Die müssen wir stärker bekämpfen. Da hätte ich mir ein besseres Konzept im Wahlprogramm gewünscht und natürlich auch die Vernetzung von jungen Menschen, vielleicht durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms.

Nichtsdestotrotz: Viele gute Forderungen, die uns hinbringen zu dem Ziel der Vereinigten Staaten von Europa, das in unserem Grundsatzprogramm steht. Ich freue mich darauf, dass alles spätestens im Oktober mit Euch anzugehen.

Ich wünsche Euch allen einen tollen Wahlkampf. - Freundschaft und Glück auf!

## **ABSTIMMUNG ANTRAGSBLOCK KAPITEL 4&5**

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Carmen, vielen herzlichen Dank. - Ich will das auch noch mal an alle richten, die sich an der Debatte beteiligt haben: Ich glaube, wir haben gesehen, wir brauchen dringend besseres Internet in Bayern. Aber es ist rübergekommen. Insofern war es ein guter Abschluss für diese Diskussion.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über diesen Antragsblock, die Kapitel 4 und 5. Doris hat Euch alles vorgetragen. Das heißt, wir machen das nach guter Übung. Wir stimmen im Block über die Empfehlung der Antragskommission ab. Es liegen mir auch keine anderen Anträge vor. Dann können wir so verfahren. Ich glaube, es poppt jetzt auch auf Euren OpenSlides-Monitoren auf.

Ich eröffne damit die Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu den Kapiteln 4 und 5. Ich eröffne die Abstimmung jetzt.

*(Stimmabgabe)*

Liebe Genossinnen und Genossen, die Zeit ist jetzt um. Damit schließe ich die Abstimmung. Wir sind es ja schon gewohnt: Wir warten jetzt ein paar Sekunden, bis die Auszählung läuft. Die ist jetzt erfolgt: Wir haben 479 gültige Stimmen. Jastimmen haben wir 467, Neinstimmen haben wir zehn. Zwei Enthaltungen. Also, mit über 97 Prozent ist dieser Block ist jetzt auch von Euch unterstützt worden. Vielen herzlichen Dank auch noch mal an die Antragskommission.

Zur Schlussabstimmung darf ich jetzt an Anke Rehlinger übergeben.

## **SCHLUSSABSTIMMUNG ÜBER DAS ZUKUNFTSPROGRAMM**

*Anke Rehlinger, Tagungspräsidium:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist ein wichtiger Zeitpunkt für unseren Parteitag, der erste Höhepunkt. Der zweite Höhepunkt, nämlich die Rede von Olaf Scholz, kommt gleich. Wie wir dahin kommen, wird uns Lars Klingbeil, unser Generalsekretär, noch mal sagen. Aber erst mal geht es um die Abstimmung jetzt für unser Zukunftsprogramm. Es ist alles gesagt. Es ist alles vorbereitet. Die Einzelkapitel sind abgestimmt. Wir können gleich auch in die Abstimmung einsteigen. Die Technik ist vorbereitet. Ich gebe jetzt schlicht die Schlussabstimmung frei.

*(Stimmabgabe)*

Die Abstimmung ist abgeschlossen. Es dauert noch ein paar Sekunden, bis wir das Abstimmungsergebnis vorliegen haben. Ich kann es hier schon auf meinem Bildschirm sehen.

Es sind 494 abgegebene Stimmen. Mit Ja haben 489 gestimmt. Mit Nein haben drei gestimmt. Enthalten haben sich zwei. Das ist eine Zustimmung von 99,39 Prozent. Ein super klares Votum für unser Zukunftsprogramm: Digital, sozial, klimaneutral. Der Kompass ist da. Wir wissen, was die inhaltliche Ausrichtung unserer Partei ist.

Wie es mit den Personalien weitergeht, das sagt uns jetzt noch mal der Generalsekretär.

Ich darf mich bis dahin ganz herzlich für die Mitarbeit bei der Erarbeitung unseres Zukunftsprogramms bedanken. Ich darf vor allem die Delegierten noch mal bitten, jetzt zurückzukommen, wenn es gleich auch um die Rede Olaf geht.

Lieber Lars, Du hast das Wort. - Herzlichen Dank.

*Lars Klingbeil, Generalsekretär:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben ein Zukunftsprogramm. Vielen Dank an alle, die sich in den letzten Monaten beteiligt haben. Vielen Dank für die gute Diskussion, die wir heute geführt haben. Und ja, uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind Inhalte wichtig, und deswegen kann das auch schon mal ein paar Minuten länger dauern.

Aber gleich, nach fünf Minuten Pause, kommen wir zum Höhepunkt dieses Parteitages. Der Mann wird sprechen, der all das, was wir gerade besprochen haben, aus dem Kanzleramt umsetzen soll. Also, in fünf Minuten geht es hier weiter. Dann freuen wir uns auf die Rede von Olaf Scholz. Bis gleich!

*(Unterbrechung)*

Songs von Jam The DJ feat. Nathalie Dorra

*Lars Klingbeil, Generalsekretär:*

Herzlichen Dank, Nathalie. Vielen Dank für die schöne Musik.

Liebe Genossinnen und Genossen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind zurück aus der Pause. Gleich spricht Olaf Scholz.

Olaf Scholz ist international vernetzt. Er hat internationale Erfahrungen. Das unterscheidet ihn von anderen Kanzlerkandidaten, und wir freuen uns, dass wir ein Grußwort vom portugiesischen Premierminister António Costas haben, der ein enger Verbündeter der deutschen Sozialdemokratie, ein enger Freund von Olaf Scholz ist und der es sich nicht hat nehmen lassen, unserem Kanzlerkandidaten ein paar persönliche Worte mit auf den Weg zu geben.

## **GRÜßWORT VON ANTÓNIO COSTAS, PREMIERMINISTER VON PORTUGAL**

*António Costas, Premierminister von Portugal:*

Lieber Olaf, liebe Genossinnen und Genossen! Wir befinden uns in einer schwierigen Zeit. Die Pandemie hat Europa hart getroffen und vor uns stehen viele Herausforderungen. Das hat die EU-Mitgliedstaaten jedoch nicht davon abgehalten, die Pandemie gemeinsam zu bekämpfen und sich gegenseitig zu unterstützen. Im Gegenteil, die Pandemie hat gezeigt, dass Europa solidarisch zusammenhält, besonders in Krisenzeiten. Mit nationalen Lösungen lässt sich die Pandemie nicht bekämpfen. Wieder einmal war es die europäische Sozialdemokratie, die zur Solidarität in Europa aufrief. Die Bemühungen der SPD, der deutschen Regierung und das Engagement von Olaf Scholz, waren entscheidend für diese umfassende europäische Antwort auf die Krise. Wir müssen Ungleichheiten bekämpfen, Arbeitsplätze schützen, die Wirtschaft wieder ankurbeln und gleichzeitig den Klimawandel bekämpfen. Die europäische Säule sozialer Rechte und der EU-Aktionsplan sind die beste Antwort auf die Herausforderungen, vor denen Europa bei der Umsetzung der ökologischen und digitalen Transformation steht. Ich bin überzeugt, wenn wir die 20 Grundsätze der sozialen Säule umsetzen, kann Europa den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden. Sozialisten und Demokraten haben den Kampf für ein soziales Europa angeführt. Bei diesen Bemühungen dürfen wir nicht nachlassen. Die Lage in Europa ist nach wie vor schwierig, aber wir dürfen nicht aufgeben. Im Gegenteil. Wir müssen weiter eng zusammenarbeiten, um die Pandemie in Solidarität zu überwinden. Für den Kampf gegen die Pandemie und zur Lösung der dringenden Aufgaben unserer Zeit braucht Europa fortschrittliche Lösungen und eine starke Sozialdemokratie, die solidarisch und mit gegenseitigem Respekt handelt.

Am 19. April beging die Portugiesische Sozialistische Partei ihren 48. Jahrestag. Vor 48 Jahren legten 27 Personen in Bad Münstereifel den Grundstein für unsere Partei. Ohne die Solidarität von Willy Brandt und unseren deutschen Genossinnen und Genossen wäre dies nicht möglich gewesen. Wir haben eine gemeinsame Vergangenheit. Wir werden uns weiterhin für eine gemeinsame und fortschrittliche Zukunft engagieren. Ich wünsche Euch einen erfolgreichen Parteitag, alles Gute und viel Glück.

*Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender:*

Vielen Dank, António Costas. - António Costas, der Ministerpräsident von Portugal, der gegenwärtig die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union innehat, hat in seinem Land gezeigt, wie es geht, wenn es eine schwierige Situation gibt, wie man mit Wirtschaftsförderung, mit sozialer Verantwortung, mit Solidarität wieder auf die Beine kommt. Er ist ein guter Freund der europäischen Sozialdemokratie und der SPD.

Und jetzt sind wir dran. Wir müssen in Deutschland unseren Beitrag auch noch stärker für eine soziale Politik für Dich leisten, mit einem Kanzler der Sozialdemokratie, mit Olaf Scholz

*Saskia Esken, Parteivorsitzende:*

Olaf Scholz ist bereit. Er ist bereit, zu kämpfen. Er ist bereit, Verantwortung zu übernehmen, bereit, das Versprechen mit uns gemeinsam einzulösen, soziale Politik für Dich zu machen, aus Respekt vor Deiner Zukunft.

Vor zehn Monaten haben wir Olaf Scholz als unseren Kanzlerkandidaten nominiert, und wir haben uns gemeinsam daran gemacht, unseren Plan für die 20er-Jahre dieses Jahrhunderts aufzuschreiben. Heute stehen wir hier. Wir haben ein Programm, das die Sozialdemokraten gemeinsam erarbeitet haben und das von ganz, ganz großer Zustimmung getragen wird.

Und jetzt geben wir unserem Kanzlerkandidaten den Rückenwind, den Wind unter den Flügeln, den er braucht, um mit uns und für uns und für das Land in die Wahlauseinandersetzung zu gehen und diese Bundestagswahl zu gewinnen, mit klarem Kurs aufs Kanzleramt, damit Olaf Scholz und die Sozialdemokraten an der Spitze einer progressiven Regierung dieses Land führen können.

Olaf, wir freuen uns auf Deine Rede.

(Video-Einspieler Olaf Scholz)

## REDE DES KANZLERKANDIDATEN

*Olaf Scholz, Kanzlerkandidat:*

Liebe Genossinnen und Genossen, vor ein paar Tagen war ich in Cottbus bei der Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai – in einem Autokino. Wenigstens ein bisschen Normalität in dieser Pandemie!

Und dann habe ich das Carl-Thiem-Klinikum besucht. Viele Ärztinnen und Pfleger habe ich gesprochen; und ich war auch auf der Intensivstation. Hinter den Glasscheiben sah ich Corona-Erkrankte an Beatmungsgeräten – wieder einmal. Dieser Anblick geht mir bis heute nicht aus dem Kopf. An solche Normalität will ich mich nicht gewöhnen.

Längst ist klar: Corona ist ein historischer Einschnitt – für unser Land, für Europa, für die ganze Welt. Wenn wir später einmal über „früher“ reden werden, dann werden wir alle zwischen „vor Corona“ und „nach Corona“ unterscheiden.

Diese Pandemie hat uns kalt erwischt. Sie hat brutal in unser aller Leben eingegriffen. Fast 85.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger sind gestorben – 85.000, die noch unter uns sein könnten: Eltern und Großeltern, Brüder und Schwestern, Onkel und Tanten, Kinder und Enkel, Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen. Viele weitere sind an Covid-19 erkrankt. Sie kämpfen noch Wochen und Monate später mit den Folgen.

In dieser Pandemie haben die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland Großes geleistet. Und sie leisten immer noch Großes – Tag für Tag. Wir alle haben uns an Dinge gewöhnt, die wir uns vorher nie hätten vorstellen können: an die Masken und den Abstand, an die ständige Vorsicht. Aber inzwischen sehen wir das Licht am Ende des Tunnels: Das Impfen geht endlich voran.

Diese Pandemie hat das Beste in unserer Gesellschaft zum Vorschein gebracht: Solidarität und Hilfsbereitschaft, Gemeinsinn und Mitmenschlichkeit, Kreativität und Erfindungsreichtum. Zugleich aber haben wir auch Enttäuschung und Unmut erlebt, Verärgerung und Wut. Ich meine nicht den Unmut der ewigen Wutbürger und Querdenkerinnen. Die leisten nie einen Beitrag dazu, dass irgendwas besser wird. Ich meine die Enttäuschung der Vernünftigen und Anständigen, die Empörung der Tüchtigen in unserem Land. Ich meine die Enttäuschung darüber, dass Politik und Verwaltung in dieser Pandemie oft nicht gut genug funktioniert haben. Ich meine die Empörung darüber, dass sich manche Politiker in der Not der Pandemie auch noch die eigenen Taschen füllen. Da ist viel Vertrauen zerstört worden – Vertrauen in die Politik, aber auch in unsere demokratischen Institutionen insgesamt.

Die Pandemie hat auch schmerzhaft zutage gefördert, wo wir in Deutschland besser werden müssen, wenn wir die Zukunft gewinnen wollen. Wir sind eben nicht ganz vorn dabei in Sachen Digitalisierung. Unsere Schulen, unsere Schülerinnen und Schüler, auch unsere Verwaltungen haben noch immer längst nicht überall Zugang zum schnellen Internet. Unsere Gesundheitsämter haben ihre Daten viel zu lange noch per Fax übermittelt. Vieles ist zu bürokratisch verlaufen, zu langsam, zu undurchsichtig, zu widersprüchlich.

In Potsdam hat mir eine Frau neulich erzählt, wie sie mit ihrer Familie die Corona-Zeit erlebt hat. Ganz am Schluss sagte sie diesen einen Satz, der mich seitdem nicht mehr loslässt: „Diese ganzen Mühen, diese Entbehrungen in der Corona-Zeit – das muss doch alles für irgendwas gut gewesen sein!“ Sie hat Recht. Genau darum geht es: Aus den Erfahrungen müssen wir jetzt die richtigen Schlüsse ziehen – und zwar ganz grundsätzlich.

Jetzt geht es um die Zukunft unseres Landes. Jetzt geht es um die 20er Jahre. Jetzt geht es um Deutschlands Weg im 21. Jahrhundert.

Ich stelle mich zur Wahl. Und ich werbe darum, dass die Bürgerinnen und Bürger mir, dass sie uns ihr Vertrauen schenken. Ich möchte eine Regierung anführen, die unser Land nach vorne bringt. Eine Regierung, die sich etwas vornimmt, die Ideen umsetzt, statt zu zaudern, zu zögern, zu verwässern und zu verhindern.

Ich bin es leid, dass wir bloß dafür sorgen können, dass es nicht ganz so schlimm kommt. Ich bin es leid, dass wir immer wieder mit unserer Professionalität und Regierungserfahrung anderen das Handwerk erklären und die Kohlen aus dem Feuer holen müssen. Ja, wir haben mitregiert. Ja, das Land steht besser da, als wenn wir das nicht gemacht hätten. Wir lassen uns in die Verantwortung nehmen.

Aber soziale und demokratische Politik kann mehr. Wir wollen gestalten. Wir haben einen Plan. Wir wollen die Richtung vorgeben. Wir wollen das Land in die Zukunft führen. Und wir wissen, was es dafür braucht. Das kommt nicht von selbst. Dazu braucht es Lust auf politische Gestaltung und ein Bekenntnis zu einer Politik des Respekts und des Fortschritts. Dazu braucht es einen Sozialdemokraten im Kanzleramt.

Ich kann meine Erfahrung, meine Kraft und meine Ideen einbringen: meine Erfahrung als Regierungschef der Stadt Hamburg, als Minister, als Vizekanzler, als überzeugter Europäer. Das ist mein Angebot an die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Ich will einen Aufbruch – mit unseren klugen Ideen und Vorschlägen.

Wir haben sie mit vielen intensiv diskutiert. Und gerade eben haben wir unseren Plan für die Zukunft Deutschlands beschlossen. Er liegt jetzt auf dem Tisch; das ist gut. Gute Ideen sind das eine. Sie Wirklichkeit werden zu lassen, das andere. Dazu braucht es die Erfahrung und die Fähigkeit, Ideen durchzusetzen, einen Regierungsapparat zu steuern und aus Träumen Politik zu machen.

Was man auch noch braucht, ist natürlich eine Partei, die hinter einem steht. Die haben wir. Stellvertretend möchte ich Saskia, Norbert, Rolf und Lars danken. Und ich bedanke mich bei Euch allen. Ich will Euch, ich will den Bürgerinnen und Bürgern beschreiben, was ich vorhabe, und warum ich gemeinsam mit Euch in den nächsten 140 Tagen um das Vertrauen und die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger werbe.

Eines ist wohl allen klar geworden in diesen Monaten: Jede und jeder Einzelne in Deutschland zählt. Jede und jeder Einzelne in Deutschland muss zählen. Wer alte Eltern im Pflegeheim hat, weiß spätestens jetzt, wie vollkommen unersetzbar die Arbeit ist, die die Pflegerinnen und Pfleger dort leisten. Wer sich infiziert hat und ins Krankenhaus musste, hat erlebt, wie professionell und engagiert die Beschäftigten in unserem Gesundheitswesen arbeiten. Wer einkaufen geht im Supermarkt, wer mit der Bahn oder mit dem Bus unterwegs ist, wer sich Essen nach Hause bestellt, wer Pakete geliefert bekommt, wer seinen Laden offen hält, wer sein Kind in die Kita oder in die Schule bringt – wer auch nur irgendwas davon tut, der erlebt überall in Deutschland die Männer und Frauen, die trotz Corona immer raus müssen – Tag für Tag, seit mehr als einem Jahr. Sie alle verdienen Respekt!

Wir brauchen mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Keine Frage. Aber: Zusammenhalt kommt nicht von allein. Zusammenhalt hat Voraussetzungen. Zusammenhalt gibt es nur, wenn wir uns auf Augenhöhe begegnen. Zusammenhalt gibt es nur, wenn wir einander vertrauen. Zusammenhalt gibt es nur, wenn wir Respekt voreinander haben. Darum geht es: Zusammenhalt braucht Respekt! Respekt – das ist meine Idee für unsere Gesellschaft. Dafür kämpfe ich mit Leib und Seele, mit Herz und Verstand.

Bevor ich Politiker geworden bin, war ich Anwalt, Anwalt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dafür habe ich mich damals sehr bewusst entschieden. Denn ich wollte nicht vor allem Umstrukturierungen organisieren und Entlassungen juristisch möglich machen, sondern mich für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen. Ich wollte ihnen bei drohenden Entlassungen beistehen, Betriebsräten bei Verhandlungen mit Unternehmen helfen und die Gewerkschaften bei ihrem Einsatz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützen.

Für mich war immer klar: Ich stehe auf der Seite der ganz normalen Leute. Ich vertrete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich setze mich dafür ein, dass alle mit Respekt behandelt werden. Und das ist auch

mein Anspruch als Politiker. Ich will eine Gesellschaft des Respekts. Eine Gesellschaft des Respekts – das heißt: Jede und jeder hat Anspruch darauf, anerkannt zu werden. Eine Gesellschaft des Respekts, das heißt: Jede und jeder im Land ist Gleiche oder Gleicher unter Gleichen. Eine Gesellschaft des Respekts – das heißt: Niemand sieht verächtlich auf andere herab, weil er oder sie sich für stärker hält, für reicher oder gebildeter, für besonders aufgeklärt oder besonders problembewusst.

Eine Gesellschaft des Respekts – das ist mein Leitbild für Deutschland, und zwar nicht nur, weil gegenseitiger Respekt ganz einfach anständig und richtig ist und weil es ohne Respekt keinen Zusammenhalt gibt, sondern auch, weil wir überhaupt nur als Gesellschaft des Respekts fähig sind, die großen Aufgaben zu schultern, mit denen wir es in den nächsten Jahrzehnten zu tun bekommen. Denn wir werden jede Einzelne und jeden Einzelnen brauchen, wenn es gut bleiben und besser werden soll in Deutschland.

Zusammenhalt kommt nicht von allein. Eine Gesellschaft des Respekts kommt nicht von allein. Gebraucht wird dafür eine kraftvolle Politik des Respekts auf allen Ebenen: Natürlich gegen Rassismus! Natürlich gegen Sexismus! Natürlich gegen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen! Natürlich für Vielfalt, ohne Wenn und Aber! Natürlich für eine gerechte Besteuerung – eine Besteuerung, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt und die zugleich Millionäre und Milliardäre stärker für die Finanzierung von öffentlichen Aufgaben heranzieht. Natürlich gegen Steuerhinterziehung, gegen Steuervermeidung, gegen Steuerbetrug und Steueroasen. Aber vor allem dafür, dass alle hart arbeitenden Bürgerinnen und Bürger in unserem Land die Anerkennung und die Wertschätzung finden, die sie verdient haben.

Ich will ein Beispiel nennen. Ich lebe nun schon seit Jahren in Brandenburg. Ich weiß aus unzähligen Gesprächen, wie tief bei vielen Ostdeutschen das Gefühl sitzt, dass sie mit ihrer Lebensleistung, ihren Erfahrungen und ihrer eigenen Lebensweise zu wenig Anerkennung finden. Das ist kein guter Zustand für unser Land, wenn Ostdeutsche auch nach mehr als 30 Jahren Einheit den Eindruck haben, so richtig gehören sie eigentlich nicht dazu. Das gibt es verbreitet im Osten.

Aber nicht nur da. Das gibt es aber auch im Norden, im Westen und im Süden. Und es ist nirgendwo ein guter Zustand, wenn Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass sie hier bei uns im Land zu wenig Anerkennung und Respekt finden. Das werden wir ändern. Alle verdienen Respekt, woher sie auch kommen, wo sie auch leben, was sie auch tun.

So viele überall in Deutschland sorgen mit ihrer ordentlichen Arbeit jeden Tag dafür, dass unser Land funktioniert. Ihr Wissen und ihre Erfahrungen brauchen wir alle. Jede Arbeit hat ihre Würde, jede Arbeit verdient Respekt. Genau dafür steht der Mindestlohn. Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 12 Euro pro Stunde. Er ist überfällig.

Den Mindestlohn von 12 Euro werde ich in meinem ersten Jahr als Bundeskanzler durchsetzen. Das bedeutet eine Lohnerhöhung für rund zehn Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Leben dann ein bisschen einfacher wird, die sich dann wenigstens ein bisschen mehr leisten können und die vor allem nach 45 Jahren Arbeit – Tag für Tag – im Alter nicht zum Amt müssen, sondern von ihrer selbst erarbeiteten Rente etwas besser leben können. Darum will ich einen Mindestlohn von 12 Euro in der Stunde. Und darum wird er kommen.

„Würde der Arbeit“ heißt natürlich auch: Mehr Tariflöhne und bessere Bezahlung sowie gleicher Lohn für gleiche Arbeit – egal ob Frau oder Mann, Ost oder West. Auch insofern mal sehr konkret: In Zukunft dürfen aus der Pflegeversicherung nur noch Einrichtungen mit Tarifvertrag finanziert werden. Jedes Pflegeheim muss seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dann nach Tarifvertrag bezahlen. Genau so werden wir das gesetzlich regeln.

Liebe Genossinnen und Genossen, Gesellschaft des Respekts, das heißt auch: Wir machen unseren Sozialstaat zu einem der besten Sozialstaaten auf der Welt. Das können wir. Und das müssen wir – weil Deutschland eines der reichsten Länder auf der Welt ist. Wir werden ja alles dafür tun, dass das auch so bleibt.

Wir müssen in Deutschland füreinander eintreten. Da geht es um Perspektiven für die junge Generation. Das ist so wichtig, gerade nach dieser schweren Zeit. Deshalb haben wir jetzt ein Aufholprogramm für

Nachhilfe und Freizeit auf den Weg gebracht. Aber es geht um mehr. Es geht um bessere Bildung und Ausbildung durch Ganztagsunterricht und um eine Garantie, dass alle, die wollen, einen Ausbildungsplatz bekommen und ein besseres BAföG. Es geht um das Recht, auch in der Mitte des Arbeitslebens noch einen neuen Beruf erlernen zu können. Und es geht um die Anerkennung von Lebensleistung durch eine sichere Rente; mit einem verlässlichen und stabilen Rentenniveau.

Weil wir füreinander einstehen müssen, werden wir zum Beispiel auch die Kindergrundsicherung einführen. Heute stehen unzählige Hilfen nebeneinander. Kaum jemand blickt noch durch: Kindergeld, Kinderzuschlag, Grundsicherung für Kinder, Kinderfreibetrag und so weiter und so fort.

Und oft ist immer wieder ein neuer Antrag nötig. Damit soll Schluss sein. Wir bündeln diese Leistungen. Alle Kinder bekommen eine Kindergrundsicherung – das neue Kindergeld, gestaffelt nach Einkommen der Eltern. Kein Kind soll mehr in Armut aufwachsen. Und wir nehmen dafür nochmal sehr viel zusätzliches Geld in die Hand, weil uns die finanzielle Unterstützung von Familien, von Eltern mit Kindern, wichtig ist.

Respekt, das heißt auch: Überall in Deutschland, ob in der Stadt oder auf dem Land, gut leben zu können. Dazu gehört vor allem bezahlbarer Wohnraum. Das gibt es in vielen Städten kaum noch – weder zur Miete noch zum Kauf. Die wichtigste Antwort auf das Problem des Wohnungsmangels lautet: Bauen, und zwar richtig viel, privat und öffentlich.

Wir haben es einmal geschafft, in Westdeutschland 700.000 Wohnungen im Jahr zu bauen. Das war 1973. Letztes Jahr waren es in West und Ost zusammen gerade mal 267.000 Wohnungen. Ich will, dass wir wieder mindestens 400.000 neue Wohnungen pro Jahr schaffen, davon 100.000 im sozialen Wohnungsbau. Das sagt sich einfacher, als es gemacht ist. Bei fast jedem Bauvorhaben gibt es Bedenkenträger. Aber mit Bedenken baut man keine Wohnungen und mit Bedenken bekämpft man nicht die Wohnungsnot.

Es gibt den schönen Spruch: An den Taten sollt ihr sie messen. Denn vom Wohnungsbau reden sie alle. Aber die harten Fakten sprechen eine andere Sprache: 1.380 bzw. 3.001 - das ist jeweils die Zahl der geförderten Neubauwohnungen 2018 in Baden-Württemberg und in Hamburg. 2018 war das Jahr, in dem ich in Hamburg den Staffelnstab an Peter Tschentscher übergeben habe. Baden-Württemberg mit grün-schwarzer Regierung hat damals also gerade mal 1.380 Neubauförderungen geschafft, Hamburg hingegen mehr als doppelt so viele. Und im Verhältnis zur Bevölkerung sind das in Hamburg fast zehn Mal mehr. Es macht also einen Unterschied, wer regiert.

Darum sage ich: Wir brauchen einen neuen Aufbruch für das Bauen. So helfen wir denen, die eine Wohnung suchen. Aber nicht nur das: Wir schaffen auch Tausende gute neue Arbeitsplätze für Maurer und Zimmerleute, Malerinnen oder Klempner. Es geht um gute, ordentliche und anständig bezahlte Arbeit. Deshalb werde ich Kommunen, Wohnungsunternehmen und Bauindustrie in einem Bündnis „Bezahlbarer Wohnraum für alle“ zusammenbringen und konkret vereinbaren, wer was zum nötigen Wohnungsbau beiträgt.

Jeder weiß: Das mit dem Bauen geht in Deutschland nicht von heute auf morgen. Darum brauchen wir in den nächsten fünf Jahren eine Atempause für Mieterinnen und Mieter, bis wir die Lage so verbessert haben, dass die Familie, die Krankenschwester, der Polizist überhaupt wieder ein Angebot finden, das bezahlt werden kann. Darum werden wir einen gesetzlichen Mietestopp einführen. Wo Wohnungen knapp sind, da dürfen die Mieten nicht stärker steigen als die Inflation. Dann halten die Einkommen wieder mit den Mieten Schritt, und niemand muss Angst vor einer Mieterhöhung haben.

Das alles macht eine Gesellschaft des Respekts aus. Und darum sage ich: Eine Politik des Respekts – das ist kein Luxus, den wir uns mal eben leisten, sozusagen als Sahnehaube, weil wir alle anderen Probleme schon gelöst haben. Nein, im Gegenteil: Eine Politik des Respekts, die unsere Gesellschaft auf Augenhöhe zusammenbringt und zusammenhält, ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass unser Land die Zukunft bestehen kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, eines war immer die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs, wenn es gut lief. Das ist unsere Fähigkeit zum Fortschritt. Das ist unser Drang, Dinge gut hinzukriegen. Das ist unsere Leidenschaft, Sachen besser zu machen – besser als früher, mindestens so gut wie andere, made in Germany.

Wir hier in Deutschland geben uns nicht mit halben Sachen zufrieden. Wir hier in Deutschland wollen, dass die Sachen gut funktionieren – wirtschaftlich und technologisch, aber auch in unserer Gesellschaft, in unserem Miteinander. Wenn wir es mit neuen Herausforderungen zu tun bekommen, dann suchen wir nach neuen Lösungen. Dann machen wir einen Plan. Dann packen wir an. Dann probieren wir Neues aus, bis das Problem gelöst ist.

Deutschland ist ein starkes Land. Aber: Das bleibt eben nicht von alleine so. Auch daran muss man ständig weiterarbeiten. Ja, der Baumarktspruch stimmt: Es gibt immer was zu tun! Wir müssen uns wieder etwas vornehmen. Wir müssen in Gang kommen. Keine Partei in Deutschland weiß das so gut wie die SPD. Wir sind die Partei der Erneuerung. Wir sind die Partei des Fortschritts. Wir wollen, dass das Leben besser wird, und zwar für alle. Das ist unsere DNA.

„Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen“, mit diesem Motto hat die SPD ihren größten Wahlsieg in der Geschichte der Bundesrepublik erzielt. Der Satz stimmt immer noch. Er stimmt heute sogar erst recht. Vorsorge, Weitsicht, Vorausschau, langfristige Strategie, ein präziser Plan für die Zukunft – genau das ist schon zu lange zu kurz gekommen.

Da, wo es überhaupt voranging in den letzten Jahren, da ging es immer nur voran, weil wir – wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – es waren, die auf Fortschritt gedrängt haben.

Doch trotz allem, was wir erreichen konnten: In Deutschland herrscht ein Fortschrittsstau. Diesen Fortschrittsstau können wir uns schlicht nicht mehr leisten. Gesellschaftspolitisch, sozialpolitisch, technologiepolitisch, klimapolitisch – auf so vielen Gebieten ist jetzt ganz dringend ein Aufbruch nötig.

Jeder weiß es längst: Der Klimawandel ist bedrohliche Wirklichkeit. Chinas Aufstieg zur Supermacht schafft für uns hier in Deutschland und Europa neue wirtschaftliche Chancen – aber auch neue Risiken.

Die USA unter Joe Biden setzen auf beispiellose öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, in Digitalisierung und Forschung. Auch das ist eine Herausforderung für uns. Gerade jetzt müssten wir bei der Digitalisierung international ganz vorne dabei sein. Aber das ist nicht der Fall.

Und gerade jetzt müssten wir in Deutschland weltweit führend sein bei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Das sind wir aber nicht. Frauen werden in Deutschland schlechter bezahlt als anderswo und sie gelangen seltener in Führungspositionen. Kinderbetreuung und Familienarbeit ist noch zu oft fast alleinige Sache der Frauen.

Das alles kann uns keine Ruhe lassen. Davon hängen auch Wohlstand und Arbeitsplätze ab – unsere eigenen und die unserer Kinder und Enkelkinder.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt viel zu tun gegen den Fortschrittsstau. Aber versteht mich nicht falsch: Deutschland ist ein starkes Land. Wir müssen aber den Fortschrittsstau auflösen! Und wir werden ihn auflösen. Wir werden neuen Wohlstand und neue Sicherheit für das ganze Land schaffen.

Wir sehen gerade: Eine starke Gesellschaft für alle, ein zupackender und effektiver Staat, öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung, eine kraftvolle und zukunftsfähige Wirtschaft – das alles gehört alles zusammen. Damit das gelingt, muss man auch etwas vorhaben. Dafür braucht man einen Plan. Ich habe diesen präzisen Plan für den Weg in die Zukunft. Die SPD hat diesen präzisen Plan für den Weg in die Zukunft.

Andere, die sich in diesem Jahr zur Wahl stellen, haben keinen Plan. Das sind die, die immer noch immer nicht gemerkt haben, wie dramatisch sich die Welt geändert hat. Da gibt es keine Idee und kein Konzept, keine Strategie, keinen Willen zu Führung und Gestaltung. Da glaubt man, Zukunft, das ist das, was sowieso passieren wird. Da will man im Grunde einfach alles so weiterlaufen lassen wie immer. Da sind die ganz vorne dabei, die uns immer noch weismachen wollen, Wirtschaft findet vor allem in der Wirtschaft statt. Da sind aber auch viel zu viele dabei, die meinen, Wirtschaft findet vor allem in die eigene Tasche statt. Der CDU/CSU wird ja immer eine besondere Nähe zur Wirtschaft unterstellt. Jetzt wissen wir, was gemeint ist – Wirtschaftskompetenz ganz sicher nicht.

Früher hieß es bei den Konservativen ja immer: „Wir stehen für Maß und Mitte.“ Heute stehen sie für Maaßen und Maskenschmu. Aber was noch viel schlimmer ist: Sie denken die Gegenwart nicht von der Zukunft her. Sie blockieren den Weg ins 21. Jahrhundert. Sie sind verantwortlich für den Fortschrittsstau. Wir könnten viel weiter sein – bei der Digitalisierung, bei der Energiewende, bei moderner Mobilität, bei der Infrastruktur und damit wirtschaftlichen Basis der Zukunft. Das ist in etwa so, als hätte man im 19. Jahrhundert immer über die Eisenbahn geredet, aber nie Schienen gebaut.

Und darum sage ich es jetzt in vollem Ernst: Eine weitere von CDU/CSU geführte Regierung wäre ein Risiko für Wohlstand und Arbeitsplätze – ein Standortrisiko für unser Land.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt aber auch das andere Extrem. Es gibt bei manchen die Vorstellung, große Ziele allein würden genügen, um die Zukunft zu gewinnen. Was fehlt, ist der Wille zum praktischen Fortschritt. Ja, der Klimawandel ist die entscheidende Menschheitsfrage in diesem Jahrhundert. Ja, unser aller Leben, das Leben unserer Kinder und Enkel hängt davon ab, dass wir diese Herausforderung ernst nehmen. Aber gerade wenn wir es ernst meinen mit dem Schutz unserer Lebensgrundlagen, dann sind gute Absichten nicht genug. Dann brauchen wir vor allem sehr viel Fortschritt: technologischen Fortschritt, wissenschaftlichen Fortschritt, sozialen Fortschritt.

In Deutschland leben viele Millionen Bürgerinnen und Bürger von der Industrie und von den Dienstleistungen um die Industrie, von Handwerk und Gewerbe, von Technologie und Forschung und weltweitem Handel. Das sind die Fundamente unseres Wohlstands und unserer sozialen Sicherheit in Deutschland. Das sind unsere großen Stärken. Darum brauchen wir Zukunftsstrategien, die diese Grundlagen unseres Wohlstands und unserer Sicherheit als Sprungbrett zu neuer Stärke begreifen.

Darum brauchen wir Zukunftsstrategien, die gerade den vielen industriell Beschäftigten in unserem Land neue Perspektiven verschaffen: der Mechatronikerin bei VW, dem Anlagenbauer bei Linde, dem Bergmann in der Lausitz. Neue Perspektiven, neue Arbeitsplätze und neue Sicherheit. Darum brauchen wir handfeste Lösungen mit den Menschen und für alle Menschen, die Deutschlands wirtschaftliche Stärke ausmachen – nicht ohne sie und nicht gegen sie.

Liebe Genossinnen und Genossen, glaubt nicht denen, die euch erzählen wollen, dass nach Corona alles wieder „normal“ wird und „wie früher“. Sie haben unrecht. Aber glaubt auch nicht denen, die meinen, sie könnten auf der grünen Wiese eine ganz neue Welt erfinden. Auch sie haben unrecht. Die Wahrheit ist: Die 20er-Jahre werden ein Jahrzehnt mit großen Veränderungen für uns alle sein. Dafür sorgen schon allein der Klimawandel, die Globalisierung, die Digitalisierung und natürlich Corona.

Aber wir sind ein starkes Land. Wir werden auch im 21. Jahrhundert erfolgreich sein, wenn wir auf unseren Stärken aufbauen. Unsere größte Stärke ist das Miteinander – das Miteinander auch von investierendem Staat, innovativer Wirtschaft und kreativer Forschung. So haben wir in Deutschland immer wieder neue Ideen, neue Produkte und neue Verfahren entwickelt. So entsteht immer wieder neue gute Arbeit.

Darum trete ich an mit meinem ganz konkreten Zukunftsplan für unser Land und für Europa. Wenn ich Bundeskanzler bin, dann sollen mich die Bürgerinnen und Bürgern an einer Zielgröße messen: Wird unser Land im Jahrzehnt bis 2030 ein besseres Land geworden sein? Ein besseres Land – das können und das werden wir schaffen, wenn wir unsere Kräfte bündeln. Das meine ich, wenn ich von den großen „Zukunftsmissionen“ spreche, die wir uns vornehmen müssen, die den ganz konkreten Lebensalltag verbessern und für gute Arbeitsplätze sorgen.

Vier große Zukunftsmissionen liegen vor uns, die wir nur hinbekommen, wenn wir über Ministerien und staatliche Ebenen hinweg an einem Strang ziehen.

Zukunftsmission Nummer eins: Mobilität.

Unter den Bedingungen von Klimawandel und Energiewende müssen wir Mobilität anders organisieren als bisher, also wie wir uns von A nach B bewegen. Darum werden wir moderne Mobilitätskonzepte durchsetzen. Wir werden überall in Deutschland Schiene und öffentlichen Nahverkehr ausbauen und die Automobilindustrie des 21. Jahrhunderts aufbauen.

Die zweite große Zukunftsmission ist die Klimamission. Hier gilt es: Schluss mit Zaudern und Klein-Klein zu machen. Wir haben schon zu viel Zeit verloren.

In den letzten Tagen haben viele aus unseren Reihen nachdrücklich dafür plädiert, das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Das begrüße ich ausdrücklich. Deshalb steht es so in unserem Programm.

Wir werden in der Bundesregierung nächste Woche beschließen, das Klimaschutzgesetz zu ändern. Wir wollen schneller werden, wir wollen Klimaneutralität bis spätestens 2045 erreichen.

Solche Ziele zu beschließen, ist das eine. Sie auch zu erreichen, ist das andere. Nicht allen, die gute Absichten haben, ist dieser Unterschied hinreichend klar. Wer zum Beispiel mehr Elektroautos will, braucht auch mehr erneuerbaren Strom. Auch wer eine Wasserstoff-Infrastruktur und klimaneutralen Stahl will, braucht mehr erneuerbaren Strom. Wer diesen sauberen Strom will, braucht Standorte für Windanlagen und moderne Netze. Oder Solaranlagen auf möglichst allen Dächern. Wer mehr Netze und Wind- und Solaranlagen will, muss sich kümmern, um sie durchzusetzen.

Manche verstehen den Zusammenhang nicht. Oder sie denken nicht von der Zukunft her und lügen über den Bedarf an erneuerbaren Strom. Es geht aber hier und heute um unsere Zukunft im Jahr 2030 oder 2045. Nur um die Dimension klarzumachen: Um unsere Ziele zu erreichen, müssen wir unseren Strom spätestens bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien gewinnen. Und dieser Strom muss auch billiger werden. Deshalb wollen wir die Bürgerinnen und Bürger in der nächsten Legislaturperiode von den Kosten der EEG-Umlage entlasten. Eine Durchschnittsfamilie spart damit 300 Euro im Jahr.

Vor allem brauchen wir aber alle sehr viel mehr Strom, allein bis 2030 ungefähr zusätzliche 10 Terrawattstunden Strom pro Jahr. Das entspricht dem jährlichen Stromverbrauch einer Millionenstadt wie Hamburg.

Wenn man den Strom will, dann muss man auch die dafür nötigen Windkraftanlagen wollen. Und dann muss man sie auch durchsetzen. Von den Grünen hören wir: Wir brauchen einen viel höheren CO<sub>2</sub>-Preis. Auch Herr Laschet hat das gerade gefordert, weil das ein marktwirtschaftliches Instrument sei. Nun, wir haben ja gerade zum Jahresanfang die CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Deutschland eingeführt. Und deshalb: Ja, es ist ein Instrument, aber es ist nicht *das* Instrument.

Wir müssen immer genau hinsehen: Ein hoher CO<sub>2</sub>-Preis heißt, dass zum Beispiel Heizöl teurer wird. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zahlt Miete und Nebenkosten. Es ist die Partei von Herrn Laschet, die gerade verhindert, dass Heizkosten, die wegen eines höheren CO<sub>2</sub>-Preises steigen, vom Vermieter oder der Vermieterin übernommen werden. Die CDU will, dass Vermieter mit dem steigenden Preis für die Energie nichts zu tun haben. Dann gibt es für diese auch keinen Anreiz, eine umweltfreundliche Heizanlage einzubauen. Der steigende Energiepreis hat hier also gar keinen Lenkungseffekt. War da mal nicht eben was mit marktwirtschaftlichen Instrumenten? Das ist keine Marktwirtschaft – das ist Interessenpolitik. Die Mieterinnen und Mieter können dann entweder mehr zahlen – oder weniger heizen und frieren. Das ist dann „soziale Kälte“ im wahrsten Sinn des Wortes.

Die dritte große Zukunftsmission heißt Digitalisierung. Das bedeutet: Breitband auf Weltklasseniveau für alle, und zwar überall in Deutschland. Das bedeutet: Keine Funklöcher mehr, für niemanden. Das bedeutet auch: Ein Bildungssystem, bei dem Digitalisierung funktioniert. Und es bedeutet auch, dass wir eine eigene europäische Digitalwirtschaft aufbauen, weil es nicht sein darf, dass die Technologien und Geschäftsmodelle der Zukunft nur aus China und den USA kommen.

Die vierte große Zukunftsmission ist die Mission Gesundheit. Wir hoffen alle, dass wir eine Pandemie wie die Corona-Krise nie wieder erleben. Aber hoffen allein genügt nicht. Darum müssen wir unser Gesundheitssystem jetzt so organisieren, dass uns eine Lage wie diese nie wieder überrollen wird. Dabei muss Gesundheitspolitik endlich die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellen. Wir brauchen ein solidarisches Gesundheitssystem, eine echte Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und von der alle profitieren. Wir brauchen mehr Forschung und mehr Entwicklung für mehr moderne Medizin. Und Kapazitäten für die Medizinproduktion. Wir brauchen eine viel bessere ambulante Versorgung. Und wir brauchen eine moderne Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn es um die Frage geht, wie wir das hinbekommen mit der guten Zukunft, machen die einen den Vorschlag: Wir gründen ein neues Ministerium – na doll! Andere fordern neue Fördertöpfe – na ja.

Aus meiner Erfahrung als Regierungschef weiß ich: Man braucht gute Musikerinnen und Musiker im Orchester der Regierung. Ein guter Finanzminister oder eine gute Finanzministerin zum Beispiel schadet nie. Aber es kommt auf den Dirigenten an. Darum werde ich als Bundeskanzler die vier großen Zukunftsmissionen – Mobilität, Klima, Digitales und Gesundheit – zu meinen persönlichen Anliegen machen. Das ist meine Zusage an die Wählerinnen und Wähler.

Liebe Genossinnen und Genossen, unter meiner Führung wird sich Deutschland mit seiner ganzen Kraft in Europa und in der Welt dafür einsetzen, dass die Globalisierung fairer wird. Amerika hat den Demokraten Joe Biden ins Weiße Haus gewählt. Kluge Beobachterinnen und Beobachter sagen: Biden ist eigentlich Sozial-Demokrat. Und da haben sie recht. „Es ist Zeit, die Wirtschaft von unten nach oben zum Wachsen zu bringen und aus der Mitte heraus“, das hat Joe Biden vor ein paar Tagen erst angekündigt. Viel sozialdemokratischer geht es doch gar nicht!

Darum besteht jetzt die historische Chance, an einem Strang zu ziehen für eine gerechtere Welt. Und diese Chance will ich nutzen. Mit den USA und allen anderen, die mitmachen, für mehr Klimaschutz. Gemeinsam für eine gerechtere Besteuerung der großen Digitalkonzerne. Gemeinsam für eine faire Globalisierung. Gemeinsam für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Ich will ein Beispiel nennen, an dem ich in den letzten drei Jahren gearbeitet habe. Es geht um die faire Besteuerung von großen internationalen Unternehmen, damit sie ihre Gewinne nicht in Steueroasen parken können und der weltweite Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze ein Ende hat.

Mit Joe Biden, mit der neuen US-Regierung, gibt es jetzt die Chance, dass das tatsächlich gelingt. Dann bekommen wir endlich eine internationale Mindestbesteuerung von Unternehmen und einen fairen Beitrag der Digitalkonzerne zur Finanzierung unseres Gemeinwesens hin. Meine US-amerikanische Kollegin Janet Yellen hat das nun präzisiert und berichtet, dass sie sich einen Mindeststeuersatz von 21 Prozent für diese Unternehmen vorstellt. Ich finde, das ist eine gute Sache.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht nur gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern. Niemand darf mehr seinen eigenen kurzfristigen Vorteil auf Kosten der anderen suchen. Darum ist Europa für mich das wichtigste nationale Anliegen Deutschlands: Weil es in Zukunft nur zusammen geht.

Ja, Europa ist kompliziert. Viel passiert hinter Kulissen. In langen Verhandlungen werden mühsam dicke Bretter gebohrt. Und wer versteht schon Begriffe wie „Aufbau- und Resilienzplan“? Aber was wir hinter diesen Kulissen erreicht haben, ist ein historischer Richtungswechsel. Wir haben diesmal nicht die Antwort gegeben, die Deutschland und Europa nach der Banken- und Finanzkrise 2008/2009 gegeben haben. Wir haben nicht auf harte Einschnitte und Sparen um jeden Preis, auf Austerität gesetzt. Wir sind den anderen Staaten nicht mit dem erhobenen Zeigefinger begegnet, sondern wir haben gemeinsam gehandelt – alle 27 Mitglieder zusammen. Das waren lange Nächte. Viele mühselige Verhandlungen.

Aber der Einsatz hat sich gelohnt. Wir haben es geschafft, dass wir in dieser für alle schwierigen Situation gemeinsam als Europäische Union Geld aufnehmen, um mit diesen Anleihen wichtige Zukunftsinvestitionen zu finanzieren. Nur so können wir die Folgen der Krise in ganz Europa abmildern. Das ist auch im ureigenen Interesse Deutschlands. Als Exportnation hängt unser Wohlstand davon ab, dass es in den anderen europäischen Mitgliedstaaten gut läuft.

Nun muss der nächste Schritt sein, dass die EU auch eigene Einnahmen erzielen kann. Und wir werden dafür sorgen, dass Europa souverän und stark sein kann. Das ist wichtig in der kommenden Welt mit einer Bevölkerung von bald 10 Milliarden – einer Welt, die wahrscheinlich nicht friedlicher wird.

Wir wollen, dass in der Welt Sicherheit gemeinsam geschaffen wird, dass nicht das Recht der Macht die Welt bestimmt. Deshalb setzen wir auf Zusammenarbeit und auf eine stabile und starke Europäische Union. Dafür setze ich mich seit Langem ein. Dafür werde ich mich weiter einsetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen! „Auf den Kanzler kommt es an“ – das ist ein berühmter Satz in Deutschland. Das gilt jetzt wieder. Das gilt jetzt mehr denn je. Deutschland wird am 26. September dieses Jahres einen neuen Bundeskanzler wählen. Das ist eine wichtige und folgenreiche Entscheidung, die die Bürgerinnen und Bürger zu treffen haben. Ich bewerbe mich für das Amt des Bundeskanzlers, weil ich überzeugt bin: Ich kann das. Mit meiner ganzen Erfahrung als Erster Bürgermeister von Hamburg, mit meiner ganzen Erfahrung als Bundesminister und als Stellvertreter der bisherigen Bundeskanzlerin. Und in der tiefen Überzeugung, dass wir eine Gesellschaft des Respekts sein müssen, in der jede und jeder geachtet wird, dass wir eine Gesellschaft sind, in der wir nur gemeinsam vorankommen – gemeinsam, miteinander und auf Augenhöhe.

Ich trete an, weil ich überzeugt bin, dass Deutschland jetzt eine breite Allianz für neuen Fortschritt braucht. Und eine Zukunftsregierung. Dieser Allianz dürfen nicht bloß die angehören, die sowieso schon von Veränderung und Erneuerung überzeugt sind. Bei dieser breiten Fortschrittsallianz da müssen gerade auch die an Bord sein, die es schwer haben, die sich vor allem mehr Sicherheit wünschen, mehr Unterstützung, mehr Respekt und mehr Anerkennung.

Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, Handwerker und Ladenbesitzerinnen, Betriebsrätinnen und Gewerkschafter, Alleinerziehende und Rentnerinnen, Selbstständige und Künstlerinnen, Freiwillige Feuerwehrleute und Netzaktivistinnen, Kleingärtner und Kleinkünstlerinnen, Bürgerinnen und Bürger auf dem Land, in den kleinen Städten, überall in Deutschland – um sie alle geht es. Um sie muss es gehen in der Politik. Ohne sie alle geht es nicht, wenn wir wollen, dass der Fortschritt wieder eine gute Richtung bekommt.

An sie wende ich mich. Nur wenn sie alle erleben: Dieser Fortschritt nach Corona ist auch ein Fortschritt für mich, da bewegt sich etwas zum Besseren für Leute wie mich – nur dann wird es die Mehrheit für den Aufbruch geben. Nur dann wird dieser Aufbruch gelingen.

Liebe Genossinnen und Genossen, darum bin ich davon überzeugt: Gerade jetzt kommt es auf die SPD an – jetzt wieder und vielleicht mehr denn je. Die SPD war es, die das historische Bündnis aus Arbeiterschaft und liberaler Mitte geschmiedet hat. Die SPD als Volkspartei ist es bis heute, die Gruppen und Generationen unter einem Dach zusammenbringt wie keine andere Partei in Deutschland. Das ist nicht immer einfach. Das sorgt manchmal für harte Auseinandersetzungen. Am Ende aber steht die gemeinsame Entscheidung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen wie das geht: Führen und zusammenführen. Versöhnen statt spalten. Innovation und Gerechtigkeit. Sicherheit im Wandel. Das braucht Deutschland jetzt wieder. Dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Eine neue gesellschaftliche Allianz für den Fortschritt ist dringend nötig – und sie ist auch möglich. Für unser ganzes Land – nicht bloß für wenige. Für Respekt und für Zusammenhalt. Für Wohlstand und Sicherheit in einer lebenswerten Welt. Dafür trete ich an. Dafür bitte ich um Unterstützung.

### **REDE VON MALU DREYER, MINISTERPRÄSIDENTIN VON RHEINLAND-PFALZ**

*Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz:*

Lieber Olaf, danke für diese zukunftsweisende, wirklich auch sehr, sehr ermutigende Rede von Dir. Ich habe mich wahnsinnig gefreut. Ich kenne dich schon sehr, sehr lange. Ich weiß, Du bist ein Herzblutpolitiker. Aber ich weiß auch, dass Du ein bisschen ungeduldig geworden bist. Man hat es gehört in dieser Rede: Du willst einfach anpacken, loslegen, die Dinge, die zu tun sind, die einfach überfällig sind, endlich anpacken, und das auf der Grundlage unseres tollen Wahlprogramms. Deshalb habe ich eben noch mal gedacht bei dieser Rede: Du bist genau der Richtige. Du bist der richtige Kanzler für Deutschland, und Dich zu unterstützen, wird mein größtes Vergnügen und das größte Vergnügen der Genossinnen und Genossen. Vielen herzlichen Dank, lieber Olaf!

*Olaf Scholz, Kanzlerkandidat:*

Schönen Dank.

*Malu Dreyer:*

Liebe Genossen und liebe Genossinnen! Zwei, drei Sätze noch von mir.

Ich bin sehr froh und glücklich darüber, dass Olaf Scholz unser Kanzler wird und unser Kanzlerkandidat heute erst mal wird. Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir es packen können. Wir haben heute ein großartiges Wahlprogramm verabschiedet, und ich weiß ganz genau, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt viele Gründe, die SPD zu wählen. Vieles hat Olaf eben noch mal so toll gesagt. Und Olaf ist für mich immer einer, der das Thema Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Grunde genommen in der DNA hat. Es gibt keine Zukunft ohne die SPD, die wirklich gerecht gestaltet wird, weil wir die Partei sind, die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen immer, immer im Blick hat. Die Arbeit ist im Wandel.

Viele, viele Millionen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen haben zurzeit große Ängste. Die SPD verspricht: Egal, ob die Menschen in der Wirtschaft sind, in der Industrie sind, egal, ob sie in der Cloud arbeiten oder ob sie am Pflegebett sind, dass wir für sie da sind, dass wir dafür sorgen, dass sie nicht die Verlierer des Wandels werden. Dafür steht die SPD, und allein dafür lohnt es sich, die SPD zu wählen.

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, Olaf hat es gesagt: Die größte Herausforderung überhaupt ist der Klimawandel. Und Klimaschutz, das wollen wir Sozialdemokraten und -demokratinnen so gestalten, dass das ein Klimaschutz für alle ist, dass Klimaschutz nicht Luxus ist, sondern dass der Klimaschutz Jobmotor wird und dass alle davon profitieren können.

Ich habe Olaf immer als einen Menschen kennengelernt, der eigentlich begeistert ist von Innovationen, von technologischem Fortschritt, von Wandel - aber immer nur für die Menschen. Nie allein der Technologie um der Technologie willen, sondern es ging immer um die Menschen und deren Zukunft. Und auch das ist ein Grund, warum wir es besser können, den Klimaschutz in dieser Gesellschaft umzusetzen. Und wir sind ungeduldig und wollen es mit großem Tempo tun.

Mein letzter, dritter Punkt ist noch: Wir sind eben auch die internationale Partei, die Europa-Partei, die Partei, die für Frieden steht, die für Dialog steht, die für neue internationale Gespräche steht, für Abrüstung. Und auch darauf bin ich sehr, sehr stolz als Sozialdemokratin.

Liebe Genossen und Genossinnen, vier Wochen, sechs Wochen wirklich harter Kampf. Und ich will Euch noch sagen: Sechs Wochen vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz - das war im Dezember - lagen wir 6 Prozent hinter der CDU. Am 14. März lagen wir 8 Prozent vor der CDU und haben mit 35,7 Prozent die Wahlen gewonnen. Ja, die Umfragen sind im Moment nicht so, wie wir sie uns wünschen. Aber wenn Ihr gesehen habt, wie viel Potenzial für die SPD da ist, nämlich fast genauso viel wie für die CDU und für die Grünen, dann weiß ich: Es liegt jetzt nur noch an uns allen zusammen. Der Kanzlerkandidat hat heute gesagt, wofür er steht. Und er steht für viel, viel Zukunft in diesem Land, für alle Menschen, für alle Generationen. Unser Programm zeigt uns, wie Zukunft gestaltet werden soll. Und wir wollen gestalten. Wir sind nicht in der Politik, um nur zu theoretisieren. Wir wollen anpacken, wir wollen zupacken und dieses schöne Land miteinander gestalten.

Liebe Genossen und Genossinnen, jetzt fehlt eigentlich nur noch eines: Dass wir Olaf noch mal den ganzen Rückenwind mitgeben, den er braucht. Und dann geht es los: In die Hände gespuckt, und wir müssen kämpfen, jeden Tag. Es wird ein langer, langer Wahlkampf; denn ab August können die Menschen Briefwahl machen, und dann müssen sie unsere Botschaften schon erreicht haben. Das bedeutet, Haustüren besuchen, es bedeutet viele digitale Formate, es heißt, von morgens bis abends den Menschen zu erzählen, wofür wir stehen und warum es so nötig ist, dass die Sozialdemokratie die Regierung, die nächste Regierung in Deutschland anführt.

Vielen herzlichen Dank, und Dir, lieber Olaf, Glück auf und alles, alles Gute!

## **BESTÄTIGUNG DES KANZLERKANDIDATEN – ANTRAG P001**

*Niels Annen, Tagungspräsidium:*

Liebe Malu, ich glaube, ich darf das in unser aller Namen sagen: Wir freuen uns total, dass Du nach Berlin gekommen bist. Vielen herzlichen Dank für Deine Worte, und natürlich Dir, lieber Olaf, für Deine großartige Rede.

Ihr wisst, dass wir noch einen, aber nicht unwichtigen formalen Akt auf diesem Parteitag vor uns haben. Deswegen will ich auch gar nicht lange reden, sondern jetzt den Antrag P001 aufrufen, was mich als Hamburger besonders freut. Das ist nämlich der Antrag aus dem Distrikt Hamburg-Rahlstedt, der unterstützt und aufruft zur Wahl zur Bestätigung von Olaf Scholz als unseren Kanzlerkandidaten. Dieser P001-Antrag wird von den Hamburger Kreisverbänden Wandsbek-Mitte, Altona, Eimsbüttel-Nord, Bergedorf und Harburg unterstützt.

Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt gleich in die Abstimmung gehen. Ihr wisst, Ihr müsst ein allerletztes Mal in den Autopiloten gehen, und dann habt Ihr 60 Sekunden Zeit. Sofern ich jetzt nichts Gegenteiliges aus der Regie höre - das ist nicht der Fall -, kann ich die Abstimmung über die Nominierung von Olaf Scholz, die Bestätigung der Nominierung von Olaf Scholz als den Kanzlerkandidaten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands jetzt freigeben.

*(Stimmabgabe)*

Liebe Genossinnen und Genossen, die Zeit für die Abstimmung ist jetzt gleich abgelaufen. Wir warten noch mal ein paar Sekunden. – Dann darf ich jetzt die Abstimmung schließen, und wir warten ein letztes Mal gespannt auf die Auszählung, die jetzt beginnt. - Ich schaue einmal erneut auf meinen Bildschirm. Gleich ist das Ergebnis bestimmt auf meinem Bildschirm zu sehen

### **ERGEBNIS DER ABSTIMMUNG ÜBER DEN ANTRAG**

Wir haben jetzt ein Ergebnis, und zwar, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir 545 abgegebenen Stimmen. Davon entfielen 513 auf Olaf Scholz. Mit Nein haben 20 Delegierte gestimmt. Enthalten haben sich zwölf. Damit ist Olaf Scholz mit 96,2 Prozent als unser Kanzlerkandidat bestätigt. Herzlichen Glückwunsch!

*Olaf Scholz, Kanzlerkandidat:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bedanke mich bei allen für dieses großartige Ergebnis. Das ist nicht selbstverständlich. Es ist aber trotzdem die Basis für den Erfolg, den wir erreichen wollen. Deutschland braucht eine andere Regierung, eine neue Führung, einen sozialdemokratischen Kanzler. Wir werden jetzt jeden Tag dafür werben, und im September, dann werden wir sehen: Es hat geklappt. - Alles Gute, lasst uns an die Arbeit machen!

### **SCHLUSSWORT**

*Lars Klingbeil, Generalsekretär:*

Liebe Genossinnen und Genossen! Sehr verehrte Damen und Herren! Das war unser erster digitaler Bundesparteitag.

Ich danke allen, die mitgeholfen haben bei der Organisation, in der Technik. Der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, der Antragskommission, dem Tagungspräsidium ein großer Dank. Und natürlich ein Dank an alle Delegierten und alle Gäste, die dabei waren. Das war für uns etwas Besonderes. Wir haben jetzt ein Zukunftsprogramm. Wir haben einen Kanzlerkandidaten, und ich sage Euch: Jetzt geht es los mit der Aufholjagd! Wir freuen uns. Wir wollen, dass Olaf Scholz Kanzler wird. Vielen Dank, dass Ihr alle dabei wart. Glück auf und bis bald!

Ende des Parteitags: 16.35 Uhr

## DELEGIERTE DES AUßERORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAGES

<b>BADEN-WÜRTTEMBERG</b>	Mattheis, Hilde	Brütting, Dominik	Müller, Thomas
Anner, Niklas	Nothofer, Ronja	Burger, Simone	Negele, Christine
Baehrens, Heike	Odar, Dominique	Degelmann, Teresa	Odell, Lena
Bender, Julien	Rolland, Gabi	Dietz, Anno	Olbrich, Gerd
Binder, Sascha	Rosemann, Martin	Dornhuber, Matthias	Pappler, Anette
Boos, Luisa	Schiele, Andrea	Dösel, Harald	Raab-Wasse, Helga
Cademartori, Isabel	Schwarzelühr-Sutter, Rita	Eder, Marietta	Rasehorn, Anna
Castellucci, Lars	Seitzl, Lina	Ertug, Ismail	Räth, Katharina
Drakul, Petar	Türk-Nachbaur, Derya	Fiorentino-Wall, Isabella	Reiß, Peter
Elser, Sonja	Utz, Thomas	Fischer, Sophia	Rinderspacher, Markus
Fechner, Johannes	Wacker, Pavlos	Fotokehagias, Michail	Ritter, Florian
Gebhardt, Evelyne	Wahl, Florian	Gottschalk, Sven	Roidl, Ulrike
Hahn, Leon	Weber, Jonas	Grajer, Simon	Roloff, Sebastian
Harsch, Daniela	Weschenmoser, Viviana	Güller, Harald	Roth, Alexander
Herter, Lara	Wölfle, Sabine	Hagl-Kehl, Rita	Sauer, Maria
Hoffmann, Jonas	Wulff, Annkathrin	Höllein, Carsten	Sauerteig, Dominik
Hostert, Jasmina		Hümpfer, Markus	Sauerteig, Stefan
Katzmarek, Gabriele	<b>BAYERN</b>	Jazdzewski, Daniel	Scharfenberg, Ulrich
Kliche-Behnke, Dorothea	Ahmed, Nasser	König, Anja	Schmid, Christoph
Könnecke, Birte	Altenhöner, Freya	Koper, Katarina	Schrader, Katharina
Köpfler, Benjamin	Arnold, Horst	Kramme, Anette	Schrodi, Michael
Lange, Christian	Bahr, Ulrike	Laurien, Marlen	Schwarz, Andreas
Lutz, Udo	Barthel, Klaus	Lederer, Iris	Stahl, Theresia
Marvi, Judith	Bäumler, Nicole	Mehltretter, Andreas	Stamm-Fibich, Martina
Marvi, Parsa	Beer, Petra	Merzbacher, Jonas	Sterzer, Lena
Mast, Katja	Brehm, Thorsten	Müller, Ruth	Straßer, Ewald

Struck, Selina	Hönicke, Kevin	<b>BRAUNSCHWEIG</b>	Bekeris, Ksenija
Tausend, Claudia	Ingenbleek, Anja	Beste, Katrin Dorothea	Bernzen, Christian
Träger, Carsten	Kleebank, Helmut	Dixon, Inga	Damerau, Inka
Treml, Michaela	Klein, Cordula	Fricke, Jan	Dressel, Andreas
van Eckert, René	Klose, Annika	Kaiser, Christine M.	Kerinnis, Doreen
Vilsmeier, Bernd	Kühnemann-Grunow, Melanie	Kreiser, Dunja	Kleinow, Alexander
von Brunn, Florian	Lambertin, Knut	Leitner, Ingrid	Leonhard, Melanie
Wegge, Carmen	Mende, Charlotte	Luther, Manon	Morgenroth, Ina
Weimann, Eva-Maria	Radziwill, Ülker	Mohrs, Falko	Pein, Milan Wilhelm
Wein, Peter	Schulz, Mathias	Pantazis, Christos	Petersen, Mathias
Yilmaz, Yasemin	Schulze, Bettina	Perik, Muzaffer	Schaal, Monika
<b>BERLIN</b>	Stüwe, Ruppert	Raulfs, Philipp	Schlage, Britta
Bertels, Jana	Tietje, Rona	Riedel-Kielhorn, Miriam	Schmager, Ronja
Biewener, Ann-Kathrin	<b>BRANDENBURG</b>	Schneider, Julius	Stapelfeldt, Dorothee
Boermann, Frank	Gordjy, Christopher	Uecker, Michael	Veit, Carola Alexandra
Bozkurt, Aziz	Gorholt, Martin	<b>BREMEN</b>	Weiland, Nils Gustav
Dietrich, Frank-Axel	Hackenschmidt, Barbara	Böhrnsen, Sören	<b>HANNOVER</b>
Drewnicki, Robert	Häfner, Ulrike	Dirks, Shirin	Bonin, Hinrich
Drohse, Franziska	Holzschuher, Ralf	Herzog, Janne	Fahimi, Yasmin
Fabig, Holger	Otto, Dietmar	Michaelsen, Jannik	Fahncke, Barbara
Fischer, Severin	Stohn, Erik	Schmugler, Sebastian	Friedemann, Waltraud
Freier-Winterwerb, Alexander	Weide, Kerstin	Schuster, Joachim	Gerdau, Martin
Georgii, Harald	Wolff, Annemarie	Tsartilidis, Elias Alexander	Gierke, Sonja
Grosse, Burgunde	Zierke, Stefan	<b>HAMBURG</b>	Hammerschmidt, Andreas
Hiller-Ewers, Karin		Bartke, Matthias	Hansmann, Silke

Heiligenstadt, Frauke	Behle, Hannelore	Costanzo, Vivien	Pawlik, Natalie
Hendricks, Knud	Bischoff, Doris	Degen, Christoph	Rabanus, Martin
Hillberg, Antonia	Franke, Edgar	Dittmar, Ansgar	Schmidt, Marius Angelo
Kahle, Matthias	Frühwald, Sophie	Dorn, Myrella	Schmitt, Norbert
Klecha, Stephan	Gremmels, Timon	Eck, Patricia	Schmöker, Tim
Maiwald, Horst	Hechelmann, Ron- Hendrik	Eckert, Tobias	Seewald, Ilja-Kristin
Mende, Dirk-Ulrich	Höhn, Philipp	Faeser, Nancy	Spiegelberg-Kamens, Viktoria
Niedenzu, Anja	Holstein, Ilona	Feldmann, Peter	Stang, Gisela
Putzier, Jan Henner	Kratzert, Wolfgang	Firat, Tuna	Türmer, Philipp
Schmalstieg, Philipp	Meßmer, Ullrich	Frey, Juliane Alice	Voß, Jan Niclas
Schraps, Johannes	Panou, Konstantinos	Gasper, Jürgen	Wasilewski, Dieter
Schröder-Köpf, Doris Maria	Pellmann, Jari	Geis, Kerstin	Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Schüßler, Claudia	Petzel, Amy Sabrina	Gnagl, Lisa	Yüksel, Turgut
Seidel, Frank	Roß-Stabernack, Stefanie	Grobeis, Oliver	Zimmer, Maik
van der Zanden, Lisa	Schirmer, Renata	Grüger, Stephan	Zimmermann, Jens
Völlers, Marja-Liisa	Schlitzberger, Udo	Haubrich, Melanie Svenja	
Watermann, Ulrich	Schmidt, Jan-Hendrik	Holschuh, Rüdiger	
Weil, Stephan	Vollmar, Karsten	Huß, Tim	<b>MECKLENBURG- VORPOMMERN</b>
Wernstedt, Thela	Warnecke, Torsten	Kaffenberger, Bijan	Julitz, Nadine
Wieduwilt, Sven Björn	Wilhelm, Karin	Kern, Florian	Junge, Frank
Wiethaup, Insa	Wohltmann, Clara	Kunert, Ralf	Kirakosjan, Gayane
Wischnewski, Marek	Womelsdorf, Jens	Lambrecht, Christine	Langer, Sebastian
Yousaf, Amina		Luxen, Kristina	Reinke, Christian
<b>HESSEN-NORD</b>	<b>HESSEN-SÜD</b>	Mansoori, Kaweh	Wölk, Monique Nadine
Angerhausen, Christa	Bokler, Alicia	Minkley, Stefanie	
	Boukayeo, Sanaa	Oehl, Lennard	

<b>NORD-NIEDERSACHSEN</b>	Buhre, Michael	Howe, Inge	Lüders, Nadja
Beutler-Blanck, Nehle	Buttkereit, Elke	Jansen, Daniela	Ludwig, Gerhard
Colpan, Aynur	Celik, Celil	Joisten, Christian	Luhmann, Maik
Cordts, Lothar	Christofczik, Ronja	Jusaj, Milazim	Maus, Annika
Harjes, Michael	Claßen, Anne	Kavena, Anna	Moll, Claudia
Jährling, Elke	Coße, Jürgen	Khalaf, Nadia	Molzberger, Adhemar
Jantz-Herrmann, Christina	Dahm, Mario	Kissner, Patrick	Müller, Frank
Tiemann, Petra	Dichant, Maximilian	Kitz, Eva	Mützenich, Rolf
	Dopatka, Mathias	Klute, Thorsten	Nickholz, Brian
<b>NORDRHEIN-WESTFALEN</b>	Dos Santos Herrmann, Susana	Koch, Karsten	Nieder, Babette
Ackermann, Manfred	Eicker, Sigrid	Köksal, Servet	Niederdellmann- Siemes, Nicole
Alius, Karin	Eickhoff, Martina	Konzelmann, Thorsten	Niedermaier, Sandra
Andres, Dagmar	Erstfeld, Fabian	Kopp-Herr, Regina	Odabasi, Halil
Bakum, Rodion	Esch, Angelika	Korkmaz-Emre, Elvan	Paas, Indra Maria
Baran, Volkan-Tevfik	Ferber, Fabian	Krampe-Reinermann, Julia	Paic, Peter
Bas, Bärbel	Geyer, Jens	Kreutz, Marcel	Peick, Jens
Behrens, Jens	Goerke, Bernd	Krohn, Marion	Peters, Martin
Bennarend, Jens	Gottschlich, Simone	Küpper, Anne	Philipp, Sarah
Binnewitt, Petra	Großmann, Almut	Kutschaty, Thomas	Pliete, Beate
Blienert, Burkhard	Hagedorn, Marcel	Lange, Gudrun	Pocha, Benedikt
Bluth, Stefanie	Hammer, Hannah	Lehmann, Manfred	Rasp, Peter
Böhme, Sarah	Hartmann, Sebastian	Letzelter, Katharina	Rehmert, Monika
Börner, Frank	Heinrichs, Felix	Leuchters, Maxi	Rinkert, Daniel
Bosselmann, Tobias	Heitkamp, Micha	Liedtke, Elena	Rosenthal, Jessica
Brüggemann, Reinhard	Herter, Marc	Liedtke, Enrico	Rudan, Daniel
Buchner, Kevin	Holzwarth, Waltraut	Lindenhahn, Elisabeth	Rudolph, Karsten

Ruiters, Katja	Weber, Bastian	Midyatli, Serpil	Diedenhofen, Martin
Sander, Irmgard	Wienstroer-Gurski, Sandra	Miersch, Matthias	Dreyer, Malu
Schäfer, Axel	Wißen, Bodo	Nietan, Dietmar	Dukat, Rebekka
Schiefner, Udo	Wronka, Raphael	Özoguz, Aydan	Fuhr, Alexander
Schliffke, Detlef	Wurm, Hanna	Pähle, Katja	Glogger, Christoph
Schmidt, Sabine	Yüksel, Serdar	Pistorius, Boris	Greb, Ruth
Schmidt, jun., Liborius	Zorlu, Sara	Rehlinger, Anke	Guth, Jens
Schneider, Rene		Roth, Michael	Haller, Martin
Schoeppner, Nicole	<b>PARTEIVORSTAND</b>	Ryglewski, Sarah	Herbst, Corinne
Schwartze, Stefan	Ahnen, Doris	Schmidt, Dagmar	Hering, Hendrik
Sierau, Ullrich	Breymaier, Leni	Schulze, Svenja	Herzog, Gustav
Spinrath, Norbert	Bullmann, Udo	Schweitzer, Alexander	Hitschler, Thomas
Starken, Sally Lisa	Dulig, Martin	Stoch, Andreas	Janson-Peermann, Petra
Stinka, Andre	Engelmeier, Michaela	Uekermann, Johanna	Kazungu-Haß, Giorgina
Strothmann, Justus	Esdar, Wiebke	Walter-Borjans, Norbert	Klomann, Johannes
Ströttchen, Caroline	Esken, Saskia	Woidke, Dietmar	Köbberling, Anna
Stucke, Ingo	Geywitz, Klara		Kurt, Umut
Tepperis, Maria	Giffey, Franziska	<b>RHEINLAND-PFALZ</b>	Küsel, Karin
Töns, Markus	Griese, Kerstin	Alt, Denis	Langner, David
Uellenberg van Dawen, Wolfgang	Grötsch, Uli	Anklam-Trapp, Kathrin	Oster, Benedikt
Vogt, Alexander	Heil, Hubertus	Baldy, Daniel	Pilger, Detlev
Volkenrath, Martin	Horn, Gustav Adolf	Barbaro, Salvatore	Rahm, Andreas
von Olberg, Robert	Klingbeil, Lars	Barley, Katarina	Rauschkolb, Jaqueline
Vöpel, Dirk	Kühnert, Kevin	Barnett, Doris	Scharfenberger, Heike
Voßbeck, Sonja	Maas, Heiko-Josef	Bätzing-Lichtenthäler, Sabine	Schneider, Julia
Watermeier, Sebastian	Martin, Bettina	Brück, Bettina	Steinbach, Nico

Stich, Daniel

Teuber, Sven

Troubal, Julia

Wegner, Lisa

Winter, Friedrich

**SAARLAND**

Altesleben, Bettina

Arweiler, Pascal

Barke, Jürgen

Berg, Petra

Blatt, Christiane

Britz, Charlotte

Clivot, Michael

Commercon, Ulrich

Döring, Pia

Eli, Fabienne

Fischer, Sabine

Hiry, Johannes

Holzner, Martina

Jung, Magnus

Limbacher, Esra-Leon

Lindemann, David  
Alexander

Meyer, Steffen-Werner

Morsch, Anke

Ortleb, Josephine  
Loulou

Pauluhn, Stefan

Petry, Christian

Ries, Isolde

Roth, Eugen

Streichert-Clivot,  
Christine

**SACHSEN**

Bombien, Julia

Dietzschkau, Marc

Engel, Stefan

Frohwiesser, Dana

Homann, Henning

Kolbe, Daniela

Rüthrich, Susann

Schmidt, Michael

**SACHSEN-ANHALT**

Böttcher, Tobias

Hennig, Mario

Hubbe, Sophie

Lietz, Arne

Matviyets, Anne-Sarah

Möbbeck, Susi

Puhlmann, Patrick

**SCHLESWIG-HOLSTEIN**

Bolln, Stefan

Böttcher-Naudiet,  
Gerlinde

Brack, Anastassia

Buhl, Christiane

Bull, Simon

Burkhardt, Delara

Daude, Ulf

Dolgner, Kai

Dürbrook, Niclas

Fedrowitz, Katrin

Ferber, Felix

Hagedorn, Bettina

Kreft, Enrico

Ludwig, Katja

Saad, Tarek

Scheer, Nina

Schiebe, Sophia

Schmidt, Christopher  
Keiichi

Schubert, Christina  
Marie

Ünsal, Özlem

Vogel, Kai

von Pein, Simone

von Pein, Tobias

Wulf, Lennart

**THÜRINGEN**

Hemberger, Antonia

Maier, Georg

Marx, Dorothea

Matschie, Christoph

Rudolph, Tina

Shevchenko, Oleg

**WESER-EMS**

Ambrosy, Sven

Gattung, Vanessa

Gava, Manuel

Goldenstein, Andre

Heister, Jessica

Hüser, Geert

Knaupe, Kimberly

Langer, Nora

Mandel, Roswita

Mandel, Sören

Mehlmann, Timo

Mittag, Susanne

Modder, Johanne

Möller, Siemtje

Rohde, Dennis

Saathoff, Johann

Wahlmann, Kathrin

Wölken, Tiemo

## DELEGIERTE MIT BERATENDER STIMME

Barthel, Klaus	Kleen, Alma	Rosa Zur, Vered
Baumann-Hasske, Harald	Kleinschnieder, Annegrit	Rudolph-Kokot, Irena
Binding, Lothar	Kopitzsch, Wolfgang	Sarikaya, Serpil
Daldrup, Bernhard	Krehl, Constanze	Schmidt, Wilhelm
Draheim, Antje	Leber-Hoischen, Sabine	Schmitt, Norbert
Drewke, Renate	Lindh, Helge	Schreiber, Elke
Ebhardt, Carola	Lühmann, Kirsten	Schumann, Stephan
Ferner, Elke	Marks, Caren	Schwabe, Frank
Fischer, Heidemarie	Meinhold, Walter	Schwinn, Bernd
Fladung-Köhler, Bettina	Mühlstein, Marko	Sippel, Birgit
Fleckenstein, Knut Wilhelm	Müller, Michael	Stadler, Wolfgang
Gensecke, Katrin	Müntefering, Franz	Steffen, Sonja
Gerdes, Michael	Nieradzik, Gabriele	Syring, Angelika
Gloser, Günter	Noichl, Maria	Ülger, Atila
Haller, Martin	Notzke, Thomas	Velter, Boris
Herrmann, Jana	Poschmann, Sabine	Weigel, Andreas
Hoffmann, Reiner	Reckmann, Brigitte	Weinbrecht, Ralph
Jensen, Meike	Rehbock-Zureich, Karin	Werner, Heike
Jobs, Thorsten	Reichhardt, Hanna	Yüksel, Gülistan
Keßler, Kristin	Risse, Johannes	
Kiziltepe, Cansel	Roncevic, Sascha	

## REDNERINNEN UND REDNER

Ahnen, Doris .....	11, 16, 29, 50, 52, 68	Midyatli, Serpil .....	55
Baehrens, Heike .....	40	Miersch, Matthias .....	43
Barley, Katarina .....	73	Pähle, Katja .....	34
Bullmann, Udo .....	72	Pawlik, Natalie .....	59
Costas, António .....	78	Rasehorn, Anna .....	46
Dreyer, Malu .....	88	Rosenthal, Jessica .....	18
Drohsel, Franziska .....	63	Rothe, Julie .....	64
Esken, Saskia .....	10, 11, 15, 51, 78	Ryglewski, Sarah .....	38
Fahimi, Yasmin .....	62	Sarikaya, Serpil .....	60
Firat, Tuna .....	27	Schäfer, Axel .....	20
Giffey, Franziska .....	19	Scheer, Nina .....	42
Grüger, Stephan .....	19	Schmager, Ronja.....	12
Hammerschmidt, Andreas .....	40	Schmidt, Michael .....	37
Heil, Hubertus .....	32	Scholz, Olaf .....	79
Hoffmann, Reiner .....	13	Schulze, Svenja.....	31, 49
Horn, Gustav Adolf .....	21	Schumann, Stephan .....	35
Klingbeil, Lars .....	5, 77, 90	Schwarzelühr-Sutter.....	44
Kühnert, Kevin .....	56, 65	Spinrath, Norbert .....	25
Lindh, Helge .....	61	Ülger, Atila .....	58
Luther, Manon .....	71	Ullrich, Frank.....	24
Maas, Heiko .....	70	Velter, Boris.....	45
Maier, Georg.....	54	von Brunn, Florian .....	48
Mansoori, Kaweh .....	26	Walter-Borjans, Norbert .....	9, 10, 28, 67, 78
Martin, Bettina.....	35	Wegge, Carmen .....	75
Maus, Annika .....	23	Zimmermann, Jens .....	39

